

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnement Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M.,  
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-  
 Nummer mit Illustrirter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.  
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-  
 Preisliste für 1899 unter Nr. 7820.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechs-spaltige Kolonne  
 je Seite oder deren Raum 40 Pf., für  
 politische und gewerkschaftliche Vereins-  
 und Versammlungs-Anzeigen, sowie  
 Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate für die  
 nächste Nummer müssen bis 4 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochen-  
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn-  
 und Festtagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.  
 Kernsprecher: Amt 1, Nr. 1508.  
 Telegramm-Adresse:  
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Sonntag, den 22. Januar 1899.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

### Die sozialpolitische Windstille.

Beim Etat des Reichsamts des Innern pflegt sich alljährlich die Debatte über die deutsche Sozialpolitik zu entwickeln. Im vorigen Jahre stand die nämliche Debatte durchaus unter dem Eindruck der Veröffentlichung des bekannten Posadowsky-Erlasses, jenes „Scheinversers“, dessen Licht die dunklen Pläne des Unternehmertums und der Regierung magisch erhellte. Und in der damaligen Debatte entlud sich leidenschaftsvolle Erregung, die durch das Bevorstehen der Wahl erhöht wurde.

Unders in diesem Jahre. Es herrscht Windstille. Nicht die Stille sachlichen Gedankenaustausches, ehrlich strebender Arbeit, die gefördert wird durch die frohe Hoffnung gemeinnützigen Fortschritts. Mehr eine müde Stille, eine Stille der Hoffnungslosigkeit, der schalen Empfindung, daß nichts zu vollbringen ist. Aber auch die Stille vor dem Gewitter, jene schwüle Stimmung vor dem herausziehenden Unwetter, das sich in Donner und Blitz entladen soll, denn — „das Gesetz naht sich seiner Vollendung“; das „Zuchthausgesetz“ steht vor der Thür.

Denige Verhandlungen des Reichsparlaments haben für die Gesamtheit der Arbeiterklasse, für die Arbeiter aller Berufe und Betriebsarten, für männliche und weibliche ein so besonderes und brennendes Gegenwartsinteresse als die Debatten über die Sozialpolitik. Hier gilt es in praktischer Nüchternheit Kleinarbeit zu vollbringen. Hier handelt es sich nicht um Aufgaben, deren Erfüllung weitab liegen könnte, sondern um Anknüpfungen an gegebene Verhältnisse, um Abhilfe vor Augen stehender schwerer Notstände. Man sollte meinen: Hier könne kein Zweifel mehr bestehen, hier müßten Alle Alle kommen und mithelfen wollen am Kulturwerk des Schutzes und der Hebung der Millionen Mühselbäuer und Leidender.

Und wirklich, fast scheint es, als dürfe man eine allgemeine Bereitwilligkeit der politischen Parteien in diesen Werken der sozialen Politik feststellen. Ja beinahe das Schauspiel eines sozialreformerschen Wettlaufs sahien der Reichstag in diesen Tagen zu bieten. Nur wenige Hürden und Hindernisse schienen den sozialpolitisch beschwungenen Wettläufern im Wege zu stehen. Die geschworenen blindwütigen Feinde jeder Volkselbstständigkeit, die Stumm und die Wölfer, sie schienen wie verloren in dem Chorus all derer, die laut in Arbeiterfreundlichkeit redeten.

Herr Köstler erschien fast als Sprachrohr einer großen Reichstags-Mehrheit. Des gewiß ernst meinenden Mannes scharfe Abfagen an den König von Neuntirchen fanden ein vielstimmiges Echo im ganzen Hause. Das Zentrum macht ja seit Langem in Sozialreform. Und — o Wunder der Wunder — der hartgefottene Kapitalismus der Nationalliberalen ist weich zerlossen vor dem Evangelium der Sozialpolitik, das ein Baffermann und selbst ein Seyl zu Herrnsheim kündigt.

Eine große Majorität für eine ernsthafte Fortführung der sozialen Reformen sahien im Reichstage vorhanden zu sein. Die Sozialdemokratie, die Auserin im Streite, sahien einen Schwarm von Freunden für ihre Arbeiterpolitik gewonnen zu haben. Der Vertrauensvolle und der Nichtfeind unserer parlamentarischen Verhältnisse dürfte glauben, die goldene Zeit der Aufrichtung des niedergedrückten und ins Elend gestohlenen Arbeitergeschlechtes sei im Ausbrechen.

Niemand aber, der Schein und Wirklichkeit, der Worte und Thaten zu unterscheiden weiß, kann sich so solchem Wahn hingeben.

Wohl ringen zwei Elemente in der nationalliberalen Partei. Wohl waren es ungewohnte Töne, die Herr Baffermann zu Gunsten der Sozialpolitik und im scharfen Gegensatz zu seinem Parteigenossen Wölfer bei der Etatsdebatte gefunden hatte und für die ihm jetzt allerlei Komplimente gesagt wurden. Aber man überschätze das nicht. Die armen Nationalliberalen stecken in einer bösen Situation, ihre Zahl ist zusammengeschrumpft und damit ist die Regierungsgunst von ihnen gewichen; das Zentrum ist an ihre Stelle getreten, sie sind bei Seite geschoben und kritische Launen machen sich geltend.

Die umgekehrte Entwicklung aber nahm das Zentrum. Es will seine Vergangenheit nicht verleugnen und läßt Herrn Hise nach wie vor das Befehnis unbedrossenen sozialpolitischen Eifers ablegen. Aber nachdem es in Militär- und Marinefragen seinen Frieden mit der Regierung gemacht hat, sucht es auch in Fragen der Sozialpolitik noch mehr als bisher durch schöne Worte von der Ausföhrung der Klassen seine sozialpolitische Unthätigkeit zu beschönigen und Anschluß an die Kapitalistenwünsche zu gewinnen. Denn wollte die Zentrumspartei ernstlich den Ausbau der Arbeiterschutz-Gesetzgebung und die Gewinnung der Koalitionsfreiheit der Arbeiter, so hätte es die Macht dazu. Statt aber die Regierung mit sanfter Gewalt zu nötigen, daß sie den Stumm'schen Eingebungen ihr Ohr verleihe, begnügt sich die regierende Partei, dem Volke Worte zu bieten statt Thaten.

Und dieser jesuitische Grundsatz hat sich bisher so trefflich bewährt, daß auch die Regierung selbst ihn sich zu eigen gemacht hat. Graf Posadowsky im Mantelchen der Jesuiterei! Welch reizvoller Anblick!

Im verfloffenen Jahre gedachte Graf Posadowsky die Sozialreform fordernde Sozialdemokratie mit donnernder Philippika niederzuwettern. Diesmal war er ganz mild, ganz sanft, streute Liebeshörigkeiten aus und Versprechungen. Er wollte diese und jene Anregung „in Erwägung ziehen“, in „ernste Erwägung“. Nur gegen ein „zu schnelles Tempo“ der Sozialreform verwahrte er sich, nur „nervöser Dilettantismus“ solle nicht Platz greifen, nur die „Studierlampe“ solle nicht in den Fragen der Praxis Uebereiligkeiten herbeiföhren. Wie harmlos, wie wohlmeinend, wie arbeiterfreundlich das alles klang!

Uns aber dünkt, die Fragen der Sozialpolitik seien zu ernst und zu dringlich, als daß jedes Wortspiel sich dazu verträge.

Längst ist die deutsche Sozialreform eingetroffen. Wenn schon die Ankäufe, die man in den 80er und Anfang der 90er Jahren nahm, überaus schwächlich — bedeutet doch wahrlich jene ganze vielgepriesene soziale Gesetzgebung nicht mehr als einen notdürftigen Ausgleich der im kapitalistischen Wirtschaftssystem stets wachsenden Geföhhrung des Lebens und der Gesundheit der Arbeiter —, so ist seit der Verabschiedung des sogenannten Arbeiterschutz-Gesetzes so gut wie nichts auf dem Gebiete der sozialen Gesetzgebung geschehen. Wo absoluter Stillstand herrscht, warnt Graf Posadowsky vor „zu schnellem Tempo“! Und wo die Arbeiter Forderungen stellen, deren Durchföhbarkeit Wissenschaft und alltägliche Praxis gleichermaßen erwiesen, da spöttelt der Regierungsvertreter über Vorschläge, die unter der Studierlampe ausgeklügelt sein.

Auch von „Dilettantismus“ will der sachverständige Graf Posadowsky nichts wissen. Aber die Arbeiter, denen das Mark der Knochen in gesundheitsgefährlichen Betrieben verzehrt wird, die in überlanger Arbeitszeit Jahre und Jahrzehnte ihres Lebens opfern müssen, sind keine sozialpolitische Dilettanten, sondern Menschen, denen die Noth und die brennende Sehnsucht nach höherer Lebensart den Ruf nach Hilfe und Rettung aus dem Herzen preßt. Die Dilettanten der Gesetzgebung sind anderswo zu suchen. Während die soziale Reform zermahlen ist am Stumm'schen Schleifstein, treibt die soziale Unterdrückungspolitik um so lustiger ihr Spiel. Kein Jahr beinahe ohne ein neues Umsturzgesetz, eine lex Rode, ohne kleine und große Ausnahme- und Knebelgesetze. Da weiß die Regierung nichts von so schnellem Tempo, von Studierlampe, von Dilettantismus.

Und jetzt? Von Sozialreform sprechen die Reichstagsparteien, von Sozialreform spricht selbst die Regierung. Aber sozialreformersche Thaten sind nicht zu erwarten. An deren Stelle wartet unser: das Zuchthausgesetz!

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 21. Januar.

#### Reichstag.

Die Fortsetzung der Debatte über Sozialpolitik und Verwandes ward heute vor fast leerem Hause geföhrt. Es ist Sonnabend, wo jeder gerne nach Hause eilt. Und das Interesse des Hauses für diese Fragen ist, außer für die Interessenten, ohnehin ein sehr mäßiges, und ohne den moralischen Druck — Terrorismus würde der schreckgespensterhafte König Stumm es nennen —, welchen die Sozialdemokratie ausübt, würden — immer mit Ausnahme der Interessenten — keine zehn Abgeordnete solchen Debatten betwohnen. Heute hatten wir eine sozialpolitische Debatte ohne Sozialdemokratie. Wir Sozialdemokraten waren das Publikum, vor dem die bürgerlichen Parteien sich tummeln und — zankten.

Zuerst stieg in die Arena der Pole Gzarinski, der sich über Härten des Unfallgesetzes beschwerte (er brachte einige krasse Fälle zur Sprache) und, anknüpfend an einen Vorwurf Bumm's, die Forderung aufstellte, daß alle die Arbeiter angehenden Verordnungen und Bestimmungen künftig auch in polnischer Sprache veröffentlicht werden. Dem Polen folgte der antimittische Jüngster Vielhaben, der gegen die Bäckerei-Verordnung Sturm ließ. Nach dem Jüngster der Freisinnige Freihändler Biemer, der die Lösung der sozialen Frage ohne politische Freiheit nicht für möglich hält, auf die Reichsverdroffenheit kommt und dabei der Deyhäuser Rede erwähnt.

Bei dem Wort: „Deyhäuser Rede“ schnellte der Präsident empor und verkündet feierlich: er wolle die Freiheit der Diskussion nicht beeinträchtigen, er habe auch nichts dagegen, daß amtliche Akte oder amtlich im „Reichs-Anzeiger“ oder sonst authentisch festgestellte Äußerungen des Kaisers im Reichstag erörtert werden, allein er könne nicht dulden, daß dies mit solchen Äußerungen geschehe, die amtlich nicht festgestellt seien oder keinen amtlichen Charakter hätten und sich blos in den Zeitungen finden.

Der freisinnige Redner ließ die Deyhäuser Rede links liegen, kritisierte aber genug die inneren Zustände Deutschlands sehr scharf und polemisierte scharf gegen die autokratischen Gelüste Stumm's. Einen etwas komischen Beigeschmack erhielt die Debatte durch den schwäbischen Antisemiten, Jüngster und Sozialreaktionär Schrempf, Redakteur eines unter Ausschluß der Öffentlichkeit erscheinenden Blättchens, der gegen die Bäckereiverordnung losdonnerte und sich die Aufgabe er-

wählt zu haben schien, die Nichtigkeit des Bernerstorffer'schen Wortes zu beweisen: „Der Antisemitismus ist der Sozialismus der Dummen.“

Die bedeutendste Rede des Tages war die Köstler's, der mit Stumm graufam ins Gericht ging, Stumm's Wort: die kaiserlichen Februar-Erlasse seien erfüllt, mit beißendem Hohn abfertigte, und Stumm selbst anklagte, die Sozialreform verhindert und auf die Entfernung Verlesch's und Bödiker's hingewirkt zu haben. Ein Mitglied des Bundes der Landwirthe, Dertel, blies in das Vielhaben-Schrempf'sche Reaktionshorn und schimpfte auf die Bäckerei-Verordnung, die den Herren Sozialreaktionären ein ganz besonders schmerzhafter Dorn im Fleisch ist.

Für Hochschulen, Frauenstudium, Eröffnung neuer Thätigkeitsgebiete für die Frauen brachen der „wilde“ Idealist und Prinz Carolath sowie der Fortschrittler Schrader ein paar Lanzen — letzterer mit obligater Reichsverdroffenheit. Nach einer Antwort des Grafen Posadowsky auf verschiedene Fragen und nach einigen ziemlich dunklen Ansprüchen desselben Herrn über die Verabschiedung der Herren v. Verlesch und Bödiker — Ansprüchen, in denen u. A. der kühne Satz vorkam: „Die beste Interpretin der Februar-Erlasse ist die Reichsregierung, und sie ist der Meinung, daß die neueste Sozialreform mit ihnen übereinstimmt“ — gab es noch eine stark anarchistische Auseinandersetzung zwischen den Herren Stumm, Hise und Köstler, der die Sozialdemokraten lächelnd zuhörten und zuschauten.

Nächste Sitzung Montag: Interpellation über das Weingeseß, die voraussichtlich längere Zeit erheischen wird — außerdem wichtige unbedeutende Punkte und nach deren erledigung: Fortsetzung der sozialpolitischen Debatte. —

#### Die Etatsdebatte im Abgeordnetenhaus.

Wer sich von der heutigen Etatsberatung im Abgeordnetenhaus einen logenamen „großen Tag“ verprochen hatte, wurde bitter enttäuscht. Genug Füllstoff hatte sich allerdings zwischen dem Schluß der vorigen und dem Beginn der jetzigen Session angesammelt; wir erinnern nur an die Affenstute auf die Freiheit der Wissenschaft, an den Reder'schen Schießerlaß, die Uebergriffe von Polizeibeamten und die mit dem Volksbewußtsein im Widerspruch stehenden häufigen Begründigungen dieser Beamten, an die neueste preussische Ausweisungspolitik — alles Thaten, die in einem anderen Parlament zu heftigen Zusammenstößen zwischen Volksvertretung und Regierung Veranlassung gegeben hätten. Aber im preussischen Abgeordnetenhaus regt man sich über solche Kleinigkeiten nicht auf, und selbst die äußerste Linke läßt in Bezug auf die Schärfe der Kritik vieles zu wünschen übrig.

Der erste Redner aus dem Hause, der Abg. Richter, brachte zwar alle die von uns erwähnten Mängel und noch vieles mehr zur Sprache, aber man vernahm heute an ihm die Schärfe, die sonst seine Etatsreden so interessant macht. Fast schien es so, als wolle er in das neue Gebäude als Friedensapostel einzutreten und die alte Streitart begraben. Erst am Schluß seiner fast zweistündigen Ausführungen, als er den „Minister des Geistes“ Dr. Woffe und den „Polizeiminister Herrn v. d. Rede“ ins Gebet nahm, zeigte er sich als der gefürchtete Parlamentarier, der seine Gegner mit beißendem Hohn und Spott überhäuft. Im Allgemeinen wurde seine Rede ruhig mit angehört; nur bei seinen Ausfällen gegen die Agrarier erhob sich auf der Rechten ohrenbetäubender Pöbel.

Von demselben friedlichen Geiste wie die Richter'sche Rede war die Erwiderung des Finanzministers v. Miquel befeelt, der einige Ausführungen des Vorredners auf dem Gebiete des Finanzwesens zu widerlegen suchte und dabei in gewohnter Weise für seine Finanzreform Bekkame machte. In seiner Eigenschaft als Vizepräsident des Staatsministeriums herföhrt Herr v. Miquel nur die Ausweisungen aus Schleswig-Holstein, die er als einen Akt der Nothwehr bezeichnete, und bei welcher Gelegenheit er nach bekanntem Muster der bösen Presse eine auswüßte, deren Verhalten aus dem Auslande gegenüber geschadet haben soll. Die in seine Rede eingeschlochtenen agrarpolitischen Bemerkungen berührten seine agrarischen Freunde so wohlthunend, daß einige Mitglieder des Chors der Landräthe sich nicht enthalten konnten, Beifall zu klatschen — ein Verfahren, das der Vizepräsident Herr v. Heeremon mit Recht als parlamentarisch unzulässig bezeichnete.

Nach Miquel kam der konservative Führer und Ex-Diplomat Graf v. Limburg-Stirum an die Reihe. Der edle Graf hatte Red; als ihm das Wort erteilt wurde, war es gerade zwei Uhr, die Stunde, um welche die meisten Mitglieder zu speisen pflegen, und da selbst seine engeren Parteifreunde diesen Genuss dem Anhören der Rede ihres Führers vorziehen, so mußte der Graf vor fast leerem Hause sprechen. Verloren hat niemand etwas, der diese Rede nicht mit angehört hat, zumal da er sie in den stenographischen Berichten früherer Jahre fast im Wortlaut nachlesen kann. Es war die alte reaktionäre Rede, das Loblied auf den absoluten Staat, die Klage darüber, daß ein Mann wie Krupp bei den Reichstagswahlen nicht mehr zu sagen hat als seine Arbeiter, das Zammern über den länderlichen Arbeitermangel und namentlich darüber, daß auch jugendliche Arbeiter infolge der Freizügigkeit ihre Arbeitskraft in anderen Gegenden als im gelobten ostelbischen Zuckerpatrie verwerthen können. Aber das soll bei Leibe keinen Angriff auf das allgemeine Wahlrecht und auf die Freizügigkeit bedeuten! Der Herr Graf hat es ja ausdrücklich betont, daß er diese Vollrechte nicht antasten wolle, und an eines Edelmannes Worten darf man bekanntlich nicht zweifeln.

Inzwischen hatte der Kultminister Dr. Woffe Zeit gefunden, sich auf eine Erwiderung gegen Richter vorzubereiten. Mit gewohntem Redelichwall brachte er die größten Gemeinplätze hervor und machte das Verhalten der Regierung besonders im Falle Delbrück zu vertheidigen. Die Regierung fürdte die Kritik ihrer Handlungen nicht, aber die Form, in die Delbrück seine Kritik gelleidet habe, könne sie unmöglich ertragen. Wenn man

Ich gegenüber diesen maßlosen Beschimpfungen die Hände in den Schooß lege, woher sollte man dann wohl die Kraft und die Autorität bekommen, um gegen die Unterbeamten vorzugehen? Ich brauche nicht zu erinnern, nach welcher Seite hin es dringend nötig ist, die Disziplin hier in eiserne Hand zu nehmen. Also eine Professorenregelung als abschreckendes Beispiel für widerstandsfähige Unterbeamte! Besonders geistreich ist das nicht, wenn man auch dieser Argumentation den Reiz der Neuheit nicht absprechen kann. Aber will denn Herr Doffe überhaupt geistreich sein? Nein, er hat ja heute ausdrücklich erklärt, daß er zwar den Namen „Minister des Geistes“ gern akzeptiere, aber nicht etwa in dem Sinne, daß er besonders geistreiche Reden zu halten habe, sondern in dem Sinne, daß er auf kulturellem Gebiete und auf dem Gebiete der Kirche dem Geiste etwas bieten, Interessant wäre es übrigens, zu erfahren, ob der Scheinrath, von dem der Titel „Minister des Geistes“ herrührte, damals schon eine Ahnung von den zukünftigen Thaten des Herrn Doffe gehabt hat.

Als letzter Redner aus dem Hause kam der nationalliberale Abg. Dr. Sattler zu Worte, der sich selbst sehr gern reden hört, und wenn er irgendwo um eine Rede gekommen ist, diese bei nächster Gelegenheit an den Mann zu bringen sucht. Kürzlich war er im Reichstage als Staatsredner vorgemerkelt; durch einen Schlußantrag aber wurde ihm das Wort abgenommen, und nun rüchete er sich, indem er heute im Abgeordnetenhaus ein und eine halbe Stunde lang ununterbrochen von dem ausgeprägten Nationalgefühl seiner Parteifreunde und von der Nothwendigkeit sprach, die Dänen aus Vordänemark auszuweisen. Von seinen übrigen Ausführungen ist nur das eine zu erwähnen, daß er gegenüber dem allgemeinen Wahlrecht im Reich die Nothwendigkeit eines Wahlsrechts in den Einzelstaaten betonte, welches den Einfluß von Bildung und Besitz sichern. Vor den Wahlen haben die Nationalliberalen ihrem Widerwillen gegen das allgemeine Wahlrecht nicht so offen Ausdruck zu verleihen gewagt.

Charakteristisch war es, daß der Minister des Innern, Freiherr v. B. Redde, trotz der schweren Vorwürfe gegen ihn, heute nicht das Wort ergriff. Hoffentlich hat ihm einer seiner Räte bis zum Montag, wo die Debatte fortgesetzt wird, eine Erwiderung ausgearbeitet.

### Die irischen Gemeinderathswahlen.

London, den 18. Januar.  
Die ersten Wahlen nach dem neuen, demokratischen Wahlrecht zu den Gemeinderathen in Irland haben am Montag stattgefunden, und das Resultat überrascht vor allem durch die große Zahl der gewählten Arbeitervertreter. In allen namhaften und vielen kleineren Städten Irlands hat die Arbeiterpartei — Gewerkschaften und Arbeitervereine — eigene Kandidaten aufgestellt, und von diesen sind ein Theil mit meist großen Mehrheiten gewählt worden, während selbst die Masse der Unterlegenen sehr bedeutende Stimmengablen erhielten. Angehörige Führer der nationalirischen Parteien wurden theils von Arbeiterkandidaten geschlagen, theils mit geringeren Mehrheiten als diese gewählt. Letzteres ist der Fall mit W. Redmond, einem der Führer der irischen Unabhängigen (Parnellites), der in einem der Wahlbezirke Dublins weniger Stimmen erhielt, wie der Erstgewählte der Arbeiterkandidaten, und mit Redmond's Parteigenossen und Parlamentskollegen J. Harrington, dem in einem anderen Bezirke von Dublin das Gleiche passirte. Im Ganzen wurden in Dublin 14 Arbeiter in den Gemeinderath gewählt, neben 39 Nationalisten und 7 Unionisten; während der frühere Zusammensetzung 45 Nationalisten, 12 Unionisten und 3 Arbeitervertreter war. Sechs Arbeiter werden als „Alderman“ (Älteste) in den engeren Stadtrath kommen, gemäß der Vorschrift, daß diese Würde denjenigen Vertretern zufällt, die bei der Wahl die meisten Stimmen erhielten. Weiter ist von der Wahl in Dublin bemerkenswerth, daß, während in dieser Stadt das Bier- und Whisky-Interesse allmächtig war, die größte Stimmenzahl auf einen Arbeiter entfiel, der ein bekannter Vertreter der Abstinenzbewegung ist.

Einen noch größeren Erfolg als in Dublin erzielte die Arbeiterpartei in Limerick, der Hauptstadt der Grafschaft gleichen Namens in West-Irland. Dort sind von 40 gewählten Gemeinderathmitgliedern 24 oder 25 Mitglieder der Arbeiterpartei, an ihrer Spitze John Daly, der Ex-Dynamiter. Es wird als fast sicher erachtet, daß Daly, der bis vor zwei Jahren im Justizhaus zu Portland saß, zum Mayor von Limerick gewählt werden wird. In Cork, der Hauptstadt der Provinz Munster (Süd-Irland), wurden 18 Arbeiter gewählt gegen 38 Nationalisten. Auch hier waren es meist Parnellites, welche der Arbeiterpartei weichen mußten. In Dundalk sind die Arbeiter die Mehrheit im Gemeinderath; der Kampf spielte sich dort als Klassenkampf des Arbeiterbundes gegen den Handwerkerbund ab.

Somit überwiegen in vielen Orten die politische Kampfpole. Nationalisten gegen Unionisten (Vertreter der legislativen Union mit England), oder, wo keine Unionisten in Betracht kommen, Dissidenten gegen Unionisten und Redmonditen. Die Arbeiterpartei steht fast überall den Dissidenten am nächsten. Daly ist Minister von Michael Davitt, der mit Dillon geht, und Michael Davitt ist einer der anerkanntesten Führer der irischen Arbeiterbewegung. In Dublin, das bisher eine der Festungen der Parnellites war, werden die Anhänger Dissidents in den meisten Distrikten für die Arbeitervertreter gestimmt haben. Die irische Arbeiterpartei ist nicht mit dem irischen sozialistischen-republikanischen Bund zu verwechseln, von deren Gründung vor einiger Zeit berichtet wurde. Der Kandidat dieses Bundes ist vielmehr bei der Wahl unterlegen.

Bei alledem hat die Wahl der vielen Arbeiter das größte Aufsehen gemacht und ist sicher das bedeutendste Resultat dieser Wahl. Somit hat das demokratische Wahlrecht die Zahl der Unionisten in den irischen Gemeinderathen überall, in den drei katholischen Provinzen bedeutend verringert, vielfach fast ganz aufgehoben, was indes vorhergesehen war. Es ist nun abzuwarten, welches das Resultat der Grafschaftswahlen sein wird, die am 25. März stattfinden, aber so viel ist sicher, Irlands Verlangen nach einem eigenen Parlament wird auch durch diese Wahlen nicht desavouirt werden.

### Deutsches Reich.

Zur Wagdeburger Justizangelegenheit haben wir gegenüber einigem Thorengerade bürgerlicher Blätter ein paar Bemerkungen zu machen. Der „Hann. Courier“ schreibt:

Wenn die Wagdeburger Sozialdemokraten dem „Genossen“ Schmidt besonders fäurisch zugehelt haben, so beweisen sie damit, daß sie in bezug auf die Erfüllung moralischer Pflichten sehr genügsam sind; denn sie wußten, in welchem Verhältniß „Genosse“ Schmidt zu dem „verantwortlichen“ und verantwortlichen „Genossen“ Müller stand. Der „Vorwärts“ hat sich ebenso wie die meisten anderen sozialdemokratischen Blätter geäußert, aber dieses Verhältniß nicht zu verbreiten; er hat bisher verschwiegen, daß „Genosse“ Schmidt der Chefredakteur der „Wagdeburger Volksstimme“ ist! Welcher bürgerliche Chefredakteur leistet sich überhaupt einen Sireddakteur? Und welcher bürgerliche Chefredakteur wird einstimmen, sich dem Staatsanwalt zu stellen, sobald wegen einer von ihm begangenen Handlung sein Mitredakteur auch nur unter Anklage gestellt wird? Nachdem „Genosse“ Schmidt sich nicht als Thäter gemeldet hat, als gegen seinen Sireddakteur die Anklage erhoben wurde, war es das Mindeste, daß er nach der Verurtheilung seines Sireddakteurs sich meldete.

Das ist alles von A bis Z falsch und verlogen. Wir haben nicht verschwiegen, daß unser Parteigenosse Schmidt leitender Redakteur der „Volksstimme“ ist. Für uns gilt diese Eigenschaft unseres Genossen seit langen Jahren als so bekannt, daß wir gar nicht nötig hatten, die Thatsache besonders zu betonen. Weiter ist der verantwortliche Genosse Müller kein „Sireddakteur“, sondern ein Redakteur, der nur am Tage der Aufnahme des in Frage kommenden Artikels beurlaubt war. Sodann fragen wir den „Hann. Courier“ und die zahlreichen Blätter, die seine Ausführungen abdrucken: Wo ist der bürgerliche Chefredakteur, der sich selbst dem Gerichte übergibt,

wenn der verantwortliche Redakteur angeklagt wird? Man meinte uns nur ein einziges Beispiel! Was sollte es denn auch sonst für einen Sinn haben, daß neben dem Chefredakteur ein verantwortlicher Redakteur zur Erfüllung der pressgesetzlichen Vorschriften eingesetzt zu werden pflegt? —

**Zentrum und Wirtschaftspolitiker.** Als die Agrarier des Reichstages ihre wirtschaftspolitische Vereinigung gründeten, hofften sie, auch Zentrumsmitglieder hinzuziehen zu können. Aber das Zentrum hält seine Schranken bestanden und hat es verstanden, eine Scheidelinie gegen das Bündelthum zu ziehen. Es hat dagegen aus eigener Mitte eine Zentrum's-Vereinigung gebildet, die sich mit den besonderen wirtschaftspolitischen Fragen beschäftigt. Dies gab der „Kreuz-Zeitung“ Anlaß zu der Behauptung, daß es doch mit der Einigkeit im Zentrum nicht so glänzend bestellt sein könnte, wie behauptet werde; es handle sich ohne Zweifel um nichts Anderes, als um das Bemühen, diejenigen Zentrumsmitglieder, die mit der allgemeinen wirtschaftspolitischen Haltung der Partei nicht zufrieden seien, zu bereinigen und vom Beitritt zu der allgemeinen wirtschaftspolitischen Vereinigung (das heißt der konservativ-agrarischen) abzuhalten. Gegen diese Auffassung wendet sich die „Germania“. Die Vereinigung steht in keinerlei Gegensatz zu der Politik der Zentrumspartei, es handle sich lediglich um eine freie Zusammenkunft von Mitgliedern, die sich für wirtschaftspolitische Fragen besonders interessieren.

Diese Darlegung der „Germania“ klingt doch recht absonderlich. Die wirtschaftspolitischen Fragen kann jede Partei innerhalb ihrer Fraktionsorganisationen erörtern; zu einer besonderen Gründung kann kaum ein Anlaß vorliegen, so lange nicht entweder Mitglieder mehrerer Parteien sich zusammenschließen wollen oder innerhalb einer Partei Sonderbestrebungen aufstehen.

Jedem weiß man, daß in wirtschaftspolitischen Fragen im Zentrum ungefähr das Gegentheil von Einheitlichkeit der Anschauungen herrscht.

**Wie man für Militärvorlagen agitirt!** Unsere geistige Veröffentlichung über den an die „ehemaligen Kavallerie-Offiziere“ gerichteten Aufruf veranlaßt einen weiteren Beleg, um folgenden Vorfall zur Veröffentlichung mitzutheilen: „Im Jahre 1893, als man wieder die Alarm-Trommel zu Gunsten der aronisch gewordenen Militärvermehrungs-Vorlage“ rührte, zirkulirte unter den Arbeitern der Staatsverwaltungen in Spandau eine an den Reichstag gerichtete Petition folgenden Inhalts zur Unterschrift:

„Der hohe Reichstag, wolle es hochgeneigt gestatten das die Unterthänigst gezeichneten unterzeichneten Arbeiter der königlichen Institute in Spandau es wagen, hochdenselben nachstehende Bitte vorzutragen: Die dem hohen deutschen Reichstag Seitens der königlichen Regierung zugegangenen Militärvorlage und deren bisherigen Verhandlungen in der Militär-Commission desselben hat uns mit Beforgniß erfüllt (1), weil nach den ausgesprochenen Urtheilen unserer Strategen dem Vaterlande im Falle eines Krieges Gefahren drohen, wenn unsere Armees nicht die Sicherung des Friedens unseres geliebten Vaterlandes einerseits sowie auch das siegreiche Vorgehen unserer Armees im Kriegesfälle andererseits verbürgt, machen es jedem deutschen Manne zur Pflicht, die Verstärkung unserer Armees auf seine Schultern zu nehmen und daher bitten wir einen hohen deutschen Reichstag Unterthänigst gezeichneten die Militär-Vorlage im Sinne der Regierungsvorlage anzunehmen zu wollen, zum Ruhm und zur Ehre des deutschen Reichstages und zum Schutze unseres geliebten deutschen Vaterlandes.“

Einem hohen deutschen Reichstages Unterthänigst gezeichnete Arbeiter.

Diese Petition im „Arbeiter-Jahrbuch“ durfte wieder alle sonstige Gepflogenheit innerhalb der Arbeiterschaft zur Unterschrift zirkuliren. Man weiß ja immer die „lieben, braven, guten“ Arbeiter zu finden, wenn es gilt ihre Stimme zu gewinnen.

Die Arbeiter als Staffage für staatsverhaltende Unternehmungen sind willkommen. Erst werden sie unter der Rubrik „Terroristen“, „Umstürzler“ oder nach schlimmere Gattungsnamen gebucht.

**Gesetzlicher Lebenslohn.** In der Novelle zur Gewerbeordnung, die dem Bundesrath jetzt vorliegt, wird, wie berichtet wird, der Lebenslohn nicht allgemein geregelt. Vielmehr soll nur in den Orten eine bestimmte Stunde für den Schluß aller Verkaufsläden vorgeschrieben werden, wo sich die Mehrheit aller Gewerbetreibenden dafür erklärt hat.

Wenn schon die Regelung des Lebenslohnes nach dem Willen der Betheiligten erfolgen soll, so müßten unseres Erachtens nicht nur die Geschäftsinhaber, sondern vor allen Dingen auch die Angestellten in nach ihrer Meinung gefragt werden. Denn die Angestellten sind es in erster Linie, die unter einer übertrieben langen Geschäftszeit zu leiden haben, während sich die Geschäftsinhaber viel eher gelegentlich von der Thätigkeit im Laden zurückziehen können.

**Charfreitag und Zentrum.** Dem Herrenhause ist vom Kultusminister ein Gesuch betreffend den Charfreitag zugegangen. Der Entwurf bestimmt, daß der Charfreitag für den ganzen Umfang des Staatsgebietes die Geltung eines allgemeinen Feiertages haben soll. Die Katholiken lehnen aber den Charfreitag als kirchlichen Feiertag nicht, und deswegen wendet sich die „Germania“ heftig gegen die Absicht der Staatsregierung, den Charfreitag zum allgemeinen Feiertag zu machen. Sie schreibt:

„Die Klausel am Schluß der Begründung, daß die kirchlichen Vorschriften durch diese staatliche Maßregel nicht berührt werden, ist nach berühmten Mustern gehalten, will aber wenig besagen, denn die Erkenntnis, daß der Staat für das kirchliche Gebiet keine Gesetze geben kann, ist infolge der Vorgänge im Kulturkampfe zu lebendig, als daß die Regierung diese Grenze überschreiten könnte. Wir haben selbstverständlich nichts dagegen einzuwenden, wenn die Protestanten den Todestag des Heilandes mit größtmöglicher Feiertagsfeier begehen. Wogegen wir uns aber mit aller Entschiedenheit verwahren müssen, ist, daß konfessionell protestantische Einrichtungen für den katholischen Volksheil obligatorisch gemacht werden sollen.“

Ein großes Verdienst würden sich die Zentrumspartei und die „Germania“ dadurch erwerben, wenn sie dafür eintreten wollten, daß der Staat seine Machtmittel den konfessionellen Bestrebungen überhaupt nicht leihen dürfe. Aber da haperts. Die ganze Thätigkeit der Zentrumspartei ist ja darauf gerichtet, die staatlichen Machtmittel für die katholische Kirche zu erobern.

**Die Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik** soll Ende September in Breslau mit folgender Tagesordnung stattfinden: 1) die Hausindustrie, ihre gegenwärtige Lage und die Schutzgesetzgebung für ihre Arbeiter; 2) das Hausgewerbe und die Entwicklungstendenzen im Kleinhandel (Wozare, Konsumvereine etc.), wobei aber die zwei Glieder dieses Themas je getrennt für sich verhandelt werden soll. Für eine künftige Verhandlung betreffend die Wohnungsfrage wurde beschlossen, in einem Sammelband das gesammte vorhandene Material durch eine Reihe von Referenten kurz und zusammenfassend behandeln zu lassen.

**Im Zirkus Busch** findet am 18. Februar, Nachmittags 12 1/2 Uhr, die Generalversammlung des Bundes der Landwirthe statt.

**Ein kleines Mittel.** Wir hatten gestern berichtet, daß eine hauptsächlich landwirtschaftlichen Erzeugnissen zu gute kommende Prachtermäßigung verfaßt worden sei. Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt nun: „Darüber ärgert sich der „Vorwärts“, obwohl es ihn wegen der billigeren Ernährung und der früheren und früheren Zukunft, die jetzt durch Elfrucht bewerkstelligt werden wird, im Interesse der ärmeren Bevölkerung freuen sollte.“ Darüber freuen wir uns auch, hochgeehrte Kollegin. Aber ärgern ihn wir uns darüber, daß die Regierung nur noch für Reformen zu haben ist, die — wenn nicht ausdrücklich, so doch hauptsächlich — dem beutegierigen Agrariertum Vortheile bringen.

**Mit dem Falle Grünenthal** beschäftigt sich jetzt der Rechnungshof des Deutschen Reiches. Der Staatssekretär v. Wobbesitz theilte in der Budgetkommission am Donnerstag mit, daß die Reichsdruckerei für den Betrag von 145 000 M. aufgenommen werde, der durch die Beschlagnahme des Grünenthal'schen Vermögens nicht gedeckt worden

ist. Für den Rechnungshof handelt es sich nun darum, festzustellen, ob und inwieweit etwa diejenigen Beamten der Reichsdruckerei, durch deren Verschulden die Veruntreuungen Grünenthal's möglich gemacht worden sind, dem Reichsstaats regreßpflichtig zu machen sind.

**Erfurt, 20. Januar.** Die „Tribüne“ theilt mit: Der Dekorationsmaler Hajert war heute Mittag vor den Oberbürgermeister beschieden, der ihm im Auftrage des Regierungspräsidenten die Mittheilung machte, daß die gegen ihn ergangene Ausweisungsvorschrift zurückgenommen sei. Man erwarte, daß er sich in Zukunft vom öffentlichen Leben zurückhalte. Natürlich wird Hajert trotzdem nach wie vor seine Pflicht als aufgestärkter, kassenbewahrter und organisirter Arbeiter erfüllen.

**Der bayerische Landtag** ist auf den 7. Februar einberufen.

**Aus Ostpreußen, 18. Januar.** (Fig. Ver.) Von den zahlreichen Vorschlägen zur Linderung der Leutenoth hat derjenige der „Kölnischen Zeitung“, einen Hundertmillionen-Fonds zur Einrichtung von kleinen Gütern zur Ansiedelung von Arbeitern bei einem Theil der ostpreussischen Presse und einer Anzahl Gutbesitzer begeisterten Wiederhall gefunden. Neu ist das nicht, da schon mit der Schaffung von Rentengütern Wehntliches erstrebt wird. Es kann aber keinem Zweifel unterliegen, daß sich die Landarbeiter in Zukunft noch weniger wie bisher bereit finden lassen werden, solche kleinen Gütern zu erwerben.

In Lithauen haben eine ganze Anzahl Leute, welche sich verleihen ließen, kleine Parzellen zu erwerben, recht schlechte Erfahrungen gemacht. Eine Menge kleiner Besetzungen sind in Lithauen infolge zahlreicher Parzellirungen von Gütern und größeren bäuerlichen Besetzungen entfallen. Zu den kleinsten Gütern wird das am wenigsten ertragreiche, sogenannte Aussenland genommen. Darauf lassen sich nur geringe Ertragsträge trotz der größten angewandten Mühe erzielen. Da diese kleinen Besizer nur aber ganz geringes Anlagkapital verfügen, müssen die Schulden schnell wachsen. Ueber kurz oder lang müssen eine ganze Anzahl der Leute, die sich jetzt kaum noch halten können, die Bestimmung aufgeben. Das wenige Geld, das sie vorher hatten, ist verloren. Diese Erfahrungen werden bei andern Landarbeitern die Lust, „Gutbesitzer“ zu werden, nicht verstärken.

**Die Verhinderung von Waisenkindern** aus den Städten des Bistums nach dem Osten ist in letzter Zeit mehrfach besprochen. Kinder werden schon jetzt im größten Umfange zu Arbeiten in der Landwirtschaft herangezogen. Man zu zeigen, wie groß die Leutenoth ist, werden in der ostpreussischen Provinzpresse öfter Fälle angeführt, daß Besizer, die früher mehrere Diensthöten hatten, nun nur noch mit Kindern wirtschaften. Eine Anzahl von Verurtheilungen von Kindern, welche in letzter Zeit vorgenommen sind, zeigen, wozu die frühzeitige Verwendung der Kinder, besonders beim Hüten führt. Wegen Brandstiftung und Gefährdung von Eisenbahnzügen sind 13, 14 und 15 jährige Hütungen zu sehr schweren Strafen verurtheilt.

Um einen Ueberblick über die Zahl der im letzten Jahre in der Provinz in den einzelnen Kreisen beschäftigten russisch-polnischen Arbeiter zu gewinnen, wird vom Oberpräsidium Ostpreußens statistisches Material zusammengestellt werden. In den Kreisen sind die zuständigen Stellen angewiesen, Erhebungen anzustellen. Es ist anzunehmen, daß die russische Regierung nicht mehr gewillt ist, Arbeiter in dem Umfange wie bisher nach Deutschland gehen zu lassen. In letzter Zeit ist es mehrfach vorgekommen, daß russische Arbeiter, die nach Rußland gingen, um ihre abgelaufene Grenzkarte zu erneuern, von den russischen Beamten keine neue Karte ausgestellt erhielten. Möglich ist, daß die russische Regierung mit der Erziehung der Abwanderung von Landarbeitern nach Deutschland den auch schon über Arbeitermangel klagenden russischen Gutbesitzern gefällig sein will; aber auch als Repressivmaßregel gegen die Ausweisung von Russen aus Deutschland ist ihr Vorgehen aufzufassen. Ueberflüssig ist die Anweisung des Oberpräsidiums an die Amts- und Kreisverwaltungen, künftig streng darauf zu achten, daß sich nicht russisch-polnische Arbeiterfamilien, sondern nur ledige Personen in der Provinz aufhalten, wenn, wie leicht erwartet werden kann, die russische Regierung keinen Arbeiter mehr über die Grenze gehen läßt. Für die ostpreussischen Gutbesitzer wäre das ein schlimmer Schlag.

### „Diebesprämiën.“

Die Arbeiterfreundlichkeit der rheinisch-westfälischen Industriellen wird treffend durch eine Bestimmung gekennzeichnet, die sich fast in allen Arbeitsordnungen der rheinisch-westfälischen Bergwerks-Betriebe findet, bisher aber in weiteren Kreisen ziemlich unbekannt blieb. Durch ein Urtheil des Bochumer Landgerichts und des Berg-Gewerbegerichts daselbst wird die Aufmerksamkeit auf diese merkwürdige Bestimmung hingelenkt.

Es ist klar, daß unter den annähernd 200 000 Bergarbeitern des Ober-Bergamtsbezirks Dortmund sich auch Leute befinden, die es mit dem Reim und Deim ihrer Kollegen nicht so sehr ernst nehmen. Sie gehen namentlich darauf aus, durch Diebstahl von Lohnbüchern am Lohnstage den Verdienst von Mitarbeitern einzulassiren. Dadurch kamen nun in früherer Zeit einzelne Bechen in die unangenehme Situation, manden Lohnbetrag doppelt zahlen zu müssen, einmal dem Dieb, der das richtige Lohnbuch vorwies, und nachher dem wirklich zum Lohnempfang berechtigten Arbeiter. Die Verluste, die den Bergwerks-Verwaltungen dadurch erwachsen, waren aber verhältnismäßig gering. Umso rigoros erseht daher ihr glücklicher gemacht Versuch, diese Lohnverluste auf die Arbeiter abzuwälzen, den Arbeiter, auf dessen gestohlenen Lohnbuch der Verdienst bereits ausgezahlt war, um seinen sauer verdienten Lohn zu bringen.

Nach den Bestimmungen des Allgemeinen Landrechts ist der Lohn zunächst dem Berechtigten zu bezahlen; es befindet sich aber eine Klausel in den gesetzlichen Bestimmungen, wonach die Zahlung einer Verbindlichkeit auch an jemand anders als an den Gläubiger geleistet werden kann, wenn in dem Vertrage, aus welchem die Verbindlichkeit entspringt, jemand genannt ist, welchem die Zahlung gültig solle geleistet werden können. Diesen Possus haben die rheinisch-westfälischen Bergwerks-Verwaltungen sich zu nütze gemacht und in ihren Arbeitsordnungen die Bestimmung aufgenommen, daß die „Auszahlung des Lohnes gültig an diejenige Person erfolgt, welche das Lohnbuch bei der Auslösung vorlegt“ (§ 19 der Arbeitsordnung). Hierdurch ist der eventuelle Dieb des Lohnbuches ausdrücklich zur Erhebung des Lohnes legitimirt, und der ehrliche Arbeiter wird in Form allen Rechtes um seinen sauer verdienten Lohn gebracht. Es wird zwar von der Bergwerks-Verwaltung wohl gekannt, daß die Arbeiter, denen ihr Lohnbuch gestohlen werde, sich vor dem Lohnverlust ja dadurch sichern können, daß sie den Diebstahl umgehend, noch vor der Lohnauszahlung der Bergwerks-Verwaltung resp. den zur Lohnauszahlung bestimmten Beamten anzeigen. Das ist sehr schon gesagt; aber wer den praktischen Geschäftsgang der Lohn-erhebung und Lohnauszahlung kennt, der bedingt, daß die Bergleute über ihr Lohnbuch garnicht immer verfügen, daß es vielmehr notwendig durch andere Hände gehen muß, dem wird die Zustimmung an den einzelnen Arbeiter, daß er jeder Zeit wissen soll, ob sein Lohnbuch gestohlen oder nur nach den Regeln des Geschäftsganges augenblicklich nicht in seinem Besitz ist, äußerst befremdlich klingen. Der ganze § 19 der Arbeitsordnung der rheinisch-westfälischen Bechen kennzeichnet sich als ein Ausfluß des Klassen-egoismus des Unternehmertums.

### Ausland.

#### England.

**Der „Friedenskreuzzug“ in England.** In Uebereinstimmung mit dem Beschlusse des Internationalen Friedenskreuzzuges, in allen Hauptstädten der Provinz Versammlungen abzuhalten, fand am Freitag in Kibon (Northshire) ein großes Meeting statt. Lord Ripon, der frühere Vizekönig von Indien, hielt eine Rede, in welcher er für eine Resolution trat, in der dem Kaiser von Rußland dafür gedankt wird, daß er die Frage der ins Unermeßliche wachsenden Rüstungen aufgeworfen habe.

**Dänemark.**

**Verbesserung des Wahlrechts in — Dänemark.** Der von dem Landesherrn eingesetzte Ausschuss zur Veranlassung des Wahlrechtsreformgesetzes (Einführung der geheimen Abstimmung) hat in seiner Beratung einstimmig die wichtigsten Punkte dieses Gesetzes gebilligt. Die Stimmzettel sollen also in Zukunft in verschlossenen Hüllen, die im Wahllokal geliefert werden, abgegeben werden, und auch die Stimmzettel selbst völlig gleichartig sein. Da demgemäß zu hoffen ist, daß sich im Plenum des Landstings eine große Majorität finden wird, dürfte Dänemark in Kürze ein verbessertes Wahlgesetz haben.

**Serbien.**

**Belgrad, 18. Januar.** (Fig. Ver.) Trotz der Witzschriften, die von angesehenen Mitgliedern aller politischen Parteien unterzeichnet waren, wollte sich König Alexander des armen gebrocheneren Reiches Vassa Velagitsch nicht erdarmen. Dieser wadere Verteidiger der Volksrechte, dieser opfermuthige Vertreter der serbischen sozialdemokratischen Bestrebungen, endete vorigen Sonntagabend, den 11. d. M., sein mit eben kämpfen, aber auch mit schweren Entbehrungen erfülltes Leben im Pogorebader Gefängnis, in welchem er seine vierjährige Strafe, die er sich wegen Majestätsbeleidigung zugezogen hatte, abtun sollte.

**Affien.**

**Von den Philippinen.** Einem Telegramm der „New York World“ aus Washington zufolge ist dort eine Nabelmeldung des Generals Otis aus Manila eingetroffen, nach welcher die Expedition des Generals Miller auf der Insel Sumarao, drei Meilen von Ho-Ho gelandet ist, ohne auf Widerstand zu stoßen.

**Bezüglich der Irrthümer auf Samoa** wird der „Voss. Zig.“ aus London gemeldet: Während des Ministerrathes am Freitag sprach der deutsche Vorkämpfer Graf Hagfeld vor; dieser ungewöhnliche Besuch wird mit der Samoaaffäre in Zusammenhang gebracht. Eine Washingtoner „Times“-Druckung besagt: Die britische und die amerikanische Regierung sind entschlossen, auf der Beobachtung der Berliner Akte zu bestehen, aber sie hoffen auf einen freundschaftlichen Ausgleich mit Deutschland. Es werden Vorlesungen getroffen für eine wahrscheinlich in Berlin abzuhaltende Konferenz zwischen Vertretern der drei Mächte über die Samoafrage, die stattfinden soll, sobald amtliche Berichte über die jüngsten Vorgänge eingelaufen sind.

**Aus China** wird über England gemeldet, 8000 Kuffindische in der Provinz Kanton hätten am 10. Januar die Stadt Kanton angegriffen. 200 Mann von den die Stadt verteidigenden Truppen seien getödtet worden. Zur Zeit werde die Stadt von den Aufständischen belagert. Der Vizekönig von Kanton habe Verstärkungen nach Kanton beordert.

**Afrika.**

**Aus Abyssinien.** Am Donnerstag ist der Friede zwischen Ras Malomen und Ras Mangascha in der Kirche von Enda Mariam beschworen worden unter dem Vorbehalt, daß der Ras denselben billigt. Raschik ist durch Boten benachrichtigt worden. Es scheint so, als habe Ras Mangascha um Frieden nachgehakt, da ihm die Vertheidigung von Ado Agamus heilbar erschien, nachdem Ras Malomen eine Stellung auf dem Alequa-Berge bezogen hatte. Die Truppen Malomens beginnen schon in südlicher Richtung abzuziehen. Es gewinnt also den Anschein, als ob die Absicht, in Ado Agamus zu bleiben, aufgegeben ist. Die ägyptischen Hauptlinge ehren nach ihren Wohnsitzen zurück.

**Parlamentarisches.**

**Der Senatorenkonvent des Abgeordnetenhauses** war am Sonntagabend zusammengetreten, um die Zusammenstellung der ständigen Kommissionen nach dem Verhältnis der Stärke der Fraktionen und die Befugung des Vorsitzes in den Kommissionen zu bestimmen. Der Senatorenkonvent beschloß, den Konservativen den Vorsitz in der Budgetkommission, Wahlprüfungs-Kommission und Unterrichtskommission einzuräumen, den Nationalliberalen in der Gemeinde- und Geschäftsordnungs-Kommission, dem Zentrum und Polen in der Petitionskommission und Agrarkommission, den Freikonservativen in der Justizkommission, den Freisinnigen in der Rechnungskommission.

**Befreiung vom Religionsunterricht.** Die Humanistische Gemeinde zu Berlin hat eine Petition an das Abgeordnetenhaus gerichtet wegen Freigabe des Religionsunterrichts für die Dissidentenkinder. Es wird darin ausgeführt, das allgemeine preussische Landrecht erkenne die „vollkommene Glaubens- und Gewissensfreiheit“ als ein ursprüngliches Recht jedes Preussen und anerner bestimme es in § 78, Theil II, Titel 2, daß, so lange Eltern über den ihren Kindern zu ertheilenden Religionsunterricht einig sind, kein Dritter ein Recht habe, ihnen daran zu widersprechen. Entgegen diesem klaren Wortlaut der Verfassung würden nach einem Ministerialreskript vom 16. Januar 1892 Dissidenten, die in gesetzlicher Form aus der Landeskirche ausgeschieden sind, gegen ihre ausdrücklichen Einverständnis gezwungen, ihre Kinder an dem konfessionellen Religionsunterricht der öffentlichen Schulen theilnehmen zu lassen. Die durch die Verfassung gewährten Rechte dürften nicht durch Ministerialreskripte im Verwaltungswege aufgehoben werden. Währen sei diese Ministerialbefreiung rechtswidrig. Es sei dringend notwendig, daß das Abgeordnetenhaus hierzu Stellung nehme und Abhilfe herbeiführe.

**Partei-Nachrichten.**

**Der Sozialdemokratische Verein in Altona** hatte Ende des vorigen Jahres 1930 Mitglieder, gegen 1753 im Jahre 1897. Die Einnahme betrug 9399,04 M., die Ausgabe 8486,00 M.

**Das Wochenblatt „Der Arbeiter“** in Essen wird, wie Verlag und Redaktion mittheilen, spätestens vom 1. März d. J. ab täglich erscheinen.

**Der Sozialdemokratische Verein in Stuttgart** hatte am Schlusse des vorigen Jahres 1896 Mitglieder, gegen 1465 im Jahre 1897 und gegen 1295 im Jahre 1896. Die Einnahmen und Ausgaben im Jahre 1898 belaufen sich auf 8492,86 M.

Bei der Reichstagswahl vermehrte sich die Zahl unserer Stimmen in der Stadt um 26 pCt., in den Landorten aber um 60 pCt.

**Politikalisches, Gerichtliches u. s. w.**

**Aus Magdeburg.** Der Redakteur August Müller war wegen Veröffentlichung eines Inserats in der „Volksstimme“, worin das Präparat „Glandulen“ empfohlen war, vom Schöffengericht zu 15 M. Geldstrafe verurtheilt worden, weil nach Ansicht dieser Instanz das Glandulen ein Geheimmittel sein sollte. Das Landgericht dagegen erkannte auf Freisprechung. — Wegen Veröffentlichung des Artikels, überschrieben: „Eine Greisin erschossen!“ wurde der Redakteur Pistorius auch vom Landgericht des großen Hofes schuldig erklärt und zu 60 M. Geldstrafe verurtheilt. Der Staatsanwalt hatte, wie schon vorm Schöffengericht, die höchste Strafe, 6 Wochen Haft, beantragt.

**Wegen Verächtlichmachung von Einrichtungen der evangelischen Kirche** hatte die Staatsanwaltschaft in Essen ein Strafverfahren gegen Frau Steinbach aus Hamburg eingeleitet. Dieselbe sollte sich des Vergehens gelegentlich einer Agitationstour am Niederrhein schuldig gemacht haben. Auf Antrag des Verteidigers, des Freiherren Dr. v. Oberhausen in Hamburg, hat jetzt die Staatsanwaltschaft in Essen das Verfahren eingestellt.

**Oberschlesisches.** Man schreibt uns: Da die Deuthener Polizei den dortigen Parteigenossen die Verübung des Winter'schen Lokals zu privaten, nicht Vereins- oder Versammlungszwecken, verbietet, weil sie glaubt, daß dort unangemeldete Versammlungen abgehalten werden, hat Genosse Winter jetzt seine eigene strafrechtliche Verfolgung wegen des

angeblichen Abhaltens unangemeldeter Versammlungen beantragt. Die Polizei kann doch nicht ohne begründeten Verdacht, daß Versammlungen abgehalten werden, die Verübung des Lokals auch zu Privatzielen verhindern. Die Verdachtsgründe der Polizei müßten also doch auch die Einleitung der strafrechtlichen Verfolgung begründen. Lehnt die Staatsanwaltschaft das Einschreiten ab, so nimmt sie dadurch auch der Polizei die Vernehmung, sich ferner in Dinge zu mischen, die sie nichts angehen.

Als der Bürgermeister Rochmann von Eiferstadt bei Gleiwitz am Himmelfahrtstage mehrere Parteigenossen an der Vertheilung von Flugblättern gehindert hatte und diese Genossen vom Schöffengericht in Gleiwitz wegen groben Unfugs und Sonntagruhestörung verurtheilt worden waren, wies der Landrath von Gleiwitz eine Beschwerde der Genossen gegen Rochmann zurück, indem er sich auf die Feststellung des Gerichts berief. Als nun diese Genossen in der Berufungsinstanz glänzend freigesprochen worden waren und somit erwiesen war, daß Rochmann unrechtmäßig gehandelt hatte, wurde die Beschwerde erneuert. Statt eines Bescheides ging dem Beschwerdeführer ein Schreiben des Gleiwitzer Landrathsamtes zu, nach dem der Landrath keine Veranlassung findet, auf die Angelegenheit einzugehen. Kammerrath wird sich die Doppelner Regierung mit Rochmann's Vorgehen zu beschäftigen haben. Ob übrigens durch jene Flugblatt-Vertheilung in der That die Sonntagruhe gestört worden ist, also die bei der Strafverfolgung angeführte Polizeiverordnung als Sonntags-Sozialistengesetz verhängt werden soll, darüber wird das Kammergericht am 16. Februar entscheiden.

**Wegen öffentlicher Beleidigung von Polizeibeamten** ist im Jahre 1897 der Parteigenosse Berger in Danzig vom Landgericht zu 3 Monaten Gefängnis verurtheilt worden. Er soll in einer öffentlichen Parteiverammlung in Beziehung auf die Thätigkeit des Kommissars Eisenblätter und des Schupmann's Ivan, die die Versammlung überwacheten, beleidigende Ausdrücke gebraucht haben, die aber, wie die Verhandlung ergab, nur von den beiden Beamten, sonst von keinem Versammlungstheilnehmer gehört worden sind. Die beiden Beamten widersprachen sich zudem in ihrer Aussage. Der Kommissar bestritt, Berger habe die beleidigenden Worte ganz leise gesprochen, während der Schupmann behauptete, die beleidigenden Worte seien recht laut gesagt worden. Berger, der sich unschuldig fühlte, mußte dennoch die Strafe verbüßen, da das Reichsgericht seine Revision verwarf. Er denunzierte dann den Kommissar Eisenblätter und den Schupmann Ivan wegen Meineids. Sowohl der Staatsanwalt wie der Oberstaatsanwalt lehnten es aber ab, gegen die beiden Beamten einzuschreiten.

Nun wagte Berger einen außerordentlichen Schritt. In einer Parteiverammlung, die wieder von den beiden Beamten überwacht wurde, erklärte er, die Polizeibeamten, die in jenem Prozeß im Gegensaß zu allen übrigen Zeugen gegen ihn ausgesagt hätten, gehörten wegen Meineids ins Nichts. Die Folge war eine neue Anklage, die am 3. Juli 1898 vor der Strafkammer verhandelt wurde. Auch bei dieser Gelegenheit standen die beiden Beamten mit ihrer Behauptung, Berger habe in der Versammlung im Jahre 1897 die inkriminierten Worte gebraucht, allein da, während drei Zeugen übereinstimmend mit größter Sicherheit das Gegentheil ausagten, Berger wurde zu 6 Monaten Gefängnis verurtheilt. Das Urteil fertigte die Audyagen der vernommenen drei Zeugen dadurch ab, daß es erklärte, die Zeugen gehörten den unteren, weniger gebildeten Bevölkerungsschichten an, die erfahrungsgemäß im Allgemeinen nicht in der Lage sind, die Tragweite ihrer Aussage voll zu erfassen. Gegen dieses Urteil legte Berger Revision ein. Wie nun die Königsberger Volksstimme mittheilt, hat das Reichsgericht am 1. November 1898 das Urteil der Strafkammer vom 3. Juli 1898 nebst den zu Grunde liegenden Feststellungen aufgehoben und die Sache zur nochmaligen Verhandlung an die Vorderinstanz zurückverwiesen.

**Prozeß Harden-Delbrück.**

Vor der 147. Abtheilung des hiesigen Schöffengerichts fand gestern abends Termin zur Hauptverhandlung in der Privatbeleidigungssache des Herausgebers der „Zukunft“, Maximilian Harden gegen den Herausgeber der „Preussischen Jahrbücher“, Prof. Dr. Hans Delbrück statt. Es handelt sich bekanntlich um den Vorwurf der „Infamie“, den der Beklagte in einem Artikel der „Preussischen Jahrbücher“ dem Privatkläger gemacht hat. Die Parteien sind persönlich zur Stelle. Herrn Harden stellt Rechtsanwalt Dr. Suhs-Pandura, Herrn Prof. Delbrück Justizrath Dr. Sello zur Seite. Als Sachverständige sind Geh. Ober-Reg. Rath Dr. Heinrich Köfer, Staatsarchivar Dr. Granier, Prof. Dr. Liesegang, Prof. Dr. Brunner, Geh. Rath Prof. Dr. Gierte geladen, unter den Zeugen befinden sich Professor Dr. Lamprecht, die Schriftsteller Dr. Th. Barth, Hartleben, Dr. Franz Mehring, Kurt Baale u. A. Den Vorsitz führt Assessor Dr. Karsten. Der kaum 20 Personen fassende Raum ist natürlich sofort gefüllt, für sämtliche Vertreter der Presse steht ein einziger ganz kleiner Tisch zur Verfügung. Nach Zeugenaufruf wird auf das Gutachten des Herrn Professor Brunner verzichtet. Auf einen Vergleich erklärt Professor Dr. Delbrück nicht eingehen zu können, weil der Kläger erklärt habe, einem von ihnen beiden müsse es den Kopf kosten. Seitens des Professors Delbrück ist Widerklage erhoben, weil Herr Harden in einem Artikel der „Zukunft“ ihm den Vorwurf machte, er habe aus einem Werke des Professors Lamprecht einen Gedanken übernommen, ohne ihn zu zitieren, also gewissermaßen einen literarischen Diebstahl begangen; er habe außerdem in zwei bestimmten Fällen die publizistischen Anstandsregeln verletzt und auch in seinen Vorlesungen an der Universität die Anstandsregeln verletzt, als er seinen Zuhörern gesagt habe, daß sie seine Werke zu ermäßigten Preisen kaufen können. Den Ausgangspunkt des ganzen Streites bildet eine sehr scharfe Artikel, die Professor Oden in den „Preussischen Jahrbüchern“ an der „Deutschen Geschichte“ des Professor Lamprecht geist hat. Darauf erwiderte Professor Lamprecht in der „Zukunft“ mit Angriffen gegen Delbrück, den er als mitverantwortlich für die Veröffentlichung des Professor Oden erklärte und ihm zugleich eines Plagiats beschuldigte, indem er behauptete, Professor Delbrück habe einen ihm entnommenen Gedanken als eigenen benutzt. Nun nahm Professor Delbrück in den „Preussischen Jahrbüchern“ wieder das Wort und führte nun auch folgende aus, daß Lamprecht's „Deutscher Geschichte“ ein wissenschaftlicher Werth nicht mehr zuzuerkennen sei. Er möge seine Professur niederlegen und in die Redaktion der „Zukunft“ eintreten. — In einem „Epilog“ überschriebenen Artikel der „Zukunft“ antwortete Prof. Dr. Lamprecht mit der Bemerkung, daß dieser Schmutz nicht an ihn heranzöge. Dann folgte ein längerer, sehr scharfer Artikel des Herrn Harden, der sich direkt gegen Prof. Delbrück richtete und ihm aus seiner publizistischen und akademischen Thätigkeit schwere Vorwürfe machte, die zur Widerklage Veranlassung gegeben haben. Er beschuldigte darin u. A. den Beklagten, daß er in seinen „Preuss. Jahrb.“ einen Artikel über intime Vorgänge in der Sozialdemokratie mit den Buchstaben A. B. habe zeichnen lassen, so daß der falsche Glaube erweckt sei, daß Weber der Verfasser sei. Herr Harden erklärte ferner, daß er es für unanständig halte, Artikel über die Polenfrage in einer Form zu veröffentlichen, daß jeder Leser glauben müsse, sie röhren von einem Deutschen her, während thatsächlich Herr von Roscielski-Admiralski der Verfasser sei etc. — Darauf antwortete Prof. Dr. Delbrück: „Daß Herr Lamprecht selbst die Jumentung, in der Redaktion der „Zukunft“ einzutreten, als Schmutz aufweist, ist eine Aufwallung des Ehrgeizes, die anzuerkennen ist. Daß Harden dies Urteil in seiner eigenen Zeitschrift abdruckt, zeugt von dem Grade seiner Selbsthatsung. Was den Charakter des Herrn Harden betrifft, so ist die öffentliche Meinung über ihn wohl allmählich klar geworden. Ich will aber auch nicht verhehlen, daß ich für seine Infamie — ich meine damit eine ehrenrührige Handlungsweise — einen unerschütterlichen Beweis in Händen habe.“ — Darauf hat Harden die Privatklage angestrengt.

**Delbrück's Beweismaterial.**

Prof. Dr. Delbrück erklärt, daß in dem Artikel des Herrn Harden vier sehr schwere Beleidigungen gegen ihn enthalten seien. Es sei eine unerhörte Insinuation, ihm ein Plagiat unterzuschreiben, es sei schwer beleidigend, wenn behauptet werde, er habe zum Zwecke der Täuschung Artikel in den „Preuss. Jahrb.“ veröffentlicht, um den Schein zu erwecken, als habe der Artikel über die „Sozialdemokratie“ Herrn Weber und der Polen-Artikel einen Deutschen zum Verfasser. Alle diese Beschuldigungen hätten absolut keinen Untergrund. Schwer beleidigend müsse es auch für ihn sein, wenn der Thatsache, daß er seinen Evidenzen geseigt, sie können seine Werke zu ermäßigten Preisen erwerben, der Inzag gegeben wäre, daß die Studenten diese Werke zu ihrem Studium nicht brauchen.

Was den Vorwurf der „Infamie“ betrifft, den Prof. Delbrück als Vorwurf der „Ehrenrührigkeit“ ausgelegt wissen will, so bringt der Beklagte folgende vier Punkte vor: 1. Herr Harden habe ihn i. J. wiederholt zur Mitarbeit bei der „Zukunft“ aufgefordert und in dem Briefe, den er überreichte, als den beinahe einzigen Publizisten großen Stils in Deutschland“ gepriesen. Herr Harden habe ihn später, als das Umsturzgesetz auf der Tagesordnung stand, nochmals erlucht, seine Meinung darüber in der „Zukunft“ zu äußern. Wenn dann Herr Harden in der „Zukunft“ erklärte, er habe ihn (Delbrück) schon damals, als er die Aufforderung an ihn gerichtet, für eine königlich-tomische Figur“ gehalten und habe ihm Gelegenheit geben wollen, sich im hellsten Lichte zu blamieren. Wenn er ihn in dieser Weise durch den stöber bewußt wahrheitswidriger Schmeichelei zur Mitarbeit für seine Wochenchrift zu verlocken gesucht habe, so sei dies eine ehrenrührige Handlung. — 2. Er behaupte ferner, daß die von Herrn Harden zur Schau getragene Bismard-Verehrung mit seiner wirklichen extremdemokratischen Anschauung nicht zu vereinbaren sei und nur als Mittel zum Zweck diente. Denn im Jahre 1890 habe Harden mit Herrn Dr. Franz Mehring in der „Vollst.“ eine gemeinschaftliche Aktion gegen Paul Lindau betrieben, die thatsächlich eine Spitze gegen den Fürsten Bismard enthielt. Der Artikel, den Herr Harden geschrieben, sei anonym gefaßt gewesen und habe dieselbe Ueberschrift gehabt, die ein vorhergehender Artikel des Dr. Mehring in dieser Sache trug: „Ein kleiner von den Seinen“. Der Dr. Mehring'sche Artikel habe mit den Worten begonnen: „Der Bismard wird wir los, die Bismarder sind geblieben“. Er halte es für ehrenrührig, daß jemand zur selben Zeit, in welcher er den Fürsten Bismard glorifizierte und dessen Abgang schmerzlich bedauerte, sich mit einem so extremdemokratischen Manne und ausgesprochen allerinstimmigen Gegner des Fürsten, wie Dr. Mehring, zur Herausgabe der „Zukunft“ vereinigen wollte. 3. Nach dem Tode des Professors v. Treitschke sei ein Kochen in der „Zukunft“ erschienen, in welchem er u. A. das Bedauern ausdrückte, daß Treitschke sein ihm gegebenes Versprechen, ihm einen Beitrag zu liefern, nicht mehr habe erfüllen können. Darauf habe Professor Schiemann öffentlich erklärt, daß Prof. Treitschke niemals daran gedacht habe, Herrn Harden ein solches Versprechen zu geben. Harden aber sei trotz alledem bei seiner Behauptung geblieben und habe Hr. Prof. Schiemann mit Angriffen überschüttet. Dagegen habe Harden selbst einen Brief des Prof. Treitschke veröffentlicht, aus dem klar hervorgehe, daß Prof. Treitschke seine Zusage, aus dem klar hervorgehe, daß Prof. Treitschke seine Zusage, sondern eine Widrigkeit gegeben habe. Wenn Hr. Harden trotz der heftigen Fehde, die er mit Prof. Schiemann gehabt, niemals den höchst einfachen Schritt gethan, den Brief mit der angeblichen Zusage des Herrn v. Treitschke zu produzieren, so zeige dies doch deutlich, daß er niemals die behauptete Zusage von Treitschke erhalten habe. — 4. Der Schriftsteller Otto Erich Hartleben sei seiner Zeit Mitarbeiter des „Vorwärts“ gewesen. Dort seien mehrere anonyme Denunziationen gegen Hartleben eingegangen, die schwere falsche Beschuldigungen enthielten und vom Kläger herrührten. In jeder anständigen Gesellschaft habe es immer für unanständig gegolten, mit solchen anonymen Denunziationen vorzugehen.

**Harden's Entgegnung.**

Herr Harden beantwortete diese Behauptungen im Allgemeinen dahin: Als er 1892 den Entschluß faßte, die „Zukunft“ zu begründen, sei er bis dahin politisch noch gar nicht hervorgetreten. Er sei in liberalen Anschauungen emporgewachsen, habe dann aber schon durch das Pseudonym „Apostata“, welches er für seine schriftstellerischen Arbeiten gewählt, angedeutet, daß eine Wandlung mit ihm vorgegangen sei. Nach seinem Plane sollten in der „Zukunft“ die verschiedensten Anschauungen zum Worte kommen und er habe sich deshalb an Männer der verschiedensten Richtungen gewandt, um sie zur Mitarbeiterschaft aufzufordern. Bei dieser Gelegenheit habe er auch an Prof. Delbrück geschrieben, dem er damals noch ziemlich fern stand. Prinzipiell müsse er den Standpunkt vertreten, daß eine solche Aufforderung zur Mitarbeit keineswegs den Aufgeforderten in eine unangenehme Lage ihm gegenüber bringe. Er selbst erweise demselben durch die Aufforderung dieselben Dienste, wie jener ihm. Die glänzende Ansicht, die er über Professor Delbrück anfänglich gehabt, sei in der Folge allerdings stark alterirt worden, er habe gesehen, daß Delbrück in gewissen politischen Dingen nachgerade manche tomischen Anschauungen vertreten und werde von manchen maßgebenden Personen als ein Querkopf angesehen. Wenn er damals Herrn Delbrück, obgleich er ihn schon für eine tomische Figur gehalten, zur Mitarbeit aufgefordert habe, so habe er dabei keineswegs einen infamen Hintergedanken gehabt, sondern sei im Rahmen seines Prinzips geblieben. — Was sein Verhältnis zu Dr. Mehring betreffe, so wolle er zunächst vorausschicken, daß er bis zum Tode des Fürsten Bismard ein liebenswürdig ausgenommenener Gast desselben geblieben sei. Die über ihn ausgeführte Verleumdung, er habe gesehen, daß in Friedrichsruh für ihn nichts mehr zu holen sei, sei absolut unwahr. Die Entlassung des Fürsten Bismard habe er für einen schweren politischen Fehler gehalten, da er gefühlt, daß mit ihm ein ungeheurer Schatz politischen Geistes und Weisheit verloren gegangen sei. Niemand sei ein blinder Bewunderer des Fürsten Bismard in allen seinen politischen Thätigkeiten gewesen, er habe ihn leider sogar mehrere Male publizistisch angegriffen müssen. Fürst Bismard habe dies durchaus gewußt und ihm gesagt: „Sie haben gewisse sozialdemokratische Anwandlungen, aber Sie sind doch mein Freund!“ Im Jahre 1890, als er politisch noch gar nicht thätig war, sei die Affäre Lindau-Schabelski aufgetaucht. Dr. Mehring habe mit einem Artikel „Ein kleiner von den Seinen“ gegen Paul Lindau Front gemacht und in diesem Artikel für den Fall Lindau gewissermaßen den Fürsten Bismard verantwortlich gemacht. Er selbst sei damals in Belgien gewesen. Bei seiner Rückkehr habe Dr. Mehring den Artikel gehabt, ihn kennen zu lernen, er habe dem Wunsch entsprochen und sei von Dr. Mehring aufgefordert worden, doch einmal die Sache Lindau-Schabelski vom literarisch-theatralischen Standpunkte zu behandeln. Wichtig sei es, daß er in dem betreffenden Artikel die Doppelstellung des Dr. Paul Lindau als Leibjournalist des Fürsten Bismard und Artikler des „Berliner Tageblattes“ gezeichnet habe. Der Artikel enthalte keinen Angriff auf den Fürsten Bismard. Dr. Mehring habe durchaus gewußt, daß er politisch nicht mit ihm auf dem gleichen Boden stand. Die Ueberschrift des Artikels rühre von Dr. Mehring her. Er habe mit Mehring, der ein alter, erfahrener Journalist gewesen und ihm viel Wohlwollen entgegengebracht habe, manche Dinge, unter Anderem auch die Herausgabe der „Zukunft“ besprochen. Er habe niemals den Gedanken gehabt, mit ihm zusammen die „Zukunft“ herauszugeben, aber selbst wenn er diese Absicht gehabt hätte, wäre er nicht, welche Infamie darin liegen sollte. Er selbst sei damals das rothe Tuch für die Sozialdemokratie gewesen und sei mit Verleumdungen aller Art angegriffen worden. So habe man die absolute Verleumdung verbreitet, Bismard habe sich mit seinem Gelde an der „Zukunft“ betheiligt. Das habe Fürst Bismard nie gekannt und würde es auch nie gekannt haben, dazu sei er ein viel zu vorsichtiger Hausvater gewesen. Er habe lediglich an Herrn Dr. Mehring das Trüchchen gerichtet, auch für die „Zukunft“ zu schreiben.

— Justizrat Dr. Sello: Der Beklagte stehe auf dem Standpunkte, daß wenn Dr. Mehring das dringende Ersuchen des Herrn Harden erfüllt und sich an der Herausgabe der „Zukunft“ beteiligt hätte, der Kläger nicht mit dem Pfluge Bismarck, sondern mit dem Pfluge Mehring gepflügt haben würde. — Harden erwidert: Er müsse für diese haltlose und schwer beleidigende Insinuation Verzeihen verlangen. Mit demselben Rechte könnte er Herrn Justizrat Sello sagen: Wenn Sie nicht zufällig für Professor Delbrück sich verpflichtet hätten, würden Sie mich mit demselben Pfluge der Ueberzeugung vertreten! Was Herrn v. Treitschke betrifft, so bleibe er bei seiner Behauptung. Prof. Schiemann habe ihn in der ärgsten Weise beleidigt, ohne auch nur eine wirkliche Thatsache für seine Behauptungen beibringen zu können.

### Der Vorgang mit Hartleben

stehe auch wieder mit der Lindau-Affäre in Verbindung. Damals seien die „Kreuz-Ztg.“ und der „Vorwärts“ anti-indianisch und für Dr. Mehring gewesen. Herr Hartleben sei damals im „Vorwärts“ aufgetaucht und habe für das Blatt Theaterkritiken geschrieben. Als „Der Leibeigene“ in der Schabelski'schen Uebersetzung aufgeführt worden, habe Hartleben eine nach seinem Gefühl gehässige und ungerechte Kritik erscheinen lassen. Er habe damals das Gefühl gehabt, daß nur Hartleben von der Lindau'schen Klippe als Mittelsmann zur Einschmuggelung solcher Maßnahmen gegen Prof. Schabelski benutzt werden solle. Da habe er sich hingeseigt und eine Karte an die Redaktion des „Vorwärts“ geschrieben, worin er diese auf die gefährliche Kritik aufmerksam machte. Die Karte sei von ihm mit seiner sehr charakteristischen Handschrift geschrieben gewesen. Hartleben habe sich bei ihm über die Karte beschwert und er habe darauf geantwortet. Mit der Karte sei Hartleben dann zur „Nation“ gegangen, für die er, Harden, damals Kritik schrieb. Dr. Barth habe damals keineswegs belundet, daß er das Schreiben der Karte, die er heute nicht schreiben würde, die er aber damals, als er noch so eine Art Bindhund war, zu schreiben für seine Pflicht gehalten, für eine „Zusammen“ ansehe. Er habe ihm nur an die Hand gegeben, sich doch mit der Schabelski'schen Angelegenheit nicht weiter einzulassen, denn er sehe doch, was dabei herauskomme. Auch Herr Hartleben habe später, als er mit diesem über seine Mitarbeiterschaft bei der „Zukunft“ Rücksprache genommen, seine Bereitwilligkeit erklärt, diese alte Sache zu begraben. Er selbst meine, daß dieser Vorfall nichts gegen ihn und seinen damaligen Charakter beweise und heute den Vorfall der Zusammen absolut nicht rechtfertige.

Auch bezüglich der Widerklage äußert sich der Kläger in eingehender Weise über die einzelnen Punkte; ihm wird darin von Prof. Delbrück in jedem Punkte widersprochen. Harden bleibt trotz aller lebhaften Einreden des Beklagten und Widerklägers dabei, daß er es nicht für richtig halte, daß ein akademischer Lehrer seinen Hörern seine eigenen Werke zu ermäßigten Preisen zur Verfügung stelle. In dem Vorwurfe, daß Delbrück ein guter Geschäftsmann sei und aus seinem Geschäftssinne heraus vielleicht auch die Belämpfung der Lamprecht'schen „Deutschen Geschichte“ ihren Ursprung habe, erkläre er keine Beleidigung. Er halte es auch nicht für fair, daß Delbrück jene angebliche sozialdemokratische Denkschrift, die angeblich auf den Redaktionsstisch der „Preuß. Jahrb.“ durch den Zufall geweht worden sei, in einer Weise veröffentlicht habe, daß jedermann des Glaubens sein müsse, sie stamme von Herrn v. Vollmar (nicht, wie er sich irrtümlich ausdrückt, von Siebel) in München her. Letzterer habe sogar sich genötigt gesehen, sich öffentlich gegen diese Annahme zu wenden. Ebenso sei es nach seiner Ansicht publizistisch nicht anständig, einen von einem so ausgesprochenen Polen wie Herrn v. Koszielski herrührenden Artikel ohne dessen Unterschrift und in einer Form zu veröffentlichen, daß man annehmen möchte, er stamme von einem Deutschen her. — Prof. Delbrück erklärt alle diese Vorwürfe für gänzlich haltlos. Was speziell das sozialdemokratische Altentstück betrifft, so habe es sich hier um eine drasische Parodie und Satire gehandelt, er habe sich höchlichst darüber amüsiert, daß einzelne öffentliche Organe das Altentstück als wirklich existierend betrachtet haben. Bezüglich des Polenartikels, von dem nicht feststehe, daß ihn Herr v. Koszielski verfaßt habe, behaupte er, daß der Inhalt durchaus darauf hindeute, daß er von einem Polen verfaßt sei.

### Die Beweisaufnahme

erstreckt sich zunächst auf den Ausgangspunkt des ganzen Streites, den in der „Zukunft“ von Prof. Lamprecht dem Beklagten gemachten Vorwurf des Ideen-Plagiat. Es handelt sich um Wesen und Bedeutung der alten Hundertjährigen, die Prof. Lamprecht als die ursprüngliche und alleinige Wirtschaftsgemeinschaft ansehen will. — Der als Zeuge vernommene Professor Dr. Lamprecht entwickelt des Längeren seine wissenschaftliche Ueberzeugung, daß Professor Delbrück diesen Gedanken, den er in einem Aufsätze entwickelt, von ihm entnommen habe, ohne ihn als Quelle zu nennen. Uebrigens habe ihm Prof. Delbrück zu dem ersten Bande seiner „Deutschen Geschichte“ gratuliert. Prof. Delbrück streitet dies. — Geh. Rath Prof. Dr. Gierke, der über diese Streitfrage als Gutachter vernommen wird, äußert sich in längerem wissenschaftlichem Vortrage, der zu dem Schluß kommt: Der oben angeführte Gedanke sei weder Lamprecht's noch Delbrück's Original-Erfindung. Es sei kein Grund für die Behauptung vorhanden, daß Delbrück jenen allgemeinen Gedanken gerade von Lamprecht entlehnt habe. — Rechtsanwält Dr. Suse gab anheim, in eine Beweisaufnahme nicht weiter einzutreten. — Justizrat Dr. Sello verbatte bei dem Verlangen, die vorgelegten Zeugen zu vernehmen. Dies sei namentlich bezüglich des hochpolitischen Punktes der Fall, der den Klagen Bismarck betreffe. Ebenso halte er es für durchaus notwendig, den Fall Hartleben aufzuklären, denn von Seiten des Beklagten werde wohl nicht mit Unrecht behauptet, daß solche anonymen Anschuldigungen mit starken unzutreffenden Verdächtigungen eines dritten mit der möglichen Wirkung, diesen aus seiner Stellung zu bringen, als ehrenrührige Handlung zu betrachten sei. Rechtsanwält Dr. Suse erwidert, daß garnicht davon die Rede sein könne, daß Herr Hartleben aus seinem Brote gedrückt werden sollte, da er bei dem „Vorwärts“ garnicht angeheilt gewesen sei. — Der Gerichtshof stellte sich auf den Standpunkt des klägerischen Anwalts und des Reichstags des Justizministers und meinte, daß der Wahrheitsbeweis auf die Verbringung der urkundlichen Beweise der Zusammen des Klägers zu beschränken sei und nahm deshalb von der Vernehmung der Zeugen Dr. Mehring, Barth, Hartleben und Saake Abstand.

Es werden darauf Zeugen bezüglich der Widerklage vernommen. Archivar-Assistent Dr. Granier soll belunden, daß Prof. Delbrück gelegentlich seiner Vorlesungen über den Krieg 1870—71 seinen Hörern sein Werk „Gneisenau“, von dem eine 2. Auflage bevorstand, zu ermäßigten Preisen angeboten habe. Der Zeuge bestätigt, daß Prof. Delbrück gelegentlich seinen Hörern gesagt habe, sie könnten seinen „Gneisenau“ zu ermäßigten Preisen beziehen. Daß dies in manfandiger oder aufdringlicher Weise geschehen sei, könne er nicht behaupten. Er selbst halte eine solche Empfehlung eigener Bücher seitens eines Professors nicht für angemessen und habe aus dieser seiner Privatmeinung kein Hehl gemacht. — Geh. Reg.-Rath Dr. Poser kann zu dem Beweisthema selbst nichts Thatsächliches sagen. — Prof. Dr. Liefegang, auf den sich der Kläger in dieser Beziehung auch berufen hat, belundet, daß er selbst nicht Zeuge solcher Buch-Anempfehlungen gewesen sei, aber von verschiedenen Seiten klagen darüber gehört habe, daß Hörer des Prof. Delbrück insofern hinein-gefallen seien, als sie auf Grund der Empfehlung des Prof. Delbrück sich die erste Auflage des „Gneisenau“ angeeignet haben und dann die zweite Auflage sehr bald erworben sei. — Harden erklärt auf das Bestimmteste, daß er den Vorwurf nicht leichtsinnig erhoben habe, sondern auf Grund gerade der Mittheilungen des Prof. Dr. Liefegang. Letzterer ist bei der Bekundung dessen, was er zu Harden gesagt hat, bei der weiteren Vernehmung sehr unbestimmt. — Professor Delbrück betont, daß er bei seinen Vorlesungen einen besonderen Nachdruck auf die Verschiedenheit der Strategie des vorigen und des jetzigen Jahrhunderts zu legen und die systematische Darlegung der strategischen Grundzüge zu entwickeln pflege. Nur für diejenigen

seiner mehreren hundert Hörer, die sich in diese Dinge zu vertiefen wünschten, habe er gesagt, daß sie den „Gneisenau“ zu ermäßigten Preisen haben könnten. Was dabei unanständig sein solle, wisse er nicht.

Bezüglich der sogenannten „Denkschrift“ über die Sozialdemokratie wird nur die Einleitung zu der Denkschrift verlesen. Es heißt darin, daß derselbe niedliche Kobold, der so oft geheime Altentstücke in die Redaktionszimmer der sozialdemokratischen Blätter flattern lasse, auch einmal die Redaktion der „Preuß. Jahrbücher“ bedacht und auf ihren Redaktionsstisch eine sozialdemokratische Denkschrift niedergelegt habe, dessen Verfasser nicht schwer zu errathen sei. — Rechtsanw. Dr. Duse betont, daß die Denkschrift aus München datirt sei und nicht erkennbar sei, worin die große „Satire“ liegen solle. — Dr. Delbrück hält es nicht für zweifelhaft, daß jeder, der den Artikel lese, diesen als einen satirischen erkennen mügte.

Major v. Ziedemann, der Leiter des Vereins zur Förderung des Deutschthums in den Ostmarken wird über die in den „Preuß. Jahrbüchern“ enthaltenen gewesenen Polen-Artikel vernommen. Er belundet, daß, als die Artikel im Jahre 1893 erschienen seien, diese überall bei den Deutschen in den Ostmarken großen Anstoß erregt haben, weil damals noch die „Preussischen Jahrbücher“ als eine deutsche und preussisch-nationale Zeitschrift galten. Die Artikel seien E. L. unterzeichnet gewesen und man habe allgemein es als unerhört bezeichnet, daß ein Deutscher eine solche Stellung in der Polenfrage einnehmen könne. Dieses Urtheil sei in Polen und Westpreußen allgemein und übereinstimmend gewesen. Schließlich hätten es die Späher von den Dächern geplatzt, daß Herr v. Koszielski, der gefährlichste Gegner des Deutschthums, der je „gelegt habe“, der Verfasser sei. — Prof. Dr. Delbrück erklärt: er glaube, die wahren preussischen bzw. deutsch-nationalen Interessen ebenso gut zu vertreten, wie Herr v. Ziedemann. Er bestreite, daß irgendwo außerhalb der Galizienkreise die falsche Ansicht Platz gegriffen habe, daß er geflissentlich habe die Meinung verbreiten wollen, daß der Verfasser der Artikel ein Deutscher sei. — Jenge v. Ziedemann: Die Artikel schlugen damals, wo die Deutschen in den Ostmarken um ihre Existenz kämpften, wie eine Bombe ein, zumal man hörte, daß Herr v. Koszielski der Verfasser sei, der damals einen sehr weitgehenden Einfluß auf die Regierung ausübte und man deshalb in den Artikeln den Niederschlag der verderblichen Capri'schen Politik erkennen zu müssen glaubte. — Es wird nochmals Prof. Dr. Liefegang aufgerufen, da der Kläger Harden dabei verbleibt, daß er bezüglich der Empfehlung eigener Bücher durch Prof. Delbrück von Professor Liefegang unterrichtet worden, daß er von diesem gewissermaßen in die ganze Sache hineingezogen worden sei. — Prof. Liefegang giebt auch jetzt keine bestimmte Erklärung darüber, was er eigentlich Herrn Harden gesagt hat. — Justizrat Dr. Sello: Da hier die ungebührliche Thatsache hervortritt, daß ein Professor der Universität, der nur Zeuge vom Hörensagen sei, demnach einem Journalisten Mittheilungen gemacht habe, die dieser zu dem Vorwurfe der Unanständigkeit glaubte zuspitzen zu dürfen, so halte er es doch für geboten, einen Sachverständigen aus dem Lehrkörper der Universität zu hören. Hier handle es sich doch um einen gegen einen deutschen Professor erhobenen ungemein schweren Vorwurf, der aufgeklärt werden müsse. — Der Gerichtshof lehnte die Vorladung eines derartigen Sachverständigen ab, da er glaube, selbst die Frage der Anständigkeit oder Unanständigkeit entscheiden zu können. — Der Vorsitzende legte hierauf den Parteien dringend ans Herz, die Streitart zu begraben und einen Vergleich abzuschließen. Nach kurzer Verhandlung zwischen den Parteien wird Klage und Widerklage zurückgenommen. Nach achtstündiger Verhandlung beschließt der Gerichtshof die Einstellung des Verfahrens. Jede der Parteien hat die Kosten der Klage bzw. der Widerklage zu tragen.

### Zum Streik der Seher in Berliner „Lokal-Anzeiger“.

Uns wird geschrieben: Die Ausständigen halten Mann für Mann zusammen. Darin liegt die große moralische Wirkung für den Verband. Auch nicht ein einziger Abtrünniger unter den Mitgliedern! — Herr Scherl ist von den Ersparereservisten, die er bis jetzt aufreihen konnte, einig erbaut: Er sucht Ersatz im „Altmich'schen Anzeiger“. Zwei Inzerate verbinden in demselben, daß Richtverbandsmitglieder bei „guter“ Entlohnung bei ihm Kondition finden. Wir nehmen an, daß kein deutscher Buchdrucker, der von dem Inhalte Kenntnis erhält, sich zum Randreißer für Herrn Scherl wird gebrauchen lassen und den Berliner Buchdruckern im Kampfe um ihre Menschenrechte in den Rücken fallen wird. — Der „Typograph“, das Organ des Gutenbergbundes — derjenigen Buchdrucker, die nach dem 1891/92er Streik eine eigene „Vereinigung“ gebildet haben — nimmt in einer unerhörten Weise Stellung gegen den Vorsitzenden des Berliner Gewerkschaftsvereins und macht diesen verantwortlich für den „Frisolen“ Streik. — Der Vorsitzende des Berliner Vereins hat mit der ganzen Angelegenheit nur soviel zu thun, als er auf Einladung der Mitglieder des Verbandes in der von dem Gehilfenvertreter für den Kreis Brandenburg einberufenen Versprechung der Seher des „Berliner Lokal-Anzeigers“ erschienen war, um sich über die Angelegenheit zu informieren. In der Debatte legte er allen Anwesenden nahe, die Verhältnisse genau zu prüfen und danach ihre Entscheidung zu treffen. Und wenn nur alle Anwesenden sich mit den 24 entlassenen Sehern solidarisch erklärten, so zeigt das nicht nur ein echtes Gefühl der Kollegialität, sondern gleichzeitig eine vernünftige Kritik an der Praxis des Herrn August Scherl, des Besitzers des „Berliner Lokal-Anzeigers“. 25 Buchdrucker erklärten sich mit 24 in brutaler Weise auf die Straße gegen den Kollegen solidarisch! Weiß der Gutenbergbund, was das zu bedeuten hat? Nein! Ihm ist jeder Sinn für echte Kollegialität nicht nur von jeder verhäht gewesen, sondern er hat in ganz offener Weise für jeden Streikbruch eine Entschuldigung und Bertheidigung gehabt. — Der „Typograph“ wendet sich weiter gegen den „Vorwärts“ und erklärt, warum meldet der „V.“ nichts von der dritten Forderung der Verbänder: der Entlastung sämtlicher im „Lokal-Anz.“ thätigen Richtmitglieder? Schämt er sich? — Wir sind erstaunt über diese Unverschämtheit des „Typograph“. Sie haben unsere Mitglieder eine derartige Forderung gestellt — obwohl sie berechtigt gewesen wäre. Mit dieser Verleumdung sucht der „Typ.“ eine Erklärung dafür, daß sich seine Mitglieder nicht am Ausstände beteiligten, sondern mit stummer Ergebenheit ihr elendes Joch weitertragen. Aber noch mehr, er sucht damit Propaganda zum Streikbruch zu machen. Bereits haben bei Gann's Erben und in der Buchdruckerei Preuss 15 „Gutenbergbändler“ aufgehört und im „Lokal-Anzeiger“ angefangen. Herr Scherl mag nun stolz auf seine „Mitarbeiter“ sein.

Von Herrn Dr. Sandstein erhalten wir in bezug auf unsere gestrige Notiz folgende Zuschrift: „Es ist unzutreffend, daß ich der Schriftseher-Kommission am 18. dieses Monats die Kellner des Lokals, in dem die Versammlung am 8. dieses Monats stattfand, als diejenigen bezeichnet habe, von denen die Geschäftsleitung des „Berliner Lokal-Anzeigers“ Mittheilungen über den Verlauf jener Versammlung erhalten habe. Ich habe eine Quelle, aus der die Geschäftsleitung jene Kenntnis geschöpft hat, überhaupt nicht angegeben, wie schon daraus hervorgeht, daß die Schriftseher Inhalts der beiden seitens ihres Vertrauensmannes an Herrn Scherl gerichteten Schreiben vom 19. und 20. d. Mts. diese Quelle auch später noch nicht nannten.“ Demgegenüber wird uns nochmals von den Mitgliedern der Kommission, die die Unterredung mit Herrn Dr. Sandstein hatten, auf das Bestimmteste versichert, daß Herr Dr. Sandstein im Laufe des Gesprächs angegeben hat, seine Information rühre von dem Kellner des Lokals her. Jedes weitere Wort erübrigt sich. Die Buchdrucker haben sich am Sonnabend schriftlich an Herrn

Scherl gewandt, um ihm den Sachverhalt wahrheitsgetreu zu schildern. Herr Scherl lehnte jede Verhandlung mit den entlassenen Buchdruckern ab, er belundet damit eine Auffassung über das Arbeitsverhältnis, wie sie nur von einem äußerst reaktionär gestimmten Vertreter des Geldsacks geäußert werden kann.

Die Firma Kaud u. Hartmann hat wieder die Zensurbehörde gespielt. Auf den Plakaten, die zu der heute stattfindenden Volksversammlung einladen, ist zu lesen: Die wahren Ursachen des Ausstandes der Buchdrucker einer heftigen Zeitung. Der Einberufer der Versammlung hatte, als er die Plakate bei der genannten Firma bestellte, als Thema der Versammlung angegeben: Die wahren Ursachen des Ausstandes der Buchdrucker des „Lokal-Anzeigers“. Der Vertreter der Firma Kaud u. Hartmann erklärte aber, die Plakate könnten nur angehängen werden, wenn der Name der Zeitung nicht genannt werde, und deshalb erfolgte die Aenderung.

Das arbeiterfeindliche Vorgehen des Herrn August Scherl wird ja auch trotz des Schutzes durch die Zensoren der Firma Kaud u. Hartmann der weitestgehenden Öffentlichkeit bekannt werden.

### Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

**Achtung, Gewerbegericht - Weisiger Berlin!**  
1. Am Mittwoch, den 1. Februar 1899, Abends 8 Uhr, findet im Bürgerhalle des Berliner Rathhauses, Eingang Königsstraße Hauptportal die Versammlung der Gewerbegerichts-Weisiger (Arbeitnehmer) statt. Tagesordnung: Wahl von 10 Mitgliedern zum Ausschuss für Gutachten und Aufträge. Alle Weisiger haben zu erscheinen.  
2. Am Dienstag, den 31. Januar 1899, Abends 8 Uhr, findet in demselben Saal des Rathhauses die Wahl der Arbeitgeber-Weisiger statt. Es sind ebenfalls 10 Mitglieder zu wählen. Erscheinen aller Vertheiligten ist notwendig.  
Die Ausschussmitglieder. J. A.: Rud. Willarg.

Für die Weber in Krefeld gingen bei der Berliner Gewerkschafts-Kommission folgende Beiträge ein: Zentralverein deutscher Weberei, Filiale Berlin, 50.—. Klingenberg's Karl 1.70. Holzbearbeitungsmaschinen-Arbeiter durch Vertrauensmann 25.—. Von einem Danziger Genossen 3.—. Streikfonds der Verl. Kürschner 50.—. Von den organisirten Verl. Gutmachern d. Streich 50.—. Gärtler von Rosert, Ritterstraße, 3.—. Hiseleure E. F. 1.75. Spielverein Hoffnung 3.85. Buchdruckerei Strauch mit einigen Ausnahmen 7.10. Möbelfabrik G. Kling, Fruchtstr. 31/32, 31.05. Freie Vereinigung der Bauarbeiter Berlins 15.—. Möbelfabr. v. Equit, II. Rate, 12.55. Möbelpolier J. C. Waff (Wiste 831) 12.20. Dietrich (Wiste 833) 14.40. Maler B. Pagenhofer 3.50. Kothe Buchbinder aus d. Grünstraße 10.—. Schuhwaaren-Fabrik Karl Jacob 6.10. Buchdruckerei Gebr. II. 10.30. Max Berner 13.50. Drahtgarn-Fabrik Köpplidstr. 100a, Schlosserei 10.—. Möbelfabrik von Stein 6.55. Bezirk V Charlottenburg 7.50. Schirmstoff-Fabrik A. Wendt 20.—. Berliner Möbel-Fabrik, Kastanien-Allee 77 8.55. G. R. A. 3.—. Zahntelle Noabit vom Porzellan-Arbeiter-Verband 20.30. Schönig-Schöneberg 3.—. Vergolder Berlins durch den Vertrauensmann 50.—. Steinträger, Bau Grunewaldstr. 27, 6.—. Holzbearbeitungs-Fabrik Hoffmann, Blücherstraße, 10.—. Steinbildhauer Berlins, d. Wdh 24.—. Kommission der Tabalarbeiter Berlins 30.—. Freie Vereinigung der Militär-mühen-Arbeiter 20.—. Gebr. Bergas, Schillingstr. 12, 10.—. Rabitzmüher Berlins 50.—. Organ. Schuhmacher Berlins 65.55. Buchdruckerei H. W. Meyer 4.—. Holzarbeiterverband Zahntelle Steglitz 20.—. Personal der Druckerei von G. S. Hermann 20.—. E. F. 4.—. Rechtschicht der Wälder des G. M. H. Brauhaus 2.30. Arbeiter-Bildungsverein Steglitz 10.—. Einige Arbeiter von Siemens u. Halske, Marienstraße 6, 75.—.

Weitere Beiträge nimmt im Berliner Gewerkschaftsbureau Rud. Willarg, Kamenstr. 16 I, entgegen. Geöffnet: Wochentags von 9—1 und 6—8 Uhr.

Für die Krefelder Weber sind folgende Beiträge vom dem Krefelder Gewerkschafts-Komitee abgehandelt: Aus der Kartellklasse 50.—. Auf Listen, die vom Kartell ausgegeben sind, gesammelt 75.—. Von dem Holzarbeiterverband, Zahntelle Krefeld 25.—. Summa 150.—. R. Weitere Gelder nimmt entgegen der Vertrauensmann der Gewerkschaften: August Rietich, Krefeld, Steinmühlstr. 85, Hof II.

### Deutsches Reich.

Die Zweier der Schuhfabrik von Biluner in Liegnitz werden am Montag, bis zu welchem Termin die Kündigungsfrist abgelaufen ist, die Arbeit einstellen. Die Ursachen des Ausstandes sind Lohndifferenzen und wird um Fernhalten des Zugangs gebeten.

**Polizei und Arbeitersekretariat.** Die Politik der Kadelstiche, die seit einiger Zeit gegen die Gewerkschaften in Frankfurt a. M. beliebt wird, findet eine Fortsetzung auch gegenüber dem neueröffneten Arbeitersekretariat. Unter Frankfurter Partei-Organ berichtet über folgende Aktion der Polizei:

„In allen Birtshäusern beschlagnahmten am Donnerstag Schuhleute die belannten Plakate, welche nichts enthalten, als die Adresse des Sekretariats und einen kurzen Auszug aus dem Geschäftsordnungs. Für heute waren die beiden Sekretäre beim Kommissar Hordt zum selben Stunde vorgeladen. Da sie wegen dieser Aufmerksamkeit der Polizei doch nicht das Bureau schliessen konnten, folgte nur Genosse Graf der freudlichen Aufforderung. Ihm erklärte nun wieder Hordt, daß er von der Beschlagnahme der Plakate absolut nichts wisse, dagegen zu erfahren wünsche, weshalb die Karten für organisierte Arbeiter, auf denen Zwecke und Ziele des Arbeitersekretariats erläutert sind, nicht die Angabe des Verlegers enthielten.“  
Wir können wohl annehmen, daß aus einem ähnlichen Grunde die Beschlagnahme der Plakate erfolgte. Wenn das der Grund der Beschlagnahme ist, muß dieses Eingreifen der Polizei als recht sonderbar bezeichnet werden. Wir verlangen gewiß nicht von jener Seite eine Förderung der Bestrebungen, die die Arbeiter zur Erlangung ihres Rechts unternehmen, aber das dürfen wir fordern, daß die Behörden solchen Bestrebungen nicht hindernd in den Weg treten, nur weil sie von Arbeitern ausgehen. Die Polizei mag ihren Eifer auf anderem Gebiet zeigen und nicht Unternehmungen fördern, die von den edelsten und besten Absichten getragen sind.

### Letzte Nachrichten und Depeschen.

**Wien, 21. Januar. (W. Z. V.)** Wie die „Neue Freie Presse“ meldet, beabsichtige das Kabinett eine **Verständigungsaktion** erst einzuleiten, wenn sich die Parteien der deutschen Opposition über ihre gemeinsame Program in geeinigt haben. Vor Beginn der Aktion werde der Reichsrath vertagt werden; sollte die Obliteration jedoch einen stürmischen Verlauf nehmen, so werde die Vertagung sofort ausgesprochen werden.

**Prag, 21. Januar. (W. Z. V.)** Morgen wird hier eine allgemeine **cechische Studentenversammlung** stattfinden, in welcher die Affäre Lienhart-Viberle erörtert und über das künftige Verhalten der cechischen zur deutschen Studentenschaft Beschluß gefaßt werden soll.

**Paris, 21. Januar. (W. Z. V.)** Heute Nachmittag fand die **zweite Versteigerung des Mobilars Jola's** statt, deren Ertrag dazu bestimmt ist, die 2500 Franks betragenden Kosten der ersten vor einigen Monaten vorgenommenen Versteigerung zur Bezahlung der Schreibschreiber zu decken. Freunde Jola's erboten sich, die erforderliche Summe zu zahlen, doch wurde dieses Anerbieten von dem Richter abgelehnt. Bei dem ersten zur Versteigerung gestellten Gegenstände, einem Spiegel, zahlte der Verleger Fasquelle die erforderliche Summe. Etwa 100 Personen waren bei der Versteigerung anwesend.

**Paris, 21. Januar. (W. Z. V.)** Aus Lamatabe wird gemeldet, daß die Pest dort in Abnahme begriffen ist. Vom 6. bis zum 15. Januar kamen nur 28 Todesfälle vor. Unter den Todten befindet sich kein Europäer.

**Kairo, 21. Januar. (Meldung des „Reuter'schen Bureaus“.)** Ein Dekret ist unterzeichnet worden, durch welches General Ritchener zum **General-Gouverneur des Sudans** ernannt wird.

Reichstag.

15. Sitzung, Sonnabend, 21. Januar 1899, 1 Uhr. Am Tische des Bundesrats: Graf v. Posadowsky. Die zweite Beratung des Etats wird beim Reichsamt des Innern, Titel Staatssekretär, fortgesetzt.

Abg. v. Czarlinski (Pole)

erklärt, der Entwicklung der sozialreformatorischen Maßnahmen Sympathie gegenüber zu stehen. Des Weiteren schließt er sich den Beschlüssen über die Mißstände in den Hiesigen an und rügt es vor allem, daß nicht überall, wo polnische Arbeiter beschäftigt sind, die Arbeitsordnung auch in polnischer Sprache ausgehängt wird.

Abg. Vielhaben (Reformp.)

Die gestrigen Ausführungen des Herrn v. Hehl werden wohl schwerlich auf die Dauer die Richtung für die nationalliberale Partei abgeben können. Die Nationalliberalen sind nun einmal die Partei der Großindustriellen und deren Interessen sind mit den Prinzipien des Herrn v. Hehl nicht verträglich. Redner fragt sodann, wie es mit der Sozialpolitik im Reichsamt steht. Der Post-, Telegraphen- und Fernsprechnetz sei äußerst aufreibend, und er habe erst kürzlich Damen vom Telephonamt kennen gelernt, die sämtlich auf Reichslokalen in Kaltwasserheilanstalten zu entsenden seien. Ferner sind auch völlig unbefriedigt geblieben alle sozialpolitischen Erwartungen, die sich an die Hebung des Mittelstandes und des Kleingewerbes knüpfen. Ganz besondere Mißstimmung hat die Vätervereinerordnung erregt. Wir haben diese wiederholt beklagt, und es ist sehr bedauerlich, daß wir in dieser Frage gerade auch vom Zentrum im Stich gelassen werden.

Präsident Graf Vassekrem:

Ich mache den Herrn Redner darauf aufmerksam, daß es hier im Hause nicht üblich ist, seine Mittheilungen mit dem Titel anzureden, die sie außerhalb des Hauses führen. Der Herr Redner hätte daher nicht vom Herrn Professor Hise, sondern vom Herrn Abg. Hise sprechen müssen.

Abg. Wiemer (sf. Sp.):

Besonders interessant waren für mich gestern die Ausführungen des Herrn v. Hehl, die in einem gewissen Gegensatz zu der Rede seines Parteigenossen Müller standen. Wir hoffen also, daß die Nationalliberalen in ihrer Mehrheit doch auf dem Boden des Herrn Abg. Wassermann stehen und stets für die Koalitionsfreiheit der Arbeiter eintreten werden. Und das ist gerade jetzt von höchster Wichtigkeit, angesichts der zu erwartenden Vorlage, die sich an die Oetnhausener Rundgebung...

Präsident Graf Vassekrem: Meine Herren, ich will keinen Redner verhindern, auf Reden Sr. Majestät des Kaisers oder anderer Bundesfürsten hier einzugehen. Jedoch, meine Herren, setzt dieses voraus, daß solche Reden dieser höchsten und hohen Personen dem Reichstage authentisch bekannt geworden sind. Unter authentisch verstehe ich, entweder daß sie uns auf geschäftsordnungsmäßigen Wege zugehen, wie die Thronrede z. B., oder daß sie im Reichs-Anzeiger in ihrem Wortlaut reproduziert sind. Ich glaube, die Ehrfurcht, die wir Sr. Majestät dem Kaiser und den hohen Bundesfürsten schuldig sind, ebenso wie die Würde des Reichstags selbst erfordert, daß sonstige Äußerungen hier nicht besprochen werden.

Abg. Wiemer (fortfahrend):

Bedauerlich bleibt es, daß eine Beschränkung der Koalitionsfreiheit beabsichtigt wird. Die Ausgrenzungen, von denen man spricht, wird man nicht verteidigen wollen. Aber ein gesetzlicher Eingriff ist vollständig überflüssig. Vermehrte Strafbestimmungen sind nur geistig, die Ergebnisse mit dem Schein des Märzrechts zu umgeben. Herr v. Stumm hat gestern bestritten, daß er auf Spaziergängen im Thiergarten Sozialpolitik treibe. Ihm ist natürlich zu glauben. Aber Herr v. Stumm ist ein einflussreicher Mann, und so ist zu fürchten, daß die neue Vorlage anfallen wird im Sinne des Herrn v. Stumm, d. h. gegen die Koalitionsfreiheit, die ihm ja ein Dorn im Auge ist.

Wir treten unter allen Umständen für die Koalitionsfreiheit ein. Dazu gehört auch die Anerkennung der Berufsvereine. Wir haben daher beantragt, daß die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches im Speziellen erweitert werden für die Berufsvereine. Wir hoffen, daß das Zentrum uns helfen wird, diesen Antrag durchzuführen. Wir sind durchaus für soziale Gesetzgebung, unseren Standpunkt zum Kinderstuhle hat mein kollegialer Jüdischer Kollege schon dargelegt. Ebenso sind wir für einen Ausbau der Arbeitervereine zu Einigungsämtern. Speziell möchte ich den Herrn Minister um nähere Auskunft über seine Stellung zu den Arbeiterausschüssen bitten. Nach einer Äußerung des Herrn Miquel scheint die Regierung in letzter Zeit denselben weniger sympathisch gegenüber zu stehen. Sehr wichtig ist auch die Ausdehnung der Sozialpolitik auf die Landbezirke, zum Beispiel eine Revision der Gewerbeordnung. Gewiß soll man nichts überstürzen, aber auch nichts verschleppen. Wir sind der Meinung, daß die richtige Mittelstelle sich leicht finden lassen. Herr v. Posadowsky hat sehr richtig vor dem „nervösen Dilettantismus“ auf diesem Gebiete gewarnt. Ich möchte nur daran erinnern, daß die Gesetzgebung im Sinne der Regierung auf anderen Gebieten leider ebenfalls unter dem Zeichen des nervösen Dilettantismus steht, so z. B. das Margarinegesetz, das Vorfängesetz und die Judikaturvorlage. (Oh! rechts.) Das Bestehe der Reichsverdroffenheit ist von Herrn v. Posadowsky in Abrede gestellt worden. Wir wissen, dazu gehört eine von rosenrothem Optimismus gefärbte Brille, und wir sind der Ansicht, daß der freigelegte Ausbau des Deutschen Reiches noch sehr viel zu wünschen übrig läßt. Auch von den „vollendeten Reichsgarantien“ ist leider recht wenig zu bemerken. Nicht einmal für einen deutschen Bundesfürsten sind sie vorhanden. (Sehr gut! links.) Also die Reichsverdroffenheit ist leider recht wohl begründet und sie wird nur durch eine durchgreifende Gesundung unserer inneren Verhältnisse beseitigt werden. (Lebhaftes Bravo! links.)

Abg. Schreyff (l.):

Herr Wiemer hat unsere Bestrebungen als Auswüchse des nervösen Dilettantismus bezeichnet. Auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen Gesetzgebung ist davon jedenfalls nichts zu bemerken, die Regierung ist da nur unseren allerberechtigtsten Forderungen nachgekommen. Daß die Regierung mit der Sozialreform nicht all zu schnell vorgeht, ist ganz verständlich. Wird doch jeder Vortheil, den die Arbeiter durch dieselbe erhalten, von ihnen in agitatorischer Weise ausgenutzt. Zufrieden zu stellen sind die Arbeiter doch nicht, während andererseits schon heute die Kosten der Sozialreform sich besonders für den Mittelstand sehr fühlbar machen. Der Mittelstand aber ist der Boden, auf dem das Gebäude der Sozialreform beruht. Daß die Arbeiter sich in Organisationen verbinden dürfen, halte ich auch für eine ganz selbstverständliche Forderung, die Arbeiter sollen nur nicht glauben, daß sie durch ihre Organisationen allein ihre Lage verbessern können. Das ist eine Täuschung. Sie müssen sich mit den Organisationen der Arbeitgeber zu gemeinsamen Wirken vereinigen. Alle Stände müssen zur Herstellung des sozialen Friedens zusammenarbeiten unter Mitwirkung der Regierung. Diese darf nicht das Odium auf sich nehmen, daß sie einseitig für die Unternehmervorteile stehen, jetzt ist sie leider noch in dieser verwerflichen Lage. Der Arbeiter soll kein Sklave des Kapitals, aber auch kein Sklave des sozialdemokratischen Zukunftsstaates sein. In diesem Sinne des sozialen Friedens sind wir geneigt, an der Sozialreform mitzuwirken. (Bravo! rechts.)

Abg. Köfide (Widlib.)

polemisiert gegen die gestrigen Ausführungen des Herrn v. Stumm. Herr v. Stumm stellte Herrn v. Verlesch als den einzig berechtigten

Interpreten der Februarerlasse hin. Gewiß hat Herr v. Stumm die Äußerungen des Herrn v. Verlesch richtig zitiert, aber doch einige recht wichtige Äußerungen weggelassen. Herr v. Verlesch hat z. B. gegenüber Herrn Lieber gesagt, daß er an der Schaffung der betreffenden Erlasse nicht mitgewirkt habe, aber den Inhalt derselben als sein Programm betrachte. Zu dem Augenblicke, wo er nicht in der Lage sein würde, dies Programm zur Ausführung zu bringen, werde er zurücktreten. Nun, Herr v. Verlesch ist zurückgetreten und hat dadurch zu erkennen gegeben, daß es ihm nicht möglich war, den Sinn der kaiserlichen Erlasse, wie er sie ausspricht, in der Praxis durchzuführen. Ebenso sprechen die späteren Veröffentlichungen des Herrn v. Verlesch in der „Sozialen Praxis“ gegen die Auffassung des Herrn v. Stumm, sowie auch die öffentlichen Äußerungen des Kaisers Wilhelm II. in der Zeit, als Herr v. Stumm noch nicht sein einziger Rathgeber in der Sozialpolitik war. Der einzige Grund, daß Herr v. Verlesch ging, war demnach, wie gesagt, die Unmöglichkeit für ihn, weiter im Sinne der Februar-Erlasse als Minister zu wirken. Daher trifft auch die Behauptung des Herrn v. Stumm nicht zu, daß die Beschlüsse der früheren Kommission des Reichstags zur Beratung der Novelle zum Unfallversicherungsgesetz den Sturz des Herrn von Verlesch herbeigeführt hätten.

Abg. Dr. Certel (l.):

Ich habe mit Freunden das treffende Wort des Herrn Grafen von Posadowsky begrüßt, daß die Regierung nicht vom grünen Tische aus soziale Gesetzgebung treiben werde; ich habe auch mit Freunden begrüßt das Wort des Herrn von Verlesch, daß man alle Maßnahmen von dem Gesichtspunkte aus prüfen würde, ob durch sie nicht eine heftige Agitation gefördert werde. Ich bedauere es aber, daß die trefflichen Grundsätze noch nicht in der Praxis durchgeführt sind. Das sieht man so recht an der Vätervereinerordnung, die in der That zu Unzulänglichkeiten größter Art führt. Die überwiegende Anzahl der Vätermeister hält ihre Durchführung für unmöglich. Das würde noch trasser zu Tage treten, wenn die Behörden nicht aus naheliegenden Gründen gerade diese Verordnung äußerst milde handhaben würden. Durch die Vätervereinerordnung wird es dem Kleinmeister nahezu unmöglich gemacht, sich gegen den Großbetrieb zu halten. Wenn das so bleibt, so muß sich ja das Kleingewerbe als Stiefkind der Regierung ansehen. Was die anderen hier behandelten Fragen anlangt, so halte ich die Einstellung von weiblichen Fabrikinspektoren für diskutabel. Freilich gehe ich nicht so weit darin, wie der Abg. Jubeil, der auf allen Gebieten Gleichstellung der Frau verlangt. Herr Jubeil sollte ja von sozialdemokratischen Parteiganzen wissen, daß die Frau ein nur mit Vorsicht zu genießender Genosse ist.

Abg. Prinz zu Schönau-Carolath (Hosp. bei den Rath.)

tritt für völlige Freigabe des Frauenstudiums ein. Ebenso ist die Förderung der Hochschulen sehr von Bedeutung; in dieser Hinsicht haben die Bemühungen des Herrn Fürstbischofs Kopp segensreich gewirkt. Die Frau gehört in erster Linie ins Haus und hat dort ihre Befriedigung zu suchen (Sehr richtig! Bravo! rechts). Daneben aber gibt es auch Frauen, freilich in der Minderzahl, die über diese Thätigkeit hinausgehen müssen. Und auch diesen muß die Laufbahn völlig eröffnet werden. Andere Staaten, auch Rußland, sind in dieser Hinsicht uns bedeutend voraus. Man könnte sich da auf den Standpunkt stellen: Frauen raus! Darüber ließe sich dann streiten. Aber das geht doch jedenfalls nicht, daß man die Damen zuerst das Abiturienten-Examen machen läßt, ihnen dann aber den Zutritt zu den Universitäten erschwert. Freilich muß auch ich sagen: Chi va piano, va sano. Aber nach und nach müssen doch die berechtigten Wünsche erfüllt werden.

Nichts kann uns, den maßvollen Förderern dieser Sache, schädlicher sein, als die Verwechslung dieser Bestrebungen mit der Frauenemancipation. Von Emancipation kann bei uns gar keine Rede sein. (Sehr richtig! links.)

Staatssekretär Graf Posadowsky:

Ich lege den größten Werth darauf, daß die Arbeiter das Bewußtsein erhalten, daß die Wahrung ihrer Interessen durch die Regierung objektiv und schnell durchgeführt wird. Redner sucht hierauf eine Bekräftigung des Abg. v. Czarlinski, betr. Verzögerung der Auszahlung einer Unfallversicherungssumme an einen polnischen Arbeiter zu entkräften. Die Beschäftigung der Frauen im Soldienste ist durchaus von keinen nachtheiligen Folgen für ihre Gesundheit begleitet. Im Gegentheil: wenn ich den Schlag der Zeit richtig verstehe, so ist es gerade sehr nützlich, daß, da doch nun einmal nicht alle Frauen heirathen können, sie eine Arbeit finden, die ihnen ihre Selbstständigkeit sichert. Die vom Herrn Abg. von Schönau-Carolath berührte Frage der Zulassung der Frauen zum Studium bildet gerade zur Zeit den Gegenstand enger Erörterung. In Bezug auf die Vätervereinerordnung und ein eventuelles weiteres Vorgehen auf diesem Gebiet kann ich nichts auszusagen. Auf die Frage der Interpretation der kaiserlichen Erlasse will ich nicht eingehen. Bisher war ich allerdings der Ansicht, daß der authentische Interpret dieser Erlasse der Träger der Krone selbst ist. Es ist zwar nicht meine Sache und entspricht auch nicht den Gewohnheiten der Regierung, sich darüber zu äußern, weshalb zu irgend einer Zeit ein Minister Sr. Majestät um seine Entlassung gebeten hat. Aber ich kann es nicht unwiderprochen lassen, daß ein Personewechsel stattgefunden habe aus dem Grunde, weil die kaiserlichen Erlasse nicht weiter durchgeführt werden sollten. In der „Sozialen Praxis“ habe ich neulich eine Äußerung gefunden, die mich sehr überrascht hat. Es heißt dort: Was die volle Umwandlung der Sozialdemokratie in eine Reformpartei anbelangt, ist ihre tiefste Mißtrauen gegen die Regierung und die in ihr augenblicklich herrschenden reaktionären Tendenzen. Ich habe gestern bereits ausdrücklich erklärt, wir werden auf dem Wege der sozialpolitischen Fortzüge fortschreiten, aber daß das Mißtrauen gegen die gegenwärtige Regierung der Grund sein solle, weshalb die sozialdemokratische Partei sich nicht flugs in eine Reformpartei umwandle, das glauben doch die Sozialdemokraten selber nicht. Wäre denn so, dann hätten doch die Sozialdemokraten früher Zeit genug dazu gehabt, als angeblich die reaktionären Tendenzen in der Regierung noch nicht vorhanden waren. Der Beweis also dafür, daß die jetzige revolutionäre Stellung der Sozialdemokratie mit der gegenwärtigen Stellung der Regierung zusammenhänge, wird nicht erbracht werden können. Ich betone nochmals, daß auch die gegenwärtige Regierung vollständig auf dem Boden der Februar-Erlasse steht.

Heute ist wieder von der Reichsverdroffenheit die Rede gewesen. Meine Herren, ich bitte Sie, doch mal dies Wort durchzudenken. Ich glaube, es giebt niemand, der nicht ernstliche Befriedigung darüber empfindet, daß sich die deutschen Staaten zum Deutschen Reich vereinigt haben. Wenn noch mancher abseits steht, so beruht das auf alten historischen Erinnerungen. Man verwechselt nach meiner Meinung Reichsverdroffenheit mit Staatsverdroffenheit. Bei dem Uebergang der wichtigsten gesetzgeberischen Funktionen aus den Einzelstaaten auf das Reich haben sich naturgemäß in der Bevölkerung lebhafteste Wünsche und Hoffnungen auf Reformen auf allen Gebieten geregt. Und ich glaube, man hat dabei vielfach die Staatsmacht und die Staatspotenzen übersehen. (Sehr richtig.) Daher sind mit diesen Wünschen und Hoffnungen auch vielfach Enttäuschungen verbunden gewesen, wir konnten eben nicht Alles erfüllen, was aus der breiten Oeffentlichkeit heraus von Wünschen geäußert wurde. Diese Enttäuschungen werden aber mit der steigenden politischen Reife der Bevölkerung immer mehr schwinden. Denn ich meine, wer „Staatsverdroffenheit“ hat, der ist bis zu einem gewissen Grade nicht politisch reif genug, um beurtheilen zu können, was der Staat leisten kann und was nicht. Bei steigender politischer Reife wird aber das Gefühl der Reichsverdroffenheit immer mehr dem Gefühl der Freude und des

Stolzes weichen, daß wir eine große, starke, einig Nation geworden sind, die stets größere Anerkennung im Auslande gewinnt. (Bravo! rechts.)

Abg. Frhr. v. Stumm (Sp.):

kommt nochmals auf seine Behauptung über das Nichtzustandekommen der Unfallversicherungsnovelle zurück und bezieht sich auf den früheren Präsidenten des Reichsverdröffenheits-Amtes Dr. Wöbber, von dem er einige Briefe verliest. Ferner muß ich noch einmal erklären, daß ich für die Artikel der „Post“ nicht verantwortlich bin; das habe ich schon oft den Sozialdemokraten gegenüber betont, wenn sie mich angriffen, was sie freilich in maßvoller Weise thaten, als Herr Köfide (Große Heiterkeit). In Bezug auf die Berufsvereine hat übrigens Herr v. Hehl genau dieselbe Ansicht wie ich; ich möchte ihn von dem Verdacht reinigen, auf dem Standpunkte des Herrn Köfide zu stehen. (Große Heiterkeit.)

Abg. Köfide (Widlib.)

erklärt auch die soeben vorgebrachten Beweise des Herrn v. Stumm für hinfällig. Auf den Inhalt von Privatbriefen gehe er freilich nicht ein.

Abg. Schrader (freif. Bgg.)

konstatirt gegenüber Herrn von Posadowsky, daß sich in allen Parteien ein beträchtliches Quantum von Unzufriedenheit finde. Und diese wird nur durch die Richtung unserer Politik hervorgerufen. Redner bekräftigt sodann die Forderung des Haushaltungsschulwesens und die Zulassung der Frauen zum Studium.

Staatssekretär Graf Posadowsky:

Der Abg. Frhr. v. Stumm hat einen Privatbrief des Herrn Dr. Wöbber verlesen, in dem es heißt: „Sie wissen, in welcher unglaublicher Weise ich aus meinem Amt herausgedrängt bin.“ Privatbriefe gehen mich nichts an; aber um einer mißverständlichen Auffassung vorzubeugen, will ich hier aus den Akten nachweisen, daß Herr Dr. Wöbber lediglich aus Gesundheitsrücksichten um seine Entlassung eingekommen ist. (Große Heiterkeit links.)

Abg. Hise (3.)

entgegnet dem Abg. Vielhaben, daß er prinzipiell stets auf dem Standpunkte der Vätervereinerordnung gestanden habe, daß er aber auch für die berechtigten Wünsche der Vätervereiner Verständlich habe.

Abg. Frhr. v. Stumm (Reichsp.)

entgegnet dem Staatssekretär Grafen Posadowsky, er bestreite es absolut nicht, daß Dr. Wöbber aus Gesundheitsrücksichten um seinen Abschied eingekommen sei; es sei aber leicht möglich, daß der beständige Widerstand gegen seine Bestrebungen ihn so angegriffen habe, daß er schließlich aus Gesundheitsrücksichten um seinen Abschied einkommen mußte. (Große Heiterkeit.)

Darauf wird die Sitzung vertagt. Nächste Sitzung: Montag 1 Uhr. (Kleinere Vorlagen. — Antrag Kintelen betr. Änderung der Strafprozeß-Ordnung; Interpellation Schmidt u. Genossen betr. Wirkungen des Weingehöses; Fortsetzung der heutigen Verhandlung. Schluß 5 1/2 Uhr.)

Abgeordnetenhause.

3. Sitzung vom 21. Januar, 1 Uhr.

Am Ministerische: v. Miquel, Thielen, v. d. Rede. Auf der Tagesordnung steht die erste Lesung des Etats.

Abg. Richter: Der Herr Finanzminister nannte die Finanzlage auf fester Grundlage bestehend. Weshalb auch nicht? Es ist das die Folge einer Defizitpolitik, indem man hier, im Gegensatz zum Reich, vor allen Ausgaben warnt. Dort im Reich mablässige Steigerung der militärischen Ausgaben, hier Sparfamkeit in Bezug auf die wichtigsten Gebiete. Es ist ja richtig: die Defizitierung kommt der Zukunft zu gut. Aber die Lebenden wollen doch auch leben. Wir bekommen keine Reformen in Güter- und Personen-Tarifen. Der Finanzminister sagt: man muß sich der Interessenten erwehren. Ja, gewiß, aber ich möchte nur wünschen, daß der Minister sich der agrarischen Interessenten erwehret! (Weiß!.) Der Herr Finanzminister preist die Unterbeamten glücklich wegen der ihnen zugebundenen Befoldungsverbesserungen. Aber diese sind doch nur ein Ausgleich für die Lebensmittel-Vertheuerung, auf die ja unsere ganze Politik im Reich zugeschnitten ist. Ich las dieser Tage eine ansehnliche offiziöse Notiz, in welcher statt der Dienstalterszulagen wieder die Stellenzulagen empfohlen wurden, aber diese würden wieder nur die Streber fördern.

Zu der Thronrede heißt es, der Wohlstand sei im Wachsen. Das wäre doch nicht möglich, wenn es der Landwirtschaft so schlecht ginge. Der Arbeitermangel liegt nur an dem zu großen Umfange des Großgrundbesitzes. Erhalten wollen Sie denselben nur wegen des politischen Einflusses, den er Ihnen gewährt. Nur deshalb wollen Sie auch das Zirkelkommissariat nicht einschränken, sondern weimmöglich noch erweitern. Und der Finanzminister, statt den Grundbesitz des Staates zu veräußern, sucht er ihn zu erhalten. Er will Rußlandwirtschaften im Osten auf den Domänen einrichten und rühmt den Erfolg davon schon im Voraus. Ich war fast erschrockt darüber. Es war das ein Hymnus auf die Verstaatlichung im Allgemeinen. Mit anderen Worten sagen das die Sozialdemokraten auch. (Heiterkeit.)

Und nun zum Minister des Geistes. Welche Schwierigkeiten bereitet er den Städten, indem er sich weigert, den Stadtschulrathen auch die Kreisfachaufsicht zu übertragen, wie eben erst in Charlottenburg. Indagirend ist mir ferner die Taktik, ein Gesetz über die Volksschulunterhaltung so zu verzögern aus konfessionellen Rücksichten, weil man rechts ein allgemeines Volksschulgesetz haben will. Ich begreife Sie (nach rechts) dabei um so weniger, als Herr Woffe ja schon Alles that, um auf dem bloßen Verwaltungswege Ihren Wünschen zu entsprechen. Wie sucht er nicht jetzt auf die, ich muß sagen, kleinlichste Weise jüdische Lehrerinnen herauszugaulen! Und nun die Disziplinierung des Herrn Delbrück. Ich habe nie gehört, daß man Professoren diszipliniert hat, wenn sie nicht die Regierung, sondern andere politische Parteien betrieffen. Mit der Notiz über Herrn Delbrück antilich im Reichs-Anzeiger hat man offenbar abschreckend auf andere Professoren einwirken wollen.

Für die Aerzte will man jetzt gesetzliche Crengerechte einführen, während doch die Aerztekammern selber nur auf Verordnung beruhen. Ich bedauere die Aerzte, die dem zustimmen. Wenn erst für sie das ruere in sorvitiuum, die Verflüchtigung, Thatsache sein wird, werden sie anders darüber denken.

Jetzt zum Minister des Innern. Die Selbstverwaltung der Gemeinden soll jetzt wieder geschmälert werden in einem Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Gemeindebedienten. Der Minister sollte lieber daran denken, endlich das Gemeinde- und das Landtags-Wahlrecht zu reformiren, das seit der letzten Steuerreform noch unbilliger ist, als es früher war. Minister wähler in der dritten Klasse. (Heiterkeit.) Die politische Polizei bedarf einer Reform. Bei dieser Gelegenheit möchte ich den Polizeiminister fragen: wie steht es denn eigentlich mit der Verschönerung in Alexandria? Erst schrieb die „Norddeutsche Allgemeine“ wer weiß was darüber. Nachher ist Alles still geworden. Waren es denn wirklich Bomben oder nur ein Bombenschwundel? (Heiterkeit.) Redner kritisiert weiter den Schießplatz, betr. Waffengebrauch der Polizei, der selbst die Traditionen der absolutistischen Zeit durch Strenge übertrumpft. Wenn die Gendarmen nach solchen Grund-sätzen instruiert werden, dann Gnade Gott den wehrlosen Bürgern. (Lebhafter Weiß!; Unruhe rechts.)

Seit acht Monaten wartet der Berliner Magistrat auf Antwort in Bezug auf seine Absicht, den Friedhof der Märzgefallenen mit einem Gitter und einem Portal zu versehen. So wird hier die Verwaltungsgerichtsbarkeit eskamotirt. Ebenso liegt die Bestätigung

des Oberbürgermeisters Rischner seit acht Monaten still. Beide Punkte stehen im Zusammenhang. Die Sache hat allgemeine politische Bedeutung. Der Minister allein ist dafür verantwortlich, nicht nur für das, was geschieht, sondern auch für das, was nicht geschieht, was unterbleibt. Die Zinsfrist, die Zinsfrist, soll daran schuld sein. Aber die Worte „Anheftung der Märzgefallenen“ befinden sich doch nur eine historische Tatsache. Die Verdrängung erfolgte damals unter Thronfolger Friedrich Wilhelm IV. Und wenn man da darauf besteht, daß die Verdrängung der Anheftung fortbauern soll, so ist das eine Kleinigkeit der Auffassung, die ich nicht verstehen kann, ebenso wenig wie die Nichtberücksichtigung des Oberbürgermeisters. Was solchen Vorgängen kann man beurteilen, wie im Lande regiert wird! (Beifall.)

**Finanzminister v. Miquel:** Den Etat hat Herr Richter nicht bemängelt, sondern nur die Teilanträge, sowie Gesetze bestritten, die noch nicht einmal vorliegen. Wir erheben ihm zu viel Steuern und tilgen ihm zu viel Schulden. Ich glaube nicht, daß irgend ein Geschäftsmann in unserer Schuldentilgung ein Uebelwahrer finden würde. Herr Richter hat dann von der Begehrlichkeit gewisser Kreise, der Karrieren, an den Staat gesprochen. Ich selbst habe aber niemals, wie mir Herr Richter nachsagt, von den ländlichen Genossenschaften als Pumpschiffen gesprochen. Nicht zu leugnen ist, daß der Rückgang der Domänenpächter ein bedenkliches Zeichen für die Lage der Landwirtschaft ist. Nichtig ist ja, daß der allgemeine Wohlstand sich gehoben, aber die Lage der Landwirtschaft bleibt fortgesetzt schwierig. An Aufstuf kleiner Wirtschaften seitens des Staats wird gar nicht gedacht, es handelt sich augenblicklich bloß um Errichtung einiger Musterwirtschaften in der Eifel und Nord-Schleswig. Herr Richter bemängelt die Stellenzulagen, bei denen Alles in das Ermessen der Verwaltung gestellt sei, aber Stellenzulagen haben wir ja schon bei der Eisenbahnverwaltung in anderen Resorren. Ich kann nur wünschen, daß der Etat auch sonst so wenig Anfechtungen erfährt, wie seitens des Abg. Richter. (Große Heiterkeit, reichs Beifall und vereinzeltes Klatschen.)

**Vizepräsident v. Seereman:**

Beifallsbezeugungen durch Handklatschen sind unzulässig.

**Abg. Graf Limburg-Sturum (kons.)**

wendet sich gegen Richter's Bemerkungen über agrarische Begehrlichkeit. Parlamente sind im Allgemeinen nicht geeignet, auf Sparamkeit hinzuwirken. Im absoluten Staat war man viel sparsamer. Er sei nicht Gegner der Freizügigkeit, aber daß auch jugendliche Arbeiter frei seien und hingehen könnten, wohin sie wollen, das halte er doch für einen Uebelstand. In Bezug auf Beamtenpetitionen hoffe er, daß jetzt Ruhe im Lande sein werde, nachdem die Gehaltsverbesserungen jetzt in so großem Umfang stattgefunden. Diplomaten seien die landwirtschaftlichen Fragen oft recht unbekannt, wie er aus eigener Erfahrung wisse. Aber er müsse doch wünschen, daß die Leitung unserer auswärtigen Politik dem Auslande gegenüber unsere Landwirtschaft schätzen möge. Dem Fürsten Bismarck sei es zu haken gekommen, daß er Landwirt war und die Verhältnisse kannte. Mit dem Bau von Kanälen müsse mit größter Vorsicht vorgegangen werden. Denn unsere Finanzen würden dadurch gefährdet, wegen des Einnahme-Ausfalls für die Eisenbahnen. In Bezug auf die Ausweisungen aus Schleswig-Holstein stehe seine Partei vollkommen hinter der Politik der Regierung. Die freisinnige Politik hierbei könne erstens nationale nicht anfechten. Rothwendig sei eine wohlwollende, aber stetige Gesinnung der Regierung, kein Zickzackkurs.

**Kultusminister Boffe:**

Ich würde der Regierung etwas vergeben, wenn ich Herrn Richter nicht wenigstens auf einige seiner Angriffe antwortete. Eine Regelung der Volksschulunterhaltungspflicht ist dringend zu wünschen. Aber ich bin noch nicht genau im Stande, die Lasten zu übersehen, die aus dem Befolgungsgesetze erwachsen. Das ist der einzige Grund, weshalb ich eine Vorlage noch nicht vorlegen konnte. Herr Richter befragt ferner die Nichtaufnahme jüdischer Kinder in hiesigen Privatschulen. Aber was habe ich denn für einen Anlaß, einer Vorleserin vorzuschreiben, welches Kind sie aufnehmen soll oder nicht. Meine Räte haben gemeint, daß eine einmal konfessionierte Vorleserin darin freie Hand hat. Was die jüdischen Lehrerinnen in Volksschulen betrifft, so haben sich Eltern beschwert, daß ihre Kinder in Klassen, wo kein jüdisches Kind ist, eine jüdische Lehrerin haben als Ordinarier. Ich habe in dieser Frage ganz richtig, gewissenhaft, ohne jede Tendenz gehandelt, und erkläre das ausdrücklich gegenüber einer exorbitant heftigen Verhandlung in der hiesigen Stadtverordneten-Versammlung, die hauptsächlich von zwei jüdischen Herren geführt wurde. (Beifall rechts.) Weiter erklärt der Minister: Der Fall Delbrück liegt nicht auf dem Gebiete der Lehrerfreiheit, sondern auf dem des Beamten-Rechts und des Beamten-Talents. Die Professoren sind zweifellos Staatsbeamte. Delbrück hat seine Kritik der Ausweisungen in einer Form ausgesprochen, welche dieselbe Regierung, die ihn in eine so hohe Vertrauensstellung rufen hat, unmöglich ertragen konnte, wenn sie nicht allen Anspruch auf Autorität verlieren wollte, — auch im Auslande, wo man Gift aus solchen Äußerungen saugt. Wo hätten wir, wenn wir solche Beschimpfungen eines solchen Mannes geduldet hätten, die Kraft hernehmen sollen, gegen unsere Beamten in Fällen von Judisziplin vorzugehen?

**Abg. Sattler (nsl.)**

Konstatirt zunächst die günstige Finanzlage und die günstigen wirtschaftlichen Verhältnisse. Bei dem Wahlrecht wollen seine Freunde Besitz und Bildung besser berücksichtigt sehen, im Allgemeinen aber an der Art des Wahlrechts festhalten. Sehr einverstanden sind wir mit dem Worte des Finanzministers: wir wollen die Kultur nach dem Osten tragen. Im Anschluß hieran erklärt Redner seine Zustimmung zur Polenpolitik der Regierung, ebenso zu Kanalbauten. Er fragt lebhaft darüber, was aus der Medizinalreform geworden sei, und empfiehlt Eisenbahntarif-Reformen. Was den Fall Delbrück betrifft, so kann ich dem Minister objektiv die Einleitung des Disziplinarverfahrens nicht verkenne, aber er hätte doch besser getan, das Verfahren zu unterlassen. Denn einmal ist Herr Delbrück, so verdient er als Historiker ist, als Politiker nicht ernst zu nehmen. Und außerdem würde ohne Disziplinierung das öffentliche Urtheil über Herrn Delbrück's Auslassungen noch viel schärfer ausfallen, als jetzt. Zu bedauern sei der Schicksal, er könne nur annehmen, daß er nicht ganz so schroff gemeint sei, als er aussehe. Wollte sich Herr v. B. Rede nicht darüber äußern? Redner billigt die dänischen Ausweisungen und bestreitet, daß infolge derselben irgendwo eine Schädigung unserer Industrie erfolgt sei. Wenn es gelinge, der dänischen Agitation endlich ein Ziel zu setzen, so könne man zwar noch fragen, ob nicht vielleicht Härten zu mildern seien, aber im Ganzen thue die Regierung mit ihrem jetzigen Vorgehen nur ihre Schuldigkeit. Und man solle die Regierung daran nicht hindern, sondern sie unterstützen.

Hierauf erfolgt Vertagung. Montag 11 Uhr Fortsetzung. Schluß 5 Uhr.

## Weiteres aus dem preussischen Staatshaushalts-Etat.

Aus dem Etat des Ministeriums des Innern sind bedeutende Mehrforderungen für die Verstärkung des Polizeipersonals zu erwärmen. In den Provinzen soll das Polizeipersonal um 180, das Gendarmenpersonal um 24 Stellen und um einen Oberwachmeister vermehrt werden. Zur intensiveren Handhabung des Kriminaldienstes wird in Schneberg und Mirdorf je ein Direktor neu angestellt werden. Soweit Berlin und die Vororte von den Reusforderungen für die Polizei betroffen werden, haben wir bereits gestern darüber berichtet. Von anderen Städten soll Königsberg 10, Breslau 35, Köln 47, Hannover 34 neue Schul-

Im Etat der landwirtschaftlichen Verwaltung erfährt der Fonds zur Gewährung von Beihilfen zu den bei den Auseinandersetzungen vorkommenden sogenannten Folge-Einrichtungskosten eine Erhöhung um 25 000 M. An Beihilfen zur Errichtung und Unterhaltung von landwirtschaftlichen Mittelschulen werden 21 700 M., an Zuschüssen für die ländlichen Fortbildungsschulen 40 000 M. mehr ausgesetzt. Um 10 000 M. wird der Dispositionsfonds zu wissenschaftlichen und Lehrzwecken, um 25 000 M. der Dispositionsfonds zu Beamten für die Pferdezüchtung, um 20 000 M. der Fonds zur wissenschaftlichen Erforschung von Tierkrankheiten und für Versuche zu deren Bekämpfung erhöht. Neu eingestellt sind 20 000 M. zur Förderung der Geflügelzucht, besonders in den bäuerlichen Wirtschaften, 10 000 M. zur Förderung anderer landwirtschaftlicher Thiergattungen und 20 000 M. mehr zur Unterstützung der landwirtschaftlichen Vereine. Zur Förderung des Obst-, Wein- und Gartenbaues sind 10 000 M. mehr, zur Förderung der Wald- und Bienenkultur, insbesondere zur Auffrischung der Oedländerie in Schleswig-Holstein und Hannover 20 000 M. mehr eingestellt. Die einmaligen Ausgaben weisen gegen das Vorjahr eine Vermehrung um 604 765 M. auf; sie belaufen sich jetzt auf 4 840 250 M. Darunter begegnen wir Forderungen von 6000 M. zur Gewährung von Verwaltungszuschüssen für ein in Berlin errichtetes Verlags-Kornlagerhaus, 154 400 M. zum Neubau eines hygienischen Instituts der Berliner thierärztlichen Hochschule, 60 000 M. zur Förderung der Land- und Forstwirtschaft in den westlichen Provinzen, 120 000 M. als erste Rate für ein in Poppelndorf zu errichtendes Institut für Boden- und Pflanzenlehre und eines für Thierpsychologie, 187 500 M. sind ausgesetzt zur Unterstützung von Reichverbänden im Kreise Torgau, 500 000 M. als Darlehensfonds zur Förderung gemeinsamer Verlags- und Musteranlagen und Einrichtungen zur Hebung der landwirtschaftlichen Produktion und der besseren Verwertung landwirtschaftlicher Produkte.

Im Etat der Justizverwaltung erhöhen sich die Einnahmen im Ganzen um ca. 30 Mill., darunter die Einnahmen aus den Kosten um 1,8 Mill., die aus der Beschäftigung der Gefangenen um 1,8 Millionen. Die fortlaufenden Ausgaben erhöhen sich um 2 1/2 Millionen, die einmaligen um 108 700 M. Neue Stellen werden geschaffen für einen Senatspräsidenten und fünf Räte beim Kammergericht, für je einen Landgerichtsdirektor in Berlin II, Gleiwitz und Danzig, für 18 neue Landrichter, und zwar 3 beim Landgericht II in Berlin, je 2 beim Landgericht I in Berlin und in Hannover, und je eine bei den Landgerichten in Weuthen, Gleiwitz, Aachen, Köln, Düsseldorf, Elberfeld, Saarbrücken, Frankfurt a. M., Bochum, Essen und Altona. An Amtsrichterstellen sollen neu errichtet werden 25, und zwar je 3 in Berlin II, Frankfurt a. M. und Stettin, je eine in Brandenburg, Charlottenburg, Potsdam, Senftenberg, Weuthen, Kattowitz, Königshütte, Rybnik, Jägrze, Hannover, Bonn, Köln, Düsseldorf, Wiesbaden, Dortmund, Gelsenkirchen, Tilsit, Quedlinburg, Bromberg. Neue Staatsanwaltschaften werden geschaffen in Köln, Berlin I und II, Breslau, Gleiwitz, Elberfeld, Essen und Brandenburg. Neue Amtsgerichte sollen in Rügen, Paderborn, Posen, Inowrazlaw, Dienstwohnungsgebäude für Amtsrichter in Kosen, Weuthen, Oberort, Jurotschin, Jarotschin und Kolmar i. P., neue Amtsgerichtsgebäude in Mittelwalde, Pöslau, Myslowitz, Lügen, Aifeld, Dortmund, Andernach, Montjoie und Stolberg bei Aachen gebaut werden.

Im Etat der Eisenbahnverwaltung entsteht durch die Mehrereinstellung von Bediensteten eine Mehrausgabe von 12,8 Millionen, durch die Erhöhung des Einkommens des Dienstpersonals eine weitere von 7,7 Millionen, darunter 1,7 Millionen durch Erhöhung der Löhne der Betriebsarbeiter. Für Wohlfahrtszwecke ist 1 Million mehr vorgesehen. Die Gesamtausgaben für Neubauschaffungen betragen 49 Millionen, 8,8 Millionen mehr als die wirklichen Ausgaben des Jahres 1897/98. An Bauten sind vorgesehen für Berlin und Umgegend: 1 Million zum Ausbau der an den Schlesischen Bahnhof angrenzenden Straßen, 2 Millionen für Herstellung besonderer Vorortseisen der Anhalter Bahn bis Lichterfelde, 1 1/2 Millionen für Herstellung besonderer Vorortseisen der Schlesischen Bahn bis Gerner, 150 000 M. zum Ausbau der Ringbahn, 1 Million zum Ausbau der Gürtelbahn von der Ringbahn bis Grünau, 1 000 000 M. für Herstellung besonderer Vorortseisen auf der Strecke Berlin-Planenburg, 500 000 M. für ein zweites Geleise auf der Strecke Schönholz-Regel, 500 000 M. für besondere Vorortseisen auf der Nordbahn bis Schönholz, 140 000 M. für Erweiterung des Güterchuppens auf dem Anhalter Bahnhof.

Im Etat der allgemeinen Finanzverwaltung ist der Anteil an dem Ertrage der Zölle und der Tabaksteuer auf 20,7 Millionen mehr, der Branntweinverbrauchs-Abgabe auf ca. 0,8 Million mehr, die Zinsen von der preussischen Zentral-Genossenschaftskasse 0,4 Million mehr veranschlagt. Das Mehr der Beitragsbeiträge an das Reich beträgt 20 1/2 Millionen.

Im Etat der Verwaltung der direkten Steuern sind 12 Millionen Mark Mehreinnahmen aus der Einkommensteuer, 1/2 Million mehr aus der Ergänzungssteuer, 177 900 M. mehr aus der Steuer vom Gewerbebetriebe im Umherziehen vorgesehen.

Im Etat der Verwaltung der indirekten Steuern sind 1/2 Million mehr an Erhebungseinnahmen aus den Zöllen, 182 080 aus der Zundersteuer, 105 150 M. aus der Draufsteuer, insgesammt aus Reichssteuern 671 970 M. mehr eingesetzt.

Der Etat des Finanzministeriums sieht zwölf neue Regierungsstellen bei den Bezirksregierungen vor, um das Verhältnis zwischen der Zahl der etatsmäßigen Regierungsmitglieder und der Aussenstellen günstiger zu gestalten. Um auch dem Oberpräsidenten von Schleswig-Holstein, Herrn von Köller, die Möglichkeit zu bieten, die im Interesse der Förderung des Deutschtums dort gebotenen Maßnahmen durchzuführen, ist der Dispositionsfonds zur Förderung und Befestigung des Deutschtums von 400 000 auf 420 000 M. erhöht. Der Pensionsfonds der Zivilverwaltung soll um 3 Millionen, der Fonds für die gesetzlichen Wittwen- und Waisengelder um dieselbe Summe, der Unterstützungsfonds der Wittwen und Waisen von vor dem 1. April 1897 verstorbenen Beamten um 1/4 Million erhöht werden.

## Soziales.

Für die Ausfindigmachung eines Mittels zur Desinfektion thierischer Rohhaare wird in der Fachzeitschrift „Schuh und Leder“ ein Preisausgeschrieben veröffentlicht. Es werden für ein derartiges geeignetes Mittel zwei Preise im Betrage von 2 000 Mark und 1 000 Mark ausgesetzt. Bewerber haben die Darstellung des von ihnen vorge schlagenen Verfahrens unter Anfügung der Versuchsergebnisse bis spätestens 1. März 1898 dem Vorstande der Lederindustrie-Verusgenossenschaft in Mainz einzusenden.

„Wie ist die Arbeitsvermittlung für die Schuh- und Leder-Industrie zur Förderung des sozialen Friedens zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer am besten zu organisieren?“ so lautet eine Preisfrage, die von der Fachzeitschrift „Schuh und Leder“ im vorigen Jahre ausgeschrieben wurde. Von den vielen Arbeiten, die hierauf eingegangen sind, wurde durch das Preisrichterkollegium, bestehend aus den Herren: Freiherr v. Seyl zu Herrnsheim, Reichstags-Abgeordneter, Worms; Professor Dr. Dize, Reichstags-Abgeordneter, Münster i. W.; Wilhelm v. d. Bock, Reichstags-Abgeordneter, Göttingen; Professor Dr. Baalke, Reichstags-Abgeordneter, Berlin; Kommerzienrath Koeside, Reichstags-Abgeordneter, Berlin; W. Kattwinkel, Handels-Innenminister, Barmen; J. Siebert, Vorsitzender des Vereins deutscher Schuhmacher, Nürnberg; Otto Herz, Schuhfabrikant, Frankfurt a. M.; G. Busse, Vorsitzender des Zentralvereins der Lederarbeiter Deutschlands, Berlin; Dr. T. Müller, Lederfabrikant, Braunschweig, Westf.; und Dr. R. Freund, Vorsitzender der Invaliditäts- und Altersversicherungs-Anstalt Berlin, der I. Preis,

600 M., Herrn Hermann Eder, Verwalter des städtischen Arbeitsnachweises in Freiburg i. Br., der II. Preis, 300 M., Frau Henriette Fritsch, Frankfurt a. M., und der III. Preis, 200 M., Herrn Robert Jahn, Köln-Rippes, zuerkannt.

Die I. Preisarbeit gipfelt darin, daß die Berufs-genossenschaftlichen Arbeitsnachweise einseitige Interessen verfolgten und den Charakter des Streites in sich trügen, wogegen die städtischen beziehentlich gemeinnützigen Arbeitsnachweise sich in friedlicheren Bahnen bewegten und einen unparteiischen Charakter hätten. Es sei dabei Sorge zu tragen, daß Arbeitern und Unternehmern gleichmäßig einfluß auf die Verwaltung eingeräumt wird.

In der II. Preisarbeit wird die Ansicht vertreten, daß den kommunalen Arbeitsnachweisen zwar noch Mängel anhaften, worunter in erster Linie, daß den Letztern derselben die erforderlichen Kenntnisse der einzelnen Branchen abgehen. Diese Uebelstände seien aber zu überwinden, sobald die Minderzahl der gemeinnützigen Arbeitsnachweise absoluter und umfassender ausgestaltet würde. Aus diesem Grunde wird obligatorische Einführung kommunaler Arbeitsnachweise empfohlen, in denen unparteiische Vertretung der einzelnen Gewerbe vorgezogen ist.

Die III. Preisarbeit wendet sich entschieden gegen die einseitigen Fabrikanten-Arbeitsnachweise, weil dieselben leicht zu unberechtigten Maßregelungen führen und Augendienerei und Schmarozkerthum unter den Arbeitern erzeugen.

Englands Außenhandel. Im Jahre 1898 sind in England für 470,6 Millionen Pf. Sterl. Waaren eingeführt, während die Ausfuhr 294,0 Millionen Pf. Sterl. betrug. Gegen das Jahr 1897 ist die Einfuhr um 19,5 Millionen gestiegen, die Ausfuhr um 164 tausend Pf. Sterl. gefallen.

## Kommunales.

Die städtische Verkehrsdeputation beriet gestern in dreifachiger Sitzung unter Vorsitz des Bürgermeisters Rischner die Vorschläge, welche die zur Vorbereitung des Baues neuer elektrischer Straßenbahnlinien eingesetzte Subkommission gemacht hat. Die Anträge der Kommission gingen dahin, daß die Deputation grundsätzlich den Bau und Betrieb der neuen Linien für Rechnung der Stadt beschließen möge, vorausgesetzt, daß keine finanziellen Nachteile für die Stadt entstehen, bezw. keine Zuschüsse geleistet werden müssen, und daß der einzugehenden Betriebsverwaltung die Möglichkeit schneller, nicht durch bürokratische Vorschriften eingengter selbständiger Entschlüsse gegeben wird.

Ueber die Arbeiten der Subkommission, welche die Ergebnisse ihrer Beratungen in einer längeren Denkschrift und einer Berechnung der nachmahlichen Bau- und Betriebskosten sowie der zu erwartenden Einnahmen vorlegte, referirte Stadtbaurath Krause und Magistrats-Assessor Alberti, aus deren Vorträgen sich ergab, daß ein finanzielles Risiko oder gar Zuschüsse der Stadt bei dem geplanten Unternehmen nicht zu erwarten seien.

In der Diskussion trat Stadtv. Singer energisch für den Antrag der Subkommission ein. Er führte aus, daß der Großen Straßenbahn gegenüber eine Konkurrenz geschaffen werden müsse, daß die Ertheilung von Konzessionen an andere Gesellschaften aber zur Kosten mit der Großen Straßenbahn und damit zu einer Verstärkung des Monopols derselben führen würde. Wollte man nicht den gesamten Verkehr auf den Straßenbahnen der Großen Gesellschaft bezw. ihren Tochter-Gesellschaften und Gründungen anstoßeln, so bliebe nur städtischer Betrieb übrig. Das Letztere empfehle sich aber auch aus finanziellen Gründen und zur Verhütung von Steuer-Erhöhungen, die bei den stets wachsenden kommunalen Aufgaben und den notwendigen Reformen auf vielen städtischen Gebieten sonst unausbleiblich wären. Schließlich sei der städtische Betrieb der neuen Linien auch um deshalb dringend zu empfehlen, damit die Stadt Erfahrungen sammle und gerüstet sei, bei Ablauf des Vertrages im Jahre 1919 den gesamten Straßenbahnbetrieb zu übernehmen.

Stadtv. Jacoby empfahl, von Konzessionen an andere Gesellschaften abzusehen, glaubt jedoch das finanzielle Interesse der Stadt am besten dadurch zu wahren, daß der Großen Straßenbahn die neuen Linien ebenfalls gegeben werden, wobei nach seiner Ansicht auch das Publikum den größten Vortheil hat.

Vorath Krause erläuterte die finanziellen Unterlagen und empfiehlt, die neuen Linien in städtischen Betrieb zu nehmen, um die Position der Stadt gegenüber der Gesellschaft dadurch zu stärken.

Stadtv. Cassel will unter der Voraussetzung, daß keine finanziellen Nachteile entstehen, dem Antrage der Subkommission zustimmen, um zu erproben, ob die Stadt im Stande ist, einen Straßenbahnbetrieb ertragreich und ohne nachtheilige Wirkungen auf die Gemeindeverwaltung zu führen.

Stadtv. Khlmann verhält sich grundsätzlich ablehnend und befürchtet eine erhebliche Belastung des städtischen Etats durch den Bau und Betrieb der in Aussicht genommenen Linien.

Stadtv. Dinske wünscht mit einigen Vorrednern nochmalige genaue Prüfung des Projekts in wirtschaftlicher Beziehung, tritt im übrigen aber lebhaft für den städtischen Bau und Betrieb ein, weil nur dadurch auf die Große Straßenbahn der im Verkehrsinteresse notwendige Druck ausgeübt werden könne.

Bürgermeister Rischner empfiehlt die Annahme des Kommissionsantrages in Rücksicht auf die notwendige Konkurrenz und namentlich im Hinblick auf die Nothwendigkeit, im Jahre 1919 einen städtischen Straßenbahnbetrieb zu haben, um dadurch etwaigen Ansprüchen der Gesellschaft zu jener Zeit erfolgreich entgegenzutreten zu können.

Vorath Gottheiner und Stadtv. Elektriker Dr. Kallmann weisen die Rentabilität des geplanten Unternehmens nach. Stadtv. Rosenow hält eine weitere finanzielle Prüfung — weil definitive Zahlen nicht gegeben werden können — nicht für geboten und hält die Etablierung eines städtischen Betriebes aus allgemeinen wirtschaftlichen und Verkehrsinteressen für nothwendig.

Stadtv. Schmann ist Gegner städtischer Verkehrsbetriebe, weil nach seiner Meinung die Stadt ihrerseits verwalte als Privatgesellschaften und höheren Anprüchen der Angestellten ausgesetzt sei.

Stadtv. Meubrin erklärt sich für den Kommissionsantrag und bittet, die Subkommission mit den weiteren Vorarbeiten zu beauftragen.

Bei der Abstimmung wird der Antrag der Subkommission fast einstimmig — gegen die Stimme des Stadtv. Khlmann — angenommen und damit beschlossen, den städtischen Behörden unter den beiden oben bezeichneten Voraussetzungen zu empfehlen:

Den Bau der nach dem ausgearbeiteten Plan zu errichtenden elektrischen Straßenbahnlinien für städtische Rechnung auszuführen und den Betrieb in städtische Regie zu nehmen.

Mit den weiteren Vorarbeiten (Aufstellung des Finanz-, Betriebs- und Bauplanes sowie der Verwaltungsvorschriften u. s. w.) wurde die aus den Stadträthen Meubrin und Krause, den Stadtv. Cassel und Singer, sowie dem Magistrats-Assessor Alberti bestehende Subkommission beauftragt.

Vorbereitungen zum In-Kreuz-Kriegen. Der Ausschuss zur Vorbereitung der Vorlage über die anderweitige Wahl eines Mitgliedes der städtischen Schulaufsichtskommission an stelle des für dieses Amt gewählten, vom Provinzial-Schulkollegium aber nicht bestätigten Stadtverordneten Singer, wird am nächsten Dienstag Nachmittag im kleinen Sitzungszimmer der Stadtverordneten-Versammlung zu seiner ersten Beratung zusammenzutreten. Vorsitzender dieses Ausschusses ist der Stadtv. Meyer, sein Stellvertreter Stadtv. Spinola.

Der allgemeine preussische Städtetag, welcher belamlich am nächsten Montag im Sitzungssaal der Stadtverordneten-Versammlung zusammentritt, beginnt seine Tagung Vormittags um 11 Uhr.

Behufs Verbreiterung der Ballstraße hat der Magistrat bei der Stadtverordneten-Versammlung den Antrag gestellt, dieselbe möge sich damit einverstanden erklären, daß die von den Grund-

frühen Walfir. 60/91 zur Verbreitung der Straße erforderliche Fläche von ungefähr 237 Quadratmetern zugeordnet werden. Ferner möge dieselbe genehmigt, daß die auf dem Grundstücke stehenden Pausenarbeiten gegen die Abdrücke verkauft werden und der Zuschlag ertheilt wird, wenn die Lage der zuständigen Bau-Inspektion erweist ist. Ferner beantragt der Magistrat bei der Veranlagung der Genehmigung zu dem Erwerb der zur Regulierung der Kolonnenstraße zwischen Westallianz- und Kappelerstraße erforderlichen fiskalischen Landes und zur Erwerbung einer von den Grundstücken Inselstraße 11 u. 12 zu Straßenzwecken freigelegten Fläche.

Der Magistrat hat der Stadtverordneten-Versammlung ein Verzeichnis von 74 Bureau-Hilfsarbeitern und Ständesamts-Schreibern mit dem Ersuchen eingereicht, dieselbe möge sich damit einverstanden erklären, daß die im Verzeichnis momentlich aufgeführten Bureau-Hilfsarbeiter und Ständesamts-Schreiber als Gemeindegemeinde anerkannt und zwar bei 55, mit mechanischen Dienstleistungen Beschäftigten, unter Umwandlung der mit ihnen bestehenden vierwöchentlichen Abfertigungsfrist in eine dreimonatliche.

Nach amtlicher Zusammenstellung sind bei dem Stadtausschuß in Berlin im Geschäftsjahr 1898 neue Beschäftigungen eingegangen 8418. Von diesen betreffen 31 Armenangelegenheiten, 8887 die Gewerbe- und Industrie- und 135 Anträge zur Aufstellung feststehender Dampfessel, 72 zur Zubehörfestigung beweglicher Dampfessel, 13 Dampfessel, 29 zur Einrichtung gewerblicher Anlagen, 282 zum Betriebe der Schmelzhütte, 5729 zum Betriebe der Schmelzhütte, 906 zum Ausbrennen von Eisen und Blei, 70 zum Ausbrennen von Kupfer, Mineralwasser und nicht geistigen Getränken, 945 zum Kleinhandel mit Branntwein und Spiritus, 8 zum Betriebe des Schmelzwerkes, 185 zum Gießhause und 84 zur Veranstaltung von Singspielen zc. (Zingeltangel). Da aus dem Vorjahre 783 Sachen unerledigt übernommen waren, so bezifferte sich die Gesamtzahl der zu erledigenden Sachen auf 9201. Erledigt wurden: durch Beschluß 6509, auf andere Weise 1879 zusammen 8388 Sachen, so daß unerledigt auf das neue Geschäftsjahr 713 übernommen worden sind. Die Zahl der neu eingegangenen Streitigkeiten betrug 622, dazu aus dem Vorjahre unerledigt übernommen 123, zusammen 745 Sachen. Davon sind erledigt: durch Endurtheil 509, durch Zurücknahme der Klage, Vergleich zc. 98, zusammen 607, so daß 138 unerledigt in das neue Geschäftsjahr übernommen worden sind. Die Zahl der Sitzungen betrug 24, in welcher 707 Termine in mündlicher Verhandlung abgehalten wurden.

## Lokales.

Die nächste Lokalliste erscheint am 19. Februar. Die Mitglieder der Lokalkommissionen in Berlin und Umgegend werden ersucht, Änderungen oder Neu-Aufnahmen spätestens zum 14. Februar an den Unterzeichneten einzufenden. Im Auftrage der Berliner Lokalkommission: Karl Scholz, Berlin SO., Brangelstr. 110.

Freie Volksbühne. Die Generalversammlung am Donnerstag Abend findet in Cohn's Festsaal statt, Anfang 8 Uhr. Frau Dr. J. Radel hält einen einleitenden Vortrag über: Der literarische Werth der von der Freien Volksbühne aufgeführten Stücke. Den zweiten Punkt der Tagesordnung wird der Geschäfts- und Kassendbericht des Vorstandes und der Revisoren bilden. Der Eintritt ist nur Mitgliedern gegen Vorzeigung der Karte gestattet. Heute Nachmittag 2 1/4 Uhr findet die Aufführung „Wallenstein's Tod“ für die 4. Abtheilung im Friedrich-Wilhelmsstädtischen Theater statt.

Der Vorstand, J. A.: G. Winkler.

Sechster Reichstags-Wahlkreis. Von der Reichstagswahl steht noch die Sammelliste Nr. 9946, und vom Stattharter Parteitag die Sammelliste Nr. 290 aus. Die Inhaber werden dringend ersucht, umgehend abzurechnen. H. Naiche, Berlin N., Kochstr. 32b. Vertrauensmann der Reichstagswahl-Vorstand und Gesundheitsmann.

## Die Wohnungsverhältnisse der Hausindustriellen u. s. w.

sind im Berliner „Statist. Jahrb.“ nach den Ergebnissen der letzten Volkszählung besonders behandelt. 1895 wurden in Berlin (außer 5 Anstalten, die unter ihren 2889 Bewohnern angeblich nur 6 männliche und 8 weibliche hausindustriell beschäftigte Personen hatten) 20792 von Hausindustriellen bezw. Heimarbeitern bewohnte Wohnungen gezählt, und zwar ohne Gewerberäume 19432 Wohnungen (davon im Hinterhaus 9666), mit Gewerberäumen 1800 Wohnungen (im Hinterhaus 498). Die 19432 Wohnungen ohne Gewerberäume umfaßten 53304 Räume, macht pro Wohnung durchschnittlich 2,74 Räume. Es bestanden aber 1840 dieser Wohnungen nur aus einem einzigen Raum, nämlich nur aus einer Küche 101 (davon im Hinterhaus 100), nur aus einem unbeheizbaren Zimmer 25 (Hinterhaus 17), nur aus einem heizbaren Zimmer 1714 (Hinterhaus 974). Aus zwei Räumen bestanden 6612 Wohnungen, nämlich aus Küche und einem Zimmer 6451 (Hinterhaus 4222), aus sonstigen zwei Räumen 161 (Hinterhaus 78). Es bestanden ferner aus drei Räumen 7401 Wohnungen (Hinterhaus 3921), aus vier Räumen 2470 (Hinterhaus 469), aus fünf Räumen 694 (Hinterhaus 66), aus sechs (oder mehr) Räumen 415 (Hinterhaus 19). Bei den erbärmlichsten Wohnungen, denen aus nur 1 oder 2 Räumen, überwiegt die Hinterhauslage. Sie lagen nämlich auch vorwiegend in den oberen Stockwerken. Diese 19432 Wohnungen beherbergten in ihren 53304 Räumen 35138 männliche, 41510 weibliche, zusammen 76648 Bewohner. Es kamen also durchschnittlich auf jeden Raum im Allgemeinen 1,44 Bewohner, aber speziell in den Wohnungen aus nur einer Küche 1,92 Bewohner, nur einem unbeheizbaren Zimmer 1,68, nur einem heizbaren Zimmer 1,91, aus Küche und einem Zimmer 1,77, aus sonstigen 2 Räumen 1,67, aus 3, 4, 5 und 6 (oder mehr) Räumen 1,45, 1,17, 1,04 und 0,88 Bewohner. Die weiblichen Bewohner waren besonders in den Wohnungen aus nur einem Raum viel zahlreicher als die männlichen; z. B. wohnten in den Wohnungen aus einer Küche 189 weibliche und 55 männliche, einem unbeheizbaren Zimmer 30 weibliche und 12 männliche, einem heizbaren Zimmer 2318 weibliche und 955 männliche. Auch unter den Haushalts-Vorständen dieser kleinsten Wohnungen überwiegen bei weitem die weiblichen (nämlich vielfach Wittwen und alleinstehende Frauen). Die Zahl der als Hausindustriellen beziehungsweise Heimarbeiter thätigen Personen stellte sich in den Wohnungen ohne Gewerberäume auf 10600 männliche und 10988 weibliche, überhaupt 21588, das sind rund 30 pCt. und 26 1/2 pCt., überhaupt 28 pCt. der (weiter oben angegebenen) Zahl aller Bewohner dieser Wohnungen. Die Hausindustriellen u. s. w. waren aber speziell unter den Bewohnern der Wohnungen aus nur einer Küche 53 pCt., einem unbeheizbaren Zimmer 62 pCt., einem heizbaren Zimmer 56 pCt., Küche und einem Zimmer 31 pCt., sonstigen 2 Räumen 32 pCt., aus 3, 4, 5 und 6 (oder mehr) Räumen 26, 24, 21 und 10 pCt. Auch Gewerbegehilfen, Einmieter und Schlafleute befanden sich in diesen Wohnungen, sogar in denen aus nur einem einzigen Raume. Die 1800 Wohnungen mit Gewerberäumen (231 davon hatten getrennt liegende Gewerberäume) befanden sich mehr in Vorderhäusern und in den unteren und mittleren Stockwerken. Sie bestanden aus 4318 Wohnräumen (Gewerberäume natürlich nicht mitgezählt), macht pro Wohnung durchschnittlich 3,32 Räume. Die Wohnungen mit 1 und 2 Räumen (40 und 289 Wohnungen) waren hier verhältnismäßig selten, die mit 3, 4 u. s. w. Räumen (559, 287 u. s. w. Wohnungen) verhältnismäßig häufig. Auch die Wohndichtigkeit war in den Wohnungen mit Gewerberäumen geringer. Die 1800 Wohnungen beherbergten in ihren 4318 Räumen 2914 männliche, 3028 weibliche, zusammen 5942 Bewohner. Es kamen also durchschnittlich auf jeden Raum im Allgemeinen 1,38 Bewohner, speziell in den kleinen Wohnungen mehr, in den großen weniger. Als Hausindustrielle zc. bezeichneten sich hier 1089 männliche, 289 weibliche, überhaupt 1378 Personen, rund 37 pCt. und 3 1/2 pCt.,

überhaupt 23 pCt. der Bewohner dieser Wohnungen, in den kleinen Wohnungen mehr (bis hinauf zu 43 pCt.), in den großen weniger (bis hinauf zu 18 pCt.). Die Haushaltungsvorstände waren meist männlich; Gewerbegehilfen, Einmieter und Schlafleute kam nur vereinzelt vor. Die Verhältnisse lagen bei den Wohnungen mit Gewerberäumen, wie man sieht, weniger ungünstig. Aber es handelt sich freilich hierbei nur um einen kleinen Teil der von Hausindustriellen u. s. w. bewohnten Wohnungen. Die Mehrzahl der Wohnungen bestätigt durchaus die Erfahrung, daß in dieser Gesellschaftsklasse, die sich vielfach in einer sehr traurigen wirtschaftlichen Lage befindet, die Wohnungsverhältnisse meist ganz besonders ungünstig sind.

Aus der Arbeiter-Bildungsanstalt wird berichtet: Die neuen Kurse, welche die Schule eingerichtet hat, erregen in der Arbeiterschaft lebhaftes Interesse. Der erste Abend, an dem Genosse Calver über Nationalökonomie sprach, und die Umwälzungen beendete, die sich innerhalb des Haushaltes und der Familie vollziehen, war in jeder Beziehung von belehrendem Werth. Weitere Vorträge über neue, soziale und wirtschaftliche Erscheinungen werden jeden Montag stattfinden. Reges Interesse zeigten die Mitglieder auch den Rede-Übungen darzubringen. Der Vortragende Rechtsanwalt Roth ging zunächst in kurzen Worten auf die Bedeutung der Rede ein und erläuterte, wie das Material zu Referaten anzunehmen ist. Die weiteren Vorträge in diesem Fach werden jeden Donnerstag stattfinden; die Schüler haben kleine Referate zu halten, denen sich eine Diskussion und Kritik anschließen wird. Wer sich schließlich dafür interessiert, wie sich die Lebensweise der Völker in den letzten vier Jahrhunderten und die Beziehungen der Klassen zu einander auch im geistigen Leben wieder spiegeln, dem werden die Vorträge des Herrn Dr. Steiner nicht unwillkommen sein. Diese Vorträge erfolgen freitags. Wie wir hören, werden auch in den nächsten Unterrichtsstunden noch Schüler für die Kurse aufgenommen. Möchten recht viele davon Gebrauch machen; dann werden diese Unterrichts-kurse nach allen Seiten lehrreiche und brauchbare Anregungen geben.

Ob für hiesige Großbazar-Kontrollärzte zur Ueberwachung des Personals thätig sind und mit welchen Befugnissen, wird vom Geschäftsausschuß der hiesigen ärztlichen Standesvereine untersucht werden. Es geschieht dies auf eine Anregung des Breslauer ärztlichen Vereins. Nach einer in der „Berl. Med. Korresp.“ veröffentlichten Zuschrift klagen die Breslauer Großbazar über eine große gesundheitliche Unbeständigkeit ihrer Angestellten und über eine oft wiederkehrende kurzzeitige Erkrankung und Dienstunfähigkeit des einzelnen. In der Meinung, daß bei diesen kurzen Erkrankungen Simulation oder Mangel an Körperenergie an die Stelle der wirklichen materiellen Erkrankung tritt, haben sie zur Wahrung ihrer Interessen Kontrollärzte angefordert. Diese Kontrollärzte sollen auf Grund des Geschäftsinhabers die krank Gemeldeten ausfragen und feststellen, ob eine Erkrankung vorliegt oder nicht. Ob der Kontrollarzt den Besuch bei dem Kranken im Einverständnis mit dem behandelnden Kassenspezialisten machen will, ist seinem Ermessen überlassen. Der Breslauer Ärzteverein will die Anstellung von Kontrollärzten bekämpfen, weil dadurch Unbilligkeiten für die Kassenspezialisten entstehen, insbesondere deren Ansehen beim Publikum geschädigt wird. Der Breslauer Ärzteverein hat die Ärztevereinigungen in den Großstädten aufgefordert, sich mit der Kontrollärztefrage zu beschäftigen.

Interess Erachtens würde sich die „große gesundheitliche Unbeständigkeit“ der Angestellten schnell bessern, wenn die Unternehmer, die sich jetzt nicht scheuen, den erkrankten Verkäufern Simulation vorzuziehen, ihre Ausbeutungswuth ein wenig zu zügeln vermöchten. Als geradezu verwerflich müssen wir aber das System der „Kontrollärzte“ bezeichnen. Diese Ärzte würden im direkten Dienst des Großunternehmens bald eine ähnliche Rolle spielen müssen, wie die Reibkammer im Dienste anderer Organe der Unfallversicherung. Man denke nur an die Rentengewerkschaften, deren Wirken den Arbeitern das bischen Sympathie, das für die Sozialgesetzgebung vorhanden sein möchte, schnell und gründlich verleidet hat. Die Ärzte sollten es ihrer unwürdig finden, sich zu der neuen, ihnen vom Großunternehmertum zugewiesenen Arbeit herzugeben.

Berliner Eheschließungen 1898. Im Jahre 1898 sind in Berlin 19580 Ehen geschlossen worden, davon im Januar 955, Februar 1120, März 1757, April 2728, Mai 1654, Juni 1164, Juli 1241, August 1068, September 1617, Oktober 3168, November 1526, Dezember 1530. In den Jahren 1894, 1895, 1896, 1897 waren hier 16820, 17238, 18642, 19329 Ehen geschlossen worden, macht 20,47, 20,76, 21,94, 22,28 Eheschließungen auf je 1000 Personen der durchschnittlichen Bevölkerung der betreffenden Jahre. (Dieselbe ist jedoch zu beachten, daß ein Theil der in Berlin Eheschließungen außerhalb wohnt und ein Theil der in Berlin Wohnenden außerhalb heirathet.) Im Jahre 1898 ist zwar die absolute Zahl der Eheschließungen weiter gestiegen, aber so wenig, daß sich relativ, bei Vergleichung mit der durchschnittlichen Bevölkerung, ein Rückgang ergibt. Die durchschnittliche Bevölkerungszahl für 1898 steht noch nicht genug fest, doch läßt sich bereits jetzt übersehen, daß die Zahl der Heirathenden in diesem Jahre noch unter 2,00 auf je 1000 Personen der durchschnittlichen Bevölkerung geblieben sein dürfte.

Ausbildung der militärischen Verhaftungen. Durch einen Erlaß des Kriegsministeriums ist für die Behandlung der durch militärische Posten und Patrouillen verhafteten (d. h. vorläufig festgenommenen) Personen eine neue Anordnung getroffen worden. Bisher wurden durch Posten verhaftete Militär- und Zivilpersonen ins Schilderhaus geführt und durch zwei von der Wache requirirte Leute mit aufgepflanztem Seitengewehr zur Wache gebracht. Von hier aus erfolgte der Transport von Zivilpersonen durch zwei Begleitleute zur nächsten Polizeiwache, während Militärpersonen mittels Drofskule dem Militärarrest zugeführt wurden. Die Patrouillen lieferten ihre Verhafteten ebenfalls ihrer Wache ab, von der dann mit ihnen in gleicher Weise verfahren wurde. Von jetzt ab gestalten sich die Transporte folgendermaßen: Hat ein Posten eine Verhaftung vorgenommen, so requirirt die von der Wache gesandte Abholungspatrouille eine Drofskule 2. Klasse und fährt mit dem Arrestanten zur Wache. Zivilpersonen werden dann mittels Drofskule dem nächsten Polizeirevier zugeführt, Militärpersonen ebenfalls mittels Drofskule ins Militärarrest transportirt. Patrouillen haben ebenso zu verfahren. Trifft es sich, daß eine Postenabteilung bei einem Posten einen Festgenommenen vorfindet, so wird das „Ablösen“ sofort unterbrochen, d. h. der aufführende Gefreite handelt im oben angeführten Sinne. Besteht die Ablösung infessen z. B. aus fünf Mann, so bestimmt der aufführende Gefreite zwei Leute zum Transporte des Verhafteten mittels Drofskule zur Wache. Durch diese neue Vorschrift werden die durch das Aufpflanzen der Seitengewehre hervorgerufenen oft unliebsamen Vorgänge beim Transport der Verhafteten in Fortfall kommen. Zum Bestreiten der Drofskule-Gehälter erhält jeder Wachtabende vor dem Aufziehen der Wache von seinem Kompagniefeldwebel 4 M. ausgezahlt, die im Richterwundensfalle auf der Wache zurückzuzahlen sind.

Ein schnellerer Betrieb auf der Wanneseebahn soll zufolge einer Forderung des Eisenbahnministers an das Wanneseebahn-Komitee vom nächsten Sommer ab eingeführt werden.

Die Koalskörbe. Schon früher ist auf die erheblichen Rückschläge und Gefahren hingewiesen worden, die durch die Benutzung von Koalskörben zum Zwecke der rascheren Ausförderung von Kohlen für die Gesundheit der Bauarbeiter herbeigeführt werden. Während der Winterzeit pflegen solche Koalskörbe auch vielfach zum Aufstauen eingetrockener Wasserleitungen und Abflüssen, sowie bei sonstigen Arbeiten benutzt zu werden. Es sind dabei mehrfach Unglücksfälle (Verwundungen, ja selbst Todesfälle) vorgekommen, die auf die den Koalskörben entströmenden giftigen Gase zurückzuführen sind. Das betheiligte Publikum wird deshalb abermals vom Polizeipräsidium auf die gesundheitlichen Gefahren der Verwendung von brennenden Koalskörben bei dem Aufstauen von Ködern oder sonstigen Arbeiten warnend aufmerksam gemacht. Bekanntlich konnten

die Körper das Unternehmertum nur durch häufige Ausstände veranlassen, auf Leben und Gesundheit ihrer Ausbeuteten einige Rücksicht zu nehmen.

Einem Stadtbrief gegen den flüchtigen Ingenieur Hermann Welter hat jetzt der Untersuchungsrichter bei dem Landgericht I entsprochen.

Aus der Gefangenenabtheilung der Charitee ist vorgestern Abend die 33 Jahre alte, aus Bromberg gebürtige Wittve Karoline Stefanski geb. Häbner aus der Manteuffelstr. 119 entwichen. Frau Stefanski hatte ein Verhältnis mit einem Maler Hoffmann, mit dem sie ein Jahr lang in der Manteuffelstraße zusammen wohnte. Da sie die Kriminalpolizei zu fürchten hatte, so verließ sie am 30. September vorigen Jahres und ließ die beiden Zwillingkinder, die aus dem Verhältnis mit Hoffmann hervorgegangen waren, hilflos zurück. Da auch der Vater sich nicht um die Verlorenen kümmerte, so brachte der Hausverwalter sie in das Waisenhaus. Frau Stefanski fand Unterkunft bei einer Freundin in der Manteuffelstraße. Zum Dank für ihre Gastfreundschaft stahl sie ihr gleich ein Sparloosenbuch. Als sie jedoch am 3. Oktober Geld darauf abheben wollte, wurde die Diebin festgenommen. Während der Verbüßung einer Gefängnißstrafe von sechs Monaten behauptete sie, daß sie unmittelbar vor einem „freudigen Ereigniß“ stehe, und wurde daher nach der Charitee gebracht. Diese Ueberfiedelung war jedoch nach dem Gutachten der Ärzte noch sehr verfrüht und die Gefangene sollte daher in das Gefängniß in der Barnimstraße zurückgebracht werden. Gestern Abend jedoch gelang es ihr, aus der Anstalt zu entkommen. Um sich nicht durch die Anstaltsleitung zu verrathen, hatte sie sich ein Tuch einer Geheime umgeschlagen.

Ein Möbelwagenbrand veranlaßte Somabend Vormittag in der Chausseestraße einen großen Menschenauflauf. Ein Arbeiter zog von Reinickendorf nach Birchow um und hatte seine ganze Habe auf einen zweispännigen offenen Möbelwagen des Fuhrherrn Otto aus der Steintierstr. 24 geladen. Den Boden des Wagens hatte er zur Schonung der Möbel mit Stroh bedeckt. Mitten zwischen den anderen Einrichtungsstücken stand ein Grube-Ofen, der nicht ganz geheizt worden war. Auf dem Wege durch die Chausseestraße gerieth der Wagen an der Invalidenstraße in Brand. Unter der Asche des Ofens hatte noch Feuer geblommen, das sich mit ihm im Freien, durch den Zugwind angefaßt, zunächst dem Stroh mittheilte. Der Wagenführer und der Eigentümer der Sachen sahen vorn auf dem Wagen und merkten den Ausbruch des Feuers nicht. Sie hielten erst vor dem Hause Chausseestraße 111 an, als das Publikum ihnen zurief. Nur hatte aber das Feuer schon stark um sich gegriffen. Leute aus den benachbarten Häusern trugen Wasser herbei und suchten den Brand zu löschen. Schließlich rief man auch noch die Feuerwehr. Als jedoch zwei Jäger aus der Tiedestraße ankamen, war das Feuer schon aus; die ganze Ladung war aber zerstört, so daß der Arbeiter durch den merkwürdigen Brand um sein ganzes Hab und Gut gekommen ist. Auch der Möbelwagen war schon angebrannt. Die Pferde, die man gleich ausgepannt hatte, kamen unverfehrt davon.

Den dritten Selbstmordversuch machte gestern Morgen der 30 Jahre alte Drofskulenführer Karl B. aus der Köpenickerstr. 192, der bei dem Fuhrherrn E. in der Gölperstraße fährt. Vor zwei Jahren zankte sich B. einmal auf dem Halleserplatz am Schleifstein Thor, lief im Kerger nach der Oberbaum-Brücke und stürzte sich in die Spree. Zwei Kollegen retteten ihn. Im vergangenen Sommer gerieth er zu Hause mit seiner Frau in Streit und erhängte sich mit einem Strick an einem Mörtelwagen, der auf dem Hofe stand. Nachbarn schnitten ihn noch rechtzeitig ab. Gestern Morgen spielte B. in einer Schaulustigkeits- und Laufspiel-Platz mit mehreren Kollegen Karten. Dabei war er so aufgeregt, daß die Mitspieler ihn vom Weiterspielen ausschloßen. Sofort erhob er sich, zog sein Taschmesser und stieß es sich mit den Worten „Heut ist mein letzter Tag“, in die linke Seite. Die Kollegen entrißen ihm nun das Messer und brachten ihn mit einer Drofskule nach Hause. Von hier lief ein Arzt ihn dem Krankenhaus Bethanien zuführen.

Feuerbericht. Ein Dachstuhlbrand rief die Wache Somabend früh 1 Uhr nach Landwehrstraße 31. Nur dem Umstande, daß der Löschzug aus der nahen Reibekstraße wenige Minuten nach Ausbruch des Feuers zur Stelle war, ist es zuzuschreiben, daß das zweistöckige Haus, eine alte Barade, nicht vollständig niederbrannte und die Hausbewohner in große Gefahr brachte. Kurz vorher ging Holzmarktstraße 67 ein Spind in einer Verkleidung in Flammen auf. Georgenkirchstraße 4 explodirte eine Tischlampe und verurteilte einen kleinen Zimmerbrand, während Belforierstraße 29 ein Posten Rohr im Keller eingeschert wurde. Nachmittags 2 Uhr mußte Schillingstraße 63 noch ein Zimmerbrand abgelöscht werden.

## Aus den Nachbarorten.

Zur Lokalliste. In Zeltow steht das Lokal von Heinrich Anthon der Arbeiterschaft zur Verfügung. Die Lokalkommission.

An die Parteigenossen von Groß-Lichterfelde. Der sozialdemokratische Agitationsverein für Groß-Lichterfelde-Zehlendorf hat sich in seiner letzten Versammlung einstimmig für die Vertheilung an den im März stattfindenden Gemeindevahlen in Groß-Lichterfelde ausgesprochen. Wir fordern die Parteigenossen auf, die Wählerlisten, die bis zum 30. Januar im Rathhaus Zimmer Nr. 8 ausliegen, einzusehen. Auf eine Anfrage beim Herrn Gemeindevorstand theilte derselbe mit, daß diese Einsichtnahme nur Wochentags von 8-3 Uhr stattfinden könne. Die Auffassung des Herrn Amtsvorstehers, daß die Listen Sonntags nicht zur Einsichtnahme auszuliegen brauchen, scheint jedoch eine irthümliche zu sein. Ein Antrag beim Landrathesamt um Interpretation der bezüglichen Vorschriften ist wegen der Kürze der Zeit nicht erfolgversprechend, um so weniger, als der Agitationsverein auf eine Beschlusse über den Amtsvorsteher v. Wilimowski in Zehlendorf vom Juli 1897 — also seit ein-einhalb Jahren — vergeblich auf einen Bescheid seitens des Herrn Landrathes wartet.

Die Parteigenossen müssen also während der kommenden Woche von der Einsichtnahme der Liste fleißig Gebrauch machen. Diejenigen, die davon absolut verhindert sind, wollen ihre vollständige Adresse bei den Genossen Wenzel, Landwehrstraße 61, und Plätrich, Lorenzstraße 67, für die Anhalter Seite und bei Gastwirt Pagel, Chausseestr. 104, für die Potsdamer Seite abgeben. Derselben werden die Einsichtnahme veranlassen. Wahlberechtigt ist jeder selbständige Gemeindegewerbetreibende, welcher 1. Angehöriger des Deutschen Reiches ist; 2. die bürgerlichen Ehrenrechte besitzt; 3. seit einem Jahre in dem Gemeindebezirk seinen Wohnsitz hat; 4. keine Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln empfängt; 5. die Gemeinde-Abgaben gezahlt hat und 6. . . . zur Staats-einkommensteuer veranlagt ist oder zu den Gemeinde-Abgaben nach einem Jahresertragnisse von mehr als 600 M. herangezogen wird. Als selbständig wird nach volldemem vierundzwanzigsten Lebensjahre jeder betrachtet, der einen eigenen Hausstand hat.

Armenunterstützung, die vor länger als sechs Monaten gegeben oder die zurückgezahlt wurde, ist kein Grund zur Entziehung des Wahlrechts.

Sobald die Zahl der zu wählenden Gemeindevorsteher bekannt ist, wird in einer öffentlichen Parteilversammlung die Nominierung der Kandidaten erfolgen.

Nieder-Schönhausen. Der nächste Les-Abend des Arbeiter-Bildungsvereins findet am Dienstag Abend 8 1/2 Uhr bei Sittelorn statt.

Wilmersdorf. Die am ersten Weihnachts-Feiertage vom Amtsvorsteher unterjagte Theater-Vorstellung, durch deren Anstiftung der Wirth Altingenberg sehr geschädigt wurde, findet am heutigen Sonntag statt. Der Einlaß ist schon 1/4 Uhr.

nicht, wie irrtümlich auf den Plakaten vermerkt ist, 1/25 Uhr. Um zahlreichem Besuch, schon aus angeführtem Grunde, bittet  
Der Vorstand.

**Wilmsdorf und Salensee.** Die Parteigenossen werden auf die morgigen Abend 8 Uhr im Volksgarten stattfindende Volksversammlung ganz besonders aufmerksam gemacht. Speziell der 3. Punkt der Tagesordnung (siehe auch Inserat in der heutigen „Vorwärts“-Nummer) „Beteiligung an den Kommunalwahlen“ dürfte großes Interesse beanspruchen. Zahlreichen Besuch sieht entgegen  
Der Vertrauensmann.

**Die Parteigenossen von Tempelhof, Mariendorf und Marienfelde** werden darauf aufmerksam gemacht, daß heute Nachmittag 3 Uhr im Lokale des Genossen F. Jubeil, Lindenstraße 106, eine Parteiverammlung stattfindet, in der Bericht über die Kreiskonferenz erfolgt und eine Besprechung der Lokalfrage und Stellungnahme zu derselben stattfinden soll. Da die Lokalfrage der wichtigste Punkt ist, der uns berührt, ist das Erscheinen aller Parteigenossen, auch aus dem zweiten Berliner Wahlkreise, notwendig. Nach Schluß der Versammlung findet gemütliches Beisammensein mit Tanz statt. Der Vertrauensmann.

**Niddorf.** Der Rektor Jenke von der hiesigen höheren Knaben-Schule hat an die Gemeindevorstellung ein Gesuch gerichtet, ihn für den Verlust zu entschädigen, der ihm aus der bevorstehenden Eröffnung der kommunalen Realschule voraussichtlich erwachsen dürfte. Der ausführlichen Begründung des Gesuchs ist folgendes zu entnehmen: Bei der Uebernahme des Instituts im Juli 1895 habe er nur 39 Schüler gehabt, je 171, die der öffentlichen Realschule zu gute kämen. Große Mühen und Opfer habe es gekostet, die Schule auf den jetzigen Stand zu bringen, und erst jetzt könne er daran denken, Verpflichtungen zu erfüllen, die er in den verflochtenen Jahren wegen der Schule habe eingehen müssen. Gewissen Einwürfen, die sich gegen eine Entschädigung erheben ließen, sei entgegen zu halten, daß er nach einem mit der Gemeinde geschlossenen Vertrage auf seine Konzeption verzichtet müsse, wenn die Gemeinde eine höhere Lehranstalt errichte. Auch habe er die Schule seiner Zeit nicht einfach gelassen, wie irgend ein Gewerbetreibender, sondern Gemeindevorstand und Schulvorstand hätten in einer gemeinschaftlichen Bekanntmachung in der „Pädagogischen Salzen-Zeitung“ die Schule öffentlich ausgeschrieben. Die Bewerber hätten sich vorstellen müssen und ihm, Jenke, sei dann vom Oberstudienrat amtlich mitgeteilt worden, daß die Wahl auf ihn gefallen sei. Das spreche für ein gewisses öffentliches Verhältnis zur Gemeinde. Wäre in der damaligen Bekanntmachung in der „Salzen-Zeitung“ mitgeteilt worden, daß die Schule schon sobald als öffentliche Realschule von der Gemeinde übernommen werden solle, dann hätte er das Unternehmen nicht gewagt, ohne sich durch ganz bestimmte Abmachungen für den Fall des Ueberganges der Schule auf die Gemeinde zu sichern. Herr Jenke verweist auf eine Reihe Beispiele aus verschiedenen Städten, wo in ähnlichen Fällen, wie dem seinen, die Inhaber von Privatschulen entschädigt wurden und spricht die Bitte aus, ihm wenigstens aus Billigkeitsgründen die Entschädigung nicht zu verweigern. Die Festsetzung ihrer Höhe überläßt er dem Wohlwollen der Gemeinde-Vorstellung.

**Witz.** Die hiesige Gemeindevorstellung beschäftigte sich in ihrer Sitzung vom 20. Januar mit der Einführung einer Kanalisation und mit der Wasser- und Abwasser-Verordnung des Ortes. Verschiedene Redner erörterten das Bedürfnis nach einer Kanalisation und einer Wasserleitungs-Anlage nicht an, indem sie geltend machten, die Brieger Verhältnisse ließen in gesundheitlicher Beziehung nichts zu wünschen übrig. Auf der anderen Seite wünschte man gerade aus Gesundheitsrückgründen die Einführung der projektirten Anlagen. Auch wurde betont, daß man bestrebt sein müsse, steuerkräftige Leute an den Ort zu fesseln. Mit 9 gegen 5 Stimmen erklärte man sich im Prinzip mit der Einführung einer Kanalisations- und Wasseranlage, nach dem System der Firma Erich, Mertens u. Komp., einverstanden. Eine Kommission wurde beauftragt, mit der Firma einen entsprechenden Vertrag abzuschließen. In den Vertrag soll jedoch aufgenommen werden, daß die Gemeinde Witz sich vorbehalten, den Ausbau der Kanalisation selbst zu besorgen. — Beschlossen wurde ferner, die Armenbezirke zu verkleinern und auf acht zu vermindern. Die Einrichtung einer Schuldeputation und das entsprechende Ortsstatut wurden genehmigt. Die Versammlung stimmte dann auch dem Antrage zu, den Gemeinde-Kassenrendanten Steffen auf Lebenszeit anzustellen. Das Gehalt beträgt jetzt 2300 M.; es soll innerhalb 20 Jahren auf 4000 M. steigen.

**Lichtenberg-Friedrichsberg.** Wie in vielen Orten, so zeigte auch bei uns die Gemeindevorstellung in ihrer letzten Sitzung, ein wie großes Verständnis und Interesse sie für die Bedürfnisse der arbeitenden Klasse entwickelt. Stand da unter anderem auch die Vermehrung der Schulklassen und Lehrkräfte auf der Tagesordnung. Die Schulinspektion schlug eine Vermehrung um 16 Lehrer vor; der Schulvorstand begnügte sich mit sieben, und einzelnen Vertretern war auch diese Zahl noch zu hoch; ja einer der Herren Schöffen meinte, er sei von der Nothwendigkeit der Vermehrung der Lehrkräfte um so weniger überzeugt, als ja nach einer Verfügung die Frequenz einer Klasse bis 80 Schüler betragen dürfe und dieselbe jetzt nur 50-60 aufweise.

Die Lehrer werden über diese Frage ganz anderer Ansicht sein, denn man denke — 80 Schüler! Wo bleibt da die individuelle Behandlung der einzelnen Kinder und welches Maß von Wissen wird da wohl verbracht werden können? Originell, wenn auch für die Gemeinde nicht angenehm, sind die Unzutruglichkeiten, die sich aus dem Patronatsrechte des Gutes Lichtenberg, resp. dessen jeweiligen Besitzers, ergeben, die Lehrer zu veranlassen. Ist da z. B. seit Kurzem ein Lehrer thätig, ohne daß man den Schulvorstand um dessen Anstellung befragt hat; der Patron hat ihn bestellt und die Gemeinde muß bezahlen. Um diesen Dingen ein Ende zu machen, soll der Klageweg beschritten werden, wie auch die Gemeinde die Gehaltszahlung für diesen Lehrer verweigert. Auch die Anstellung eines Schularztes stand auf der Tagesordnung. Man ließ abgelaufen mit dem Antrage; am Schluß aber hieß es, die Gemeinde dürfe sich zu solchen Experimenten nicht hergeben — die Kosten seien zu groß; und man wolle die Ergebnisse der anderen Gemeinden, die Schulärzte bereits angestellt haben, erst abwarten. Mit diesen leichten Worten wurde die Frage begraben. Auf wie lange ist das möglich? — Die Kontinental-Wasserversorgung nach Berlin kommt in letzter Zeit die Wasser-Verordnung der Gemeinde nicht völlig bewirkt. Laut Bekanntmachung des Gemeindevorstandes hat auf Grund eines vorläufig vollstreckbaren Urtheils die Gemeinde für Rechnung der genannten Gesellschaft nach Hinterlegung einer Kaution von 6000 M. den Betrieb übernommen.

**Zu der Schulgeld-Frage** ist der Magistrat von Charlottenburg zu dem Beschlusse gekommen, der Stadtverordnetenversammlung mitzutheilen, daß er dem Beschlusse zu Gunsten einer Schulgelderhöhung nicht beigetreten ist und die bisher an den städtischen höheren Lehranstalten geltenden Schulgeldsätze in den Etat eingestellt hat. Der Magistrat weist, wie die „Charlottenb. Zig.“ mittheilt, zur Begründung seines Beschlusses, der, falls die Stadtverordnetenmehrheit nicht nachgegeben sollte, die Einleitung eines Konflikts bedeutet, auf die große Minderheit der Stadtverordneten und auf die Stimmung in der Bürgerschaft, die sich gegen die geplante Steigerung des Schulgeldes ausgesprochen haben. Der Magistrat glaubt, daß, wenn er in dieser die Bürgerschaft seit einem Jahre in Spannung haltenden Angelegenheit Nachsichtigkeit an den Tag legte, ihm diese als Schwäche ausgelegt würde.

**Zu Spandau** sollen nach einer Bekanntmachung des evangelischen Gemeinde-Kirchenraths zum ersten Male Kirchensteuer erhoben werden; hierüber sind die Arbeiter, die kein Interesse an der gegenwärtig so eifrig geförderten Kirchenbauarbeit haben, in berechtigter Erregung gerathen und halten mit ihren Ansichten über die „Bedeutung“ der Kirche für die Arbeiterklasse nicht hinter dem Berge. Ein Massenaustritt aus der Landeskirche steht deshalb in Spandau zu erwarten. In Berlin zieht man es längerweise vor, die Ar-

beiter nicht erst durch Kirchensteuer noch mehr zu erregen; man zieht vielmehr davon ab, von denjenigen, die ein gewisses Einkommen nicht erreichen, überhaupt Kirchensteuer zu fordern.

**Auf dem Terrain des neuen Botanischen Gartens bei Steglitz** ist jetzt das Boden eines Sees hergestellt worden. Nach der Dablener Chaussee zu erheben sich langgestreckte „Gebirgsfalten“, auf denen sich nach ihrer Pflanzung mit Alpengewächsen aller Art eine reiche Flora entwickeln wird.

## Theater.

**Wochen-Spielplan der hiesigen Bühnen.** Opernhaus: Sonntag: „Der fliegende Holländer“. Montag: „Don Juan“. Dienstag: „Bajazzo“. Cavalleria rusticana. Mittwoch: „Rigoletto“. Donnerstag: „Bar und Zimmermann“. Freitag: Festvorstellung. Neu einstudirt: „Die weiße Dame“. Anfang 8 Uhr. Sonnabend: „Die Afritanerin“. Sonntag: „Die weiße Dame“. Montag: 7. Symphonie-Abend der königlichen Kapelle. Mittags 12 Uhr: Cessantische Hauptprobe. — Schauspielhaus. Sonntag: Lessing's Geburtsfeier. „Minna von Barnhelm“. Franziska: Frau Hedwig Niemann-Raabe als Gast. Montag: „Julius Caesar“. Dienstag: „Die Luftschiffahrt“. Mittwoch: „Julius Caesar“. Donnerstag: Neu einstudirt: „Prinz Friedrich von Homburg“. Freitag: „Prinz Friedrich von Homburg“. Sonnabend: „Julius Caesar“. Sonntag: „Auf der Sonnenseite“. Montag: „Zur Erinnerung an die erste Aufführung der „Piccolomini“ in Weimar vor 100 Jahren: „Wallenstein's Lager“. Die Piccolomini. Dienstag: „Wallenstein's Tod“. — Neues königl. Opern-Theater: Sonntag, den 22. Januar: „Auf der Sonnenseite“. Dienstag: Wohlthätigkeits-Vorstellung: „Rodome Sans Gêne“. Sonntag, den 23. Jan.: „Madame Sans Gêne“. (Catharine Häbber: Frau Niemann-Raabe, Napoleon I.: Herr Gust. Kober, als Kaiser.) Das Deutsche Theater bringt in der nächsten Woche Wiederholungen des neuen dramatischen Gedichtes „Die drei Reiterleben“ von Hermann Sudermann außer heute Abend noch am Montag, Mittwoch, Freitag und nächstfolgenden Sonntag Abend; Aufführungen von „Führmann Gensche“ finden am Dienstag und Sonnabend statt; am Donnerstag geht „Cyranus von Bergerac“ mit Josef Kainz in der Titelrolle in Szene. Als Nachmittags-Vorstellung ist für heute „Die verfluchte Glocke“ für nächstfolgenden Sonntag „Johannes“ angelegt. — Im Berliner Theater geht heute, in Dienstag, Donnerstag und nächsten Sonntag „Familie Jensen in Szene. Am Mittwoch und Sonnabend wird „Jaja“, am Montag „Der Vorrat von Reichfeld“, am Freitag „König Heinrich“ gegeben. Heute Nachmittag wird „Don Carlos“, nächsten Sonntag Nachmittag „Das Erb“ aufgeführt. — Die Erstaufführung von E. v. Wildenbruch's Tragödie „Gewitternacht“ ist für den 31. Januar, Wiederholungen derselben sind für den 1. und 2. Februar angelegt. — Im Schiller-Theater wird heute Nachmittag das Angenrührer (die Volkshilf) „Das vierte Gebot“, Abends die Selbsteinsprüche „Erläuterte Arbeit“ gegeben. Am Montag wird der Schwanz „Die Verbenie“, Donnerstag „Hannele's Dummheit“ und „Am Seid“, Freitag „Galemann's Töchter“ wiederholt. Am Dienstag findet die erste Aufführung von „Othello“, am Mittwoch und Sonnabend finden Wiederholungen dieser Vorstellung statt. Am Mittwoch Nachmittag wird eine Frei-Vorstellung veranstaltet, in welcher E. v. Wildenbruch's Schauspiel „Die Hausenker“ in Szene geht. Nächsten Sonntag Nachmittag wird Grillparzer's dramatisches Märchen „Der Traum ein Leben“ gegeben. — Im Bürgertheater des Rathhauses findet morgen ein Wald-Abend statt. — Der Spielplan des Theaters des Westens bringt in dieser Woche Wiederholungen der populärsten Opern und Gespiels. Am Montag geht „Die Jüdin“ mit Herrn R. Schlaffenberg a. G. am Freitag „Die Hugenotten“ mit Herrn Alfred Ritterhand als Gast in Szene. Am Donnerstag wird „André Chénier“ gegeben. Als Vorstellungen zu halben Kassapreisen gelangen am Sonnabend „Die lustigen Weiber“ zur Aufführung. Heute Nachmittag wird ebenfalls zu ermäßigten Preisen „Die Regimentsdame“, abends wird „Der Freischütz“ gegeben. — Im Vesting- Theater findet heute Abend die erste Vorstellung der drei Einakter von Ludwig Pauls und Max Dreier, „Die Jüdin“, „Unter blonden Hosen“, „Ein Ehrenhandel“ und „Liebes-Sträume“, statt. Wiederholungen von dieser Vorstellung sind für Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und nächsten Sonntag Abend angelegt. Am Montag und Freitag wird das Lustspiel „Im weißen Hölz“ aufgeführt, das am letztgenannten Tage das Jubiläum der 250. Aufführung feiert. Am Sonnabend erscheint zum ersten Male wieder neu einstudirt, der Schwanz von Oscar Hummelthal und Gustav Kadelburg „Hans Hudeleben“ auf dem Spielplan des Vesting-Theaters und gelangt am nächsten Sonntag Nachmittag zu ermäßigten Preisen noch einmal zur Aufführung, während heute Nachmittag „Herrn Vöns's Schauspiel „Rosa“ in Szene geht. — Im Neuen Theater ist der Spielplan der Woche folgendermaßen zusammengestellt: Heute und von Dienstag bis inkl. Freitag finden Wiederholungen von „Hofmuth“ statt. Am Montag geht als 21. Abonnements-Vorstellung das Schauspiel von Max Kremer „Der Sohn der Frau“ in Szene, welches am Sonnabend Abend wiederholt wird. Heute und am nächsten Sonntag Nachmittag finden zu halben Preisen Aufführungen von Stobber's Lustspiel „Die Barbaren“ statt. — Im Belle-Alliance-Theater geht S. Lee's Lustspiel „Der Schlagbaum“ heute, am Montag (Abonnement), Freitag (Abonnement) und Sonnabend nächster Woche in Szene; am Dienstag wird „Kabale und Liebe“, Mittwoch zum letzten Mal „Graf Waldemar“ (ermäßigte Preise) gegeben. Am Donnerstag geht zum ersten Mal Lindner's Trauerspiel „Die Blüthenzeit“ in Szene und wird am darauffolgenden Sonntag wiederholt. „Napoleon“ wird als Nachmittags-Vorstellung heute sowie am Freitag als Schiller-Vorstellung zu halben Kassapreisen wiederholt. — Das Repertoire des Residenz-Theaters werden in der Woche ausschließlich Wilson's Schwanz Der Schlafwogen-Kontrollen und das Lustspiel „Zum Einstudirt von Benno Jacobson beherrschen. — Als Nachmittags-Vorstellung geht heute und am nächsten Sonntag Halbe's Schauspiel „Jugend“ zu ermäßigten Preisen in Szene. — Im Thalia-Theater findet heute Abend die Erstaufführung von „Schiddebold's Engel“, Pöste mit Gesang in 4 Akten von B. Manns, statt. In der komischen Hauptrolle des Schiddebolds Friedrich Wilhelm Schiddebold gastirt Herr Emil Thomas, während außerdem in größeren Rollen die Damen Junfer-Schay, Förling, Sigl und Wüsch, die Herren Junfermann, Koffer und Wörllich beschäftigt sind. Die Vorstellung beginnt um 7 1/2 Uhr. — Das Krüsen-Theater bringt heute Abend noch eine Wiederholung des Volksstückes „Um's liebe Geld“ und heute Nachmittag zum ersten Male zu kleinen Preisen „Die beglückte Widerspännige“. Montag findet eine Vorstellung von „Die Räuber“ statt; Dienstag zum letzten Male „Um's liebe Geld“. — Apollo-Theater. Für das bevorstehende Gespiels von Poette Gullbert hat der Vorverkauf von Billetts an der Theaterkasse begonnen. — Im Ostend-Karl-Weiß-Theater gelangt heute als Nachmittags-Vorstellung „Pöcherbaum und Bettelbrot“ zum letzten Male zur Aufführung. — Abends geht „Der Brandstifter“ in Szene. — Im Olympia-Theater finden die Aufführungen des Berliner Ausstattungsstückes „Rene Teitel“ nur noch bis Ende des Monats statt. Am 1. Februar verandert sich die größte Bühne Berlins in ein Spezialitäten-Theater. Am heutigen Sonntag Nachmittag findet bereits die 25. Aufführung von „Dormrohden“ statt. — Repertoire der Urania: Im Theater wird täglich „Das Land der Fjorde“ aufgeführt. — Im Brial: Dienstag: Dr. G. Ray „Die Elemente der Lust“. Mittwoch: Professor Müller „Die Bakterien“. Donnerstag: Dr. Spies „Das Gleichgewicht der Flüssigkeiten“. Sonnabend: Frau Lucille Seier „Auf alten Wegen in Regio und Guatemala“.

## Geriichts-Beifung.

**Der Spandauer Brandstiftungsfall** beschäftigte gestern das Schwurgericht des Landgerichts II. Der 19jährige Arbeiter Karl Engel war der vorläufigen Brandstiftung beschuldigt und geständig. Der Angeklagte, der aus einem Dorfe im Kreise Ostprignitz stammt, genießt nicht des besten Rumunds. Er wird als böseartig und arbeitssüchtig geschildert, der mit diesen Eigenschaften eine auffallend niedrige Intelligenz verbindet. Nur hierdurch ist es erklärlich, daß er eine That beging, wodurch er gegen 50 Menschen dem Verbrünnungsstode aussetzte. Als die Spandauer Mauermeister durch den Mauerstreik in Verlegenheit gerieten, suchten sie sich nach deutsch-nationalem Unternehmervortrieb dadurch Ertrag zu verschaffen, daß sie eine Anzahl italienischer Mauerer kommen ließen. Um sie zu schämen, wurde ein vor dem Thore stehender leerer Schuppen als Schloß für die Italiener eingerichtet. Am Abende des 13. September v. J. kurz nach 10 Uhr, begab sich einer der Italiener aus dem Schuppen vor die Thür. Als er sich nach einigen Minuten wieder hinein begab, bemerkte er, daß ein Haufen Stroh, der unmittelbar neben dem Schuppen lag, lichterloh brannte. Die Flamme schlug zu einer der Luken hinein, die zum Zwecke der Ventilation angebracht waren. Der Italiener wachte seine schlafenden Mitstreifer, in wilder Hast stürzte Alles hinaus und keiner kam zu Schaden. Einige Besonnene rafften das brennende Stroh bei Seite und löschten das Feuer mittels einiger Eimer Wasser. Wäre das Feuer einige Minuten später entdeckt worden, hätte ein entsetzliches Unglück entsetzt werden können. Zweifellos

war, daß böswillige Brandstiftung vorlag, denn der erwähnte Italiener hatte einen Menschen von der Brandstelle dabonlaufen sehen. Mehrere Italiener wurden der Maken von Furcht ergriffen, daß sie, vielleicht auch aus Scham über die schimpfliche Rolle, die sie spielten, Spandau am folgenden Morgen verließen. Die Uebrigen stellten sich von nun ab Wachen aus. Der Verdacht der Thäterschaft lenkte sich auf den Angeklagten, weil er sich seit mehreren Nächten in der Nähe des Schuppens umhergetrieben hatte. Er legte auch bald ein Geständnis ab, daß er vor den Geschworenen wiederholte. Er spielte sich als Held auf und gab an, daß er in der Nähe des Schuppens habe nächtigen wollen. Da sei ihm plötzlich der Gedanke gekommen, den Schuppen anzuzünden, da durch den Streik und die Italiener nicht allein die Mauerer und Zimmerleute geschädigt würden, sondern auch er selbst in seiner Eigenschaft als — Arbeiter! Am Schuppen lag Stroh, etwa 1/2 Bunter, welches von den Schlafenden zusammengepackt und durch eine Luke nach außen geworfen worden war. Dieses Stroh habe er mit einem Streichhölzchen in Brand gesteckt und sei dann davon gelaufen. Aller dieser Vorgänge will der Angeklagte sich nur dunkel entsinnen, da er stark betrunken gewesen sei. Die Beweisnahme beschränkte sich auf die Vernehmung weniger Zeugen. Kriminalkommissar Wangelin, der den Thäter ermittelt hat, glaubte nicht, daß der Angeklagte Mitthäter gehabt habe, wie zuerst von der arbeitereindlichen Presse angenommen worden war. Der Angeklagte gehöre nicht der sozialdemokratischen Partei an. — Der Vater des Angeklagten, ein kleiner verklärter Mann, erklärte einfach und gleichmüthig, er habe seinen Sohn hinausgeschmissen, weil derselbe keine Lust zur Arbeit hatte.

Der Staatsanwalt schilderte die Ungeheuerlichkeit des Verbrechens, welches durch die schwerste Strafe zu ahnden sei.

Nach kurzer Verathung bejahen die Geschworenen die einzige Schuldfrage, worauf der Staatsanwalt gegen den Angeklagten eine Zuchthausstrafe von zehn Jahren, zehn Jahre Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht beantragte.

Das Urtheil lautete auf acht Jahre Zuchthaus, Ehrverlust und Polizeiaufsicht.

## Vermishtes.

**Der Wasserstand am gesamten Mittel- und Oberrhein** geht zurück. Aus dem Ruhrgebiet wird auch gemeldet, daß der Rhein langsam, die Ruhr rapide zurückgeht, so daß auch dort die Wiederaufnahme des gesunkenen Verkehrs beginnt. Umfangreiche Strohverladungen finden statt, da die Schifffahrt angesichts des hohen Wasserstandes auf längere Zeit hinaus bis Straßburg ausgedehnt werden kann.

**Aus Stockholm** berichtet man: Freitag Abend wüthete eine Feuersbrunst im Hotel „Continental“, das gegenwärtig umgebaut wird. Menschen sind, soweit bis jetzt bekannt ist, nicht zu Schaden gekommen; über die Entstehung des Feuers verlautet nichts.

**Streben des Regus nach europäischer Kultur.** Die Alexandriner Plätter — man weiß nicht, ob im Scherz oder im Ernst — aus Darrat melden, hat das Gelingen des Regus, das bisher ein glückliches war, in der letzten Zeit eine starke Trübung erlitten, und die Schuld daran trägt die ehemalige Pariser Ballerine Fräulein Wanda Deslys. Sie hatte erst vor Kurzem den Prinzen Heinrich von Orleans auf seiner Föhrungsdreise nach Abyssinien begleitet. In der abyssinischen Residenzstadt Adis-Abeba machte sie die Bekanntschaft eines dortigen Hofbeamten, und bald darauf erhielt sie die Einladung, vor dem Regus und seiner Gattin, der Königin Taitu, ihre Tanzfertigkeit zu zeigen. Trotz der Einsprache des Prinzen Heinrich nahm Fräulein Deslys die schmeichelhafte Einladung an. Ihre Schönheit und ihre Tanzkunst entzückten aber den Regus detart, daß er sie einlud, in seiner Residenzstadt zu bleiben, wo er ihr ein Haus anwies und sie mit Geschenken überhäufte. Dadurch kam es zu heftigen Auftritten zwischen dem Regus und seiner Gemahlin, die bald in der Residenz bekannt wurden. Um nun den ewigen Eifersuchtszügen seiner Gemahlin zu entgehen, unternahm Regus einen Kriegszug nach dem Norden, auf dem ihm Fräulein Deslys treue Gefolgshaft leistet und ihm hier und da auch die Kriegsföhren verschönt.

**Die Tuberkulose in New-York.** Der Spezialist für Lungenkrankheiten, Dr. Guerdar, welcher von der Regierung des Staates New-York damit beauftragt worden war, die Verbreitung der Tuberkulose in der Stadt New-York zu untersuchen, hat seinen Bericht eingereicht. Von 663 Häusern waren 248 mit Tuberkulose verseucht. In drei Jahren kamen in diesen Häusern 541 Fälle von Tuberkulose vor. In vielen Häusern trat die Krankheit in jedem von den drei Jahren auf. Dr. Guerdar's Rath ist, schlüssig mit der Seuche behaftete Häuser niederzureißen, um die Verbreitung der Krankheit zu verhindern. In der ganzen Stadt New-York hatten fast 23 pCt. aller Häuser Bewohner, welche an der Tuberkulose starben. Die Vorlesungen Dr. Guerdar's haben in New-York ungemessenes Aufsehen erregt.

## Witterungsübericht vom 21. Januar 1899, Morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer Höhe mm	Windrichtung	Wolkenart	Wetter	Temp. n. G. 6-8 U.	Stationen	Barometer Höhe mm	Windrichtung	Wolkenart	Wetter	Temp. n. G. 6-8 U.
Spandau	756	SW	5	Regen	6	Paparanda	756	—	—	bedekt	-23
Hamburg	753	SW	6	Regen	9	Petersburg	752	SW	2	bedekt	-11
Berlin	758	SW	3	bedekt	8	Got	739	SW	6	Regen	10
Wiesbaden	762	SW	2	bedekt	8	Aberdeen	737	SW	5	bedekt	6
München	766	—	3	Regel	2	Paris	760	S	4	h. bed.	7
Edin	767	—	—	Regel	3						

**Wetter-Prognose für Sonntag, den 22. Januar 1899.**  
Warm, zeitweise auffarend, vorwiegend trübe und regnerisch bei ziemlich frischen südwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

## Freie Volksbühne.

Heute Nachmittag 2 1/2 Uhr: IV. Abtheilung. **Wallenstein's Tod.**

Donnerstag, 26. Januar, abends 8 Uhr, in Cohn's Festhallen, Beuthstr. 20.

## General-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag: Frau Dr. J. Zudek: Der literarische Werth der von der „Freien Volksbühne“ aufgeführten Stücke. 2. Geschäfts- und Kassenbericht des Vorstandes und der Revisoren. 3. Wahl des Obmanns der Ordner der 6. Abtheilung.

Nur Mitglieder haben gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte Zutritt.

V. Abtheilung. Nächsten Sonntag: **Wallenstein's Tod.**

In Vorbereitung für die nächste Serie:

**In Behandlung.** Von Max Dreyer.

(Am 12., 19., 26. Februar, 5., 12. und 19. März.)

Da die Vorstellung der VI. Abtheilung bereits am 5. Februar (Wallenstein's Tod) stattfindet, können neue Mitglieder nur noch bei schleuniger Anmeldung in allen Zahlstellen aufgenommen werden.

Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

Ein Hausbuch, ein Klavbuch und 2 Organisationsbücher auf die Steinmetzen „Reich und Kalmelab“ sind am Sonnabend Abend im Säding (Treppe: Potsdamer Bahnhof) verlost worden. Der redliche Finder wird ersucht, sie Schöneberg, Sedanstraße 53 bei Reich, abzugeben.

Flagen, Gingsben, Uniaffachen zc. D. Heifrich, W., Steinmetzstr. 22.



Italienische Gefängnis-Barbarei.

Wir haben schon mehrfach Gelegenheit genommen, auf die barbarischen Zustände hinzuweisen, unter denen die wegen der Mai-Revolution von den Kriegsgewaltigen Verurtheilten in den Gefängnissen zu leiden haben.

Wir haben schon mehrfach Gelegenheit genommen, auf die barbarischen Zustände hinzuweisen, unter denen die wegen der Mai-Revolution von den Kriegsgewaltigen Verurtheilten in den Gefängnissen zu leiden haben.

zigeleht. Sofort wurden etwa 500 Wagnostkräftige nach dem benachbarten — weit gesunder gelegenen Fimalmarina — übergeführt; sie wurden erst durch 400 verurtheilte „Insurgenten“, darunter die Abgeordneten De Andreis, Turati, Lazzari — die Chefredakteure Romulus (Secolo), Ghiesi (Italia del Popolo) und Dr. Iscol, Davide Albertario (Osservatore Cattolico).

Die engen, kaum zwei Fuß breiten Fenster sperren dreifache Armide — auswendig noch durch enge Drahtgitter verdeckte Eisenträufen. Damit aber niemand etwas vom blauen Himmel sehen kann, sind draußen noch kolossale Holzverschlüsse angebracht.

für ein Thier nicht genügen würde. Außer einem aus verdorbenem Mehl nur halbgebakenen Kommissbrot, das inwendig sofort schimmelt erhält jeder täglich nur einmal eine warme, mit Gemüse-Abfällen verriebene Minestra (Suppe), ein wahrer Hohn auf Menschlichkeit und Hygiene.

Mit Recht hat der berühmte Arzt und Senator Prof. Porro in einem öffentlichen Protest darauf hingewiesen, daß selbst der Gesundheits bei dieser Kost und solcher unwürdigen Behandlung langsam zu Grunde gerichtet wird.

Die Amnestie erstreckt sich bekanntlich nur auf die mit geringeren Strafen Verurtheilten; die Regierung hat bisher den Wünschen des Volkes zu trotzen gewagt und läßt die besten Männer Italiens weiter in dem schrecklichen Bagno schmachten.

Glühwein, Johannisbeer-Wein, Cognac, Rum, Stonsdorfer. Eugen Neumann & Co., Berlin SW. 68. Neu eröffnet! Elsassersstrasse 19.

Möbel, Wohnungs-Einrichtungen auf Credit bei bescheidener Anzahlung und auf Jahre hinaus vertheilten Ratenzahlungen. Central-Möbel-Halle, Kommandantenstr. 51, Ecke Alexandrinenstrasse.

Metzner's Korbwaaren-Fabrik. Berlin, Andreasstr. 23, vis-à-vis dem Andreasplatz. II. Geschäft: Brunnenstr. 95, vis-à-vis Gumboldtstr.

Möbel auf Theilzahl. Oraniensstr. 181. Ein glänzender Erfolg. Auf der Eisbahn. hatte sich Fräulein F. M., in Charlottenburg wohnhaft, eine so starke Erkältung zugezogen, daß sie an Influenza erkrankte und in deren Folgen eine vollständige Lähmung der unteren Extremitäten eintrat.

J. Baer, Berlin N., [540] nur Gesundbrunnen 26, Badstraße 26, Ecke Prinzen-Allee, empfiehlt, wie bekannt, in reifster Ausführung und allerbilligsten Preisen Herren- u. Knaben-Garderobe.

J. Brünn, (Bahnhof Börse) Hackescher Markt 4. Nach beendetem Inventur gelangen größere Lagerbestände mehrer Teppiche, Gardinen! Portièren! Steppdecken! Tischdecken! zu sehr billigen Preisen zum Ausverkauf!!

Butter billiger. Feine Tafelbutter. Pfd. 100 Pf. Alfred Grünenthal, Neue Hofstr. 1, Köpnickestr. 3. Kinderwagen- u. Schlafmöbel-Bazar Baby. I. Invalidenstrasse 160, an der Brunnenstrasse.

Grosser Räumungs-Verkauf in allen Abtheilungen meines Warenhauses. Ich habe ganze Restbestände aller Warengattungen zurückgesetzt, die theilweise zur Hälfte des regulären Werthes verkauft werden. Warenhaus Max Aron, Rixdorf, Bergstr. 9.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

**Theater.**  
Sonntag, 22. Januar.  
Freie Volkshäuser. Friedrich-Wilhelm-Str. Theater: Wallenstein's Tod. 4. Vorstellung (braune Karten). Anfang Nachmittags 2 1/2 Uhr.  
Cyperhaus. Der fliegende Holländer. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Montag: Don Juan.  
Schauspielhaus. Minna von Barnhelm. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Montag: Julius Caesar.  
Neues Igl. Opern-Theater (Kroll). Auf der Sonnenseite. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Deutsches. Die drei Reiterfedern. Anfang 7 Uhr.  
Nachm. 2 1/2 Uhr: Die verbannte Gode.  
Montag: Die drei Reiterfedern.  
Festung. Die Bege. Unter blauen Seiten. Ein Ehrenhandel. Pöbelsträme. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Nachm. 3 Uhr: Nora.  
Montag: Im weißen Rösch.  
Deutscher. Familie Jensen. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Nachm. 2 1/2 Uhr: Don Carlos.  
Montag: Der Pfarrer von Kirchfeld.  
Residenz. Der Schlafwagen: Kontrakt. Vorher: Zum Einsiedler. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Nachm. 3 Uhr: Jugend.  
Montag: Der Schlafwagen: Kontrakt. Vorher: Der Einsiedler.  
Neues Hoftheater. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Nachm. 3 Uhr: Die Barbaren.  
Montag: Der Sohn der Frau.  
Metropol. Die kleinen Riesen. Hierauf: Die Engelsjäger. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Montag: Derselbe Vorstellung.  
Schiller. Ehrliche Arbeit. Anfang 8 Uhr.  
Nachm. 3 Uhr: Das vierte Gebot.  
Montag: Die Leibrente.  
Westen. Cavalleria rusticana. Vorher: Die vierzig Nothhelfer. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Nachm. 3 Uhr: Jar und Zimmermann.  
Montag: Die Jädin.  
Central. Die Puppe. Anf. 7 1/2 Uhr.  
Nachm. 3 Uhr: Der Vogelhändler.  
Montag: Die Puppe.  
Thalia. Schildebold's Engel. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Montag: Derselbe Vorstellung.  
Luisen. Um's liebe Geld. Anfang 8 Uhr.  
Nachm. 3 Uhr: Die bezähmte Widerspännige.  
Montag: Die Räuber.  
Velle-Miliane. Der Schlagbaum. Anfang 8 Uhr.  
Nachm. 3 Uhr: Popolone.  
Montag: Der Schlagbaum.  
Chend. Der Brandstifter. Anfang 8 Uhr.  
Nachm. 3 Uhr: Lorbeerbaum und Bettelstab.  
Montag: Der Brandstifter.  
Friedrich-Wilhelm-Str. Der Pfarrer von Kirchfeld. Anfang 8 Uhr.  
Montag: Onkel Tom's Hütte oder: Sklavenleben in Amerika.  
Alexanderplatz. Verbote Liebe. Anfang 8 Uhr.  
Nachm. 4 Uhr: Tischlein deck Dich, Klein' fried' Dich, Knüttel aus dem Sack.  
Montag: Verbote Liebe.  
Parodie. Genoveva, Pfalzgräfin am Rhein. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Urania. Taubenstrasse 48-49. Kaiserliche Vorstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr Vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: „Die Urzeit des Menschen“.  
Invalidenstrasse 57/62. Täglich Abends von 8-10 Uhr: Sternwarte, Operntelephon.  
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 7 Uhr.  
Feen-Palast-Theater. Anfang 7 Uhr.  
Passage-Panopticum. Spezialitäten-Vorstellung.

**Urania**  
Taubenstrasse 48/49.  
Im Theater:  
Das Land der Fjorde.  
Montag: Das Land der Fjorde.  
Invalidenstr. 57/62:  
Tägl. Sternwarte.  
Passage-Panopticum.  
Im Kaisersaal nur noch wenige Tage:  
Adrienne Gaston.  
Im Völkersaal stündlich:  
40 Krieger des Mahdi.

**Castan's Panopticum.**  
Die SIOUX-INDIANER sind da!  
Luisen-Theater  
34. Reichenbergerstrasse 34.  
Sonntag Nachm. 3 Uhr:  
Volks-Vorstellung zu kleinen Preisen.  
Die bezähmte Widerspännige.  
Lustspiel in 4 Akten von William Shakespears.  
Abends 8 Uhr:  
Auf vielseitiges Verlangen:  
Um's liebe Geld.  
Volksthum mit Gesang und Tanz in 4 Akten von Johannes Sinner.  
Musik von Fritz Krause.  
Morgen: Die Räuber.

**Metropol-Theater.**  
Behrenstr. 55/57. Dir. Rich. Schultz.  
Heute, Sonntag, zum 26. Male:  
Die kleinen Riesen.  
Operette in 3 Akten v. André Messager.  
Hierauf:  
Die Engelsjäger.  
Gr. Ballet in 14 Bildern von G. Regel und J. Sager.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Morgen, Montag und folgende Tage:  
Benefiz für Herrn Eduard Steinberger.  
(Derselbe Vorstellung.)

**Olympia-Theater**  
Karlstr. (Circus Ronz) Karlstr.  
Heute: Zwei große Vorstellungen.  
Nachmittags 3 1/2 Uhr:  
Dornröschen.  
Abends 8 Uhr:  
Mene Tekel.  
Sonntag, den 28. Januar:  
II. Gr. Maskenball.

**Schiller-Theater**  
(Wagner-Theater).  
Sonntag Nachm. 3 Uhr:  
Das vierte Gebot.  
Abends 8 Uhr:  
Ehrliche Arbeit.  
Montag 8 Uhr:  
Die Leibrente.  
Dienstag 8 Uhr:  
Zum 1. Male: Othello.

**Central-Theater**  
Direktion: José Feroney.  
Nachmittags 3 Uhr, zu halben Preisen:  
Der Vogelhändler.  
Operette in 3 Akten von Karl Heller.  
Abends 7 1/2 Uhr. Zum 16. Male:  
Die Puppe (La Poupée)  
Operette in 3 Akten und einem Vorspiel von Obermann und Sturges.  
Musik von Ed. Kuban.  
Die Puppen haben nach dem zweiten und dritten Bilde fast.  
Morgen und folgende Tage: Die Puppe (La Poupée).

**Thalia-Theater.**  
Dresdenerstr. 72/73.  
Gastspiel Emil Thomas  
Zum ersten Male:  
Schildebold's Engel.  
Sofe mit Gesang in 4 Akten von W. Marquardt. Musik von demselben Komplet von Alfred Bendler.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Morgen: Derselbe Vorstellung.

**Circus Renz-Riesen-Tunnel.**  
Direktion: J. M. Hott.  
Täglich: Grosses Konzert der Hauskapelle unter Leitung des Musikdirektors Herrn Otto Göbner und Grosse Spezialitäten-Vorstellung unter Begleitung des beliebigen Humorsisten Gustav Kluck.  
Das vollständig neue Januarprogramm. Anf. Wochen. 6 1/2 Uhr. Sonnt. 5 Uhr. Entree Wochen. 10 Pf., Sonnt. 30 Pf.

**Concerthaus**  
Leipzigerstr. No. 48.  
Täglich:  
Hoffmann's Quartett u. Humorsisten  
Zum Schluss:  
Heinrich Heine und Versprechen hinter'm Herd.  
Montag zum ersten Male:  
Guten Morgen Herr Fischer.

**Mähr's Theater**  
Craniestr. 24.  
Täglich Vorstellung.  
Täglich:  
„Unser Helgoland.“  
Otto Gregor a. G.  
Auftreten sämtlicher Spezialitäten.  
Sonntags 6 Uhr.  
Bonds haben Wochentags Gültigkeit.

**Quarg's Spezialitäten-Theater.**  
Grand Hôtel Alexanderplatz.  
Täglich:  
Cora Piloti's Hände u. Augen.  
Birkus. — Hedwig Günther. — Amanda und Hans Bellini. — The Mikograph etc.  
Anfang 8 Uhr. — Sonntags 7 Uhr.  
Avis! Die Fests- und Konzertsäle des Grand Hôtel Alexanderplatz sind unter vollkommenen Bedingungen zu Versammlungen, Privatfestlichkeiten zu vermieten.

**Reichshallen.**  
Stettiner Sänger  
(Wechsel. Pietro, Britton, Steidl, Krone, Stahl, Schneider und Schrader.)  
Zum Schluss (letzte Woche):  
Pepita vor Gericht.  
Ensemble von Wechsel.  
Anfang heute 7 Uhr. Entree 50 Pf. Nummerierter Balkon 75 Pf., Balkon-Logen 1 M., Orchesterlogen 1,50, Fremdenlogen 2 M.  
Tageskasse von 11-1 Uhr.  
Die Billets zu den nummerierten Sigen sind seit 8 Tage vorher zu haben.  
Morgen, Montag: Anfang 8 Uhr.  
Pepita vor Gericht.  
(Letzte Woche.)

**W. Noack's Theater**  
Brannenstr. 16.  
Heute, Sonntag, den 22. Januar:  
Mensch ärgere Dich nicht  
oder  
Zimmer gemütlich.  
Orig.-Poffe mit Gesang in 3 Akten von G. Cent. Musik von Han.  
Nach der Vorstellung: Tanzkränzchen.  
Montag:  
Die Waise aus Toiwod.

**Feen-Palast-Theater**  
Burgstr. 22. Burgstr. 22.  
Biederkeitzen der beliebigen Courette Helons Voss.  
Neu! Der Helbenten Schmidt.  
Im 8 1/2 Uhr:  
Gr. Vahersola: Rich. Winkler und Wilhelm Fröbel in der unverwundlichen Poffe.  
Endlich zu Zweien.  
Kollossaler Beifallsjubiläum!  
Fred Dewey, Gebr. Klessly, Gebr. Vero, Louise v. Dolffs, Alexandro Michaelalno, Musik.  
Gesang u. Tanz-Gesellschaft.  
Anfang 7 1/2, Sonntags 6 Uhr.  
Borverkauft! Born. v. 11-1 Uhr.

**Apollo-Theater.**  
Direktion E. Waldmann.  
Carola  
Débriège  
Alexia  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Sonntag, den 4. Februar 1899:  
Yvette Guilbert.  
Billet-Vorverkauf ab Montag, den 23. Januar.

**Circus Busch**  
Sonntag, den 22. Januar 1899:  
2 gr. brillante Vorstellungen.  
Nachmittags 4 Uhr:  
Gr. humorist. Vorstellung.  
(Neben Erwachsene kann 1 Kind unter 10 Jahren einbringen. Weitere Kinder zahlen auf allen Plätzen die Hälfte.)  
Großes Amateur-Konkurrenzspiel.  
(Wer dreimal richtig die Wodage anzeigt, erhält eine Prämie von 50 Pf.)  
Direktor Busch mit seinen Freizeitspielern.  
Auftreten d. Wigel-Klown Daniels als Professor der Magie. Klown Boganowsky mit seinem Rixdorfer. Auftreten der Gilti-Klownen-Truppe Relampagos.  
Abends 7 1/2 Uhr:  
PERSIEN.  
Besonders hervorzuheben: Ritt über die hundert Fuss hohe Burgmauer.  
Morgen 7 1/2 Uhr: Persien.

**Volks-Theater**  
im Welt-Restaurant  
Dresdener-Strasse 97.  
Dir.: A. Kollg. Art. Leiter: A. Runge  
Täglich:  
Große Gala-Spezialitäten- und Theater-Vorstellung.  
Neu! Schützenbrüder. Neu!  
Poffe mit Gesang von Fritz Waldau.  
Musik von Zehle.  
Stille Liebe mit Hindernissen.  
Origin.-Poffe mit Gesang v. Wylins.  
Sensationell! Sensationell!  
Klown Bobby  
mit seinen wunderbar dreif. Händen.  
Sonntags 6 Uhr. Ende 11 Uhr.  
Anfang: Wochen. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.

**Moabiter Gesellschaftshaus.**  
Alt-Moabit 80-81.  
Jeden Mittwoch:  
humoristische Soirée  
Nippel's Stettiner  
Quartett- und Humorsiten-Ensemble mit wechselndem.  
hochinteressantem, urkom. Programm!  
Nachher: Soirée-Tanzkränzchen.  
Entree im Borverkauf 20 Pf., Ref. 40 Pf., Kaffe 30 Pf., Ref. 50 Pf.  
Passé-partouts haben Gültigkeit.  
Jeden Sonntag nur Ball.  
Die Direktion.  
Imbs' Festsäle,  
Hilberdorferstr. 71, am Rixdorfer Platz.  
Heute Sonntag, den 22. Januar,  
Norddeutsche Sänger.  
Hrn. Gäme, Cahndien, Zimmermann, Stangenberg u. f. w.  
Während der Pausen und nachher Ball.  
1815

**Moabiter Klubhaus**  
Benselstr. 9.  
Empfehle meinen großen Saal, Vereinszimmer f. 20-80 Personen, Restauration. Mittags- u. Abendlich.  
Jeden Sonntag: Grosser Ball.  
555L\* Carl Fischer.  
Moabiter Spreehallen  
Kirchstr. 27.  
Empfehle meinen Saal. — Jeden Sonntag Tanz.  
Einige Sonnabende noch frei.  
R. Hube.  
H. Krieger's Festsäle  
Wasserthorstr. 68.  
Empfehle meinen Saal Vereinen und Gesellschaften zu Versammlungen u. Festlichkeiten. — Jeden Sonntag, Dienstag u. Sonnabend öffentl. Tanz.  
Einige Sonnabende noch zu vergeben.

**Johannisthal!**  
Park-Restaurant!  
Jeden Sonntag: Gr. Ball unter Leitung des Tanzlehrers Herrn Otto Wildauer.  
Abonnement für Herren 50 Pf. Damen frei. 531L\*  
Die Kaffeekege ist v. 2 Uhr ab geöffnet. Zwei Regelmässigen Vereinen erhalten Extra-Preise.  
Wwe. Elise Rau.

**Gr. Frühstücks-, Mittags- und Abendlich.**  
\* Liebesheim, Mariannenstr. 48.  
Empfehle meine Restauration und 2 Vereinszimmer mit Piano für Zahlreiche und Vereine.  
Ernst Lier,  
546L\* Alte Jakobstr. 119.

**Urania**  
Wrangelstrasse 10/11.  
Jeden Sonntag: Grosser Ball.  
Anf. 4 Uhr. Siehe Anschlagtafel.  
Empfehle mein Lokal zu Festlichkeiten und Versammlungen.

**Graumann's Festsäle**  
(früher Ronz)  
Nauynstrasse 27.  
Empfehle meine Säle, 900 Personen fassend, zu allen Festlichkeiten und Versammlungen. Einige Sonnabende sind noch an Vereine zu vergeben. Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag: Grosser Ball! 534L\*

**Gesellschaftshaus**  
Zwinnmünderstr. 42.  
Jeden Sonntag: Ball und Theater-Vorstellung. 536L\*

**Dr. Lehmich,**  
Spezialarzt f. Haut u. Hautkr.,  
Belagelwunde und Lupus.  
An der Stadtbahn 24,  
(am Bahnhof Alexanderplatz).  
Sprechst. 9-12 und 3-6.  
Freitags keine. 542L\*  
Poliklinik: Montag } 9-10 1/2  
Donnerstag }

**Spezialärztl. Institut**  
Dr. B. Lasker  
42 Alexanderstr. 42  
(am Alexanderplatz).  
Spez. operationsloses Heil-Verfahren ohne Berufsprüfung für  
Weinleiden.  
Erprobte Methoden bei Nichten, Lupus und anderen. 544L\*  
Hautleiden.  
Tägl. 9-12, 3-6. Freitag und Sonntag 9-12.

**Zentralverband der Maurer Deutschlands**  
Zahlstelle Berlin I (Putzer).  
Sonntag, den 28. Januar, in der Brauerei Friedrichshain (früher Lipp's): 134/3  
Grosser Wiener Masken-Ball.  
Hierzu ladet freundlich ein  
Billets sind beim Vorstand und sämtlichen Komiteemitgliedern zu haben.  
Verband der Sattler und Tapezierer  
(Filialen Berlins).  
Sonntag, den 28. Januar 1899, in Cohn's Festsälen, Beuthstrasse 19:  
Grosser Wiener Maskenball.  
Anfang 9 Uhr. Entree 50 Pfennige.  
Billets sind zu haben bei J. Rosenthal, Wilmersdorfer 35, v. 4 Tr.; G. Pfeffer, Teltowerstr. 45, v. 3 Tr.; H. Jenike, Goldschmidtstr. 36, v. 2 Tr.; W. Tuschke, Vangerstr. 103, v. 3 Tr. 156/12  
Das Komitee. J. K. J. Rosenthal.

**Louis Keller's Festsäle.**  
Koppenstrasse 29.  
Grösstes u. schönstes Etablissement der Residenz.  
Heute, Sonntag:  
Grosse Spezialitäten-Vorstellung  
Konzert mit darauf folgendem Ball.  
Entree 30 Pf. 2 Orchester. Anfang 5 1/2 Uhr. 675L\* Louis Keller.

**Berolina-Festsäle, Schönhauser Allee 28**  
(Gut Wörtherstrasse).  
Inh.: Gustav Brochnow.  
Große und kleine Säle für Vereine und Versammlungen.  
Vereinszimmer. 2 Regelmässigen noch zu vergeben. 429L\*

**Märkischer Hof, Admiral-Strasse 18 c.**  
Jed. Sonntag: Grosser Fest-Ball.  
Große Orchester-Musik. Anfang 4 Uhr. Empfehlung meine Säle zu Hochzeiten, Versammlungen und allen Festlichkeiten. Die Restaurationsräume stehen den geehrten Familien Sonntag's zur Verfügung. 645L\*  
Ein Saal ist noch Sonnabend und Sonntag zu vergeben.

**Apollo-Saal, Sebastianstrasse Nr. 39,**  
an der Alten Jakobstrasse.  
Jeden Sonntag, Montag, Donnerstag und Sonnabend: Ball. Einige Sonnabende noch an Vereine zu vergeben. 598L\* Otto Spiegelberg.

**Vereinsbrauerei-Ausschank Rixdorf**  
Herrlicher Garten und große Säle.  
Mittwoch und Sonntag:  
Gr. Proi-Konzert.  
Vorzügliche Küche, Wirtshauskaffee, Schilfhand, Regelmässigen u. sonstige diverse Belustigungen.  
Kaffeekege von 2 Uhr ab geöffnet.  
Verkehr vom Montag bis für 10 Pf. bis zur Brauerei.  
Etablissement Süd-Ost, Waldemarstr. 75.  
Säle zu Festlichkeiten und Versammlungen. 494L\*  
Jeden Sonntag: Grosser Ball. H. Brüder.  
NB. Am 1. Osterfesttag ist der Saal zu vergeben.

**Karol Weil's Seifenextrakt**  
macht Waschartag zum Feiertag.

**Lehrung! Elektrotechnische Lehranstalt**  
„Elektra“ (G. m. b. H.), Prinzenstr. 55, I.  
Beliebteste Anstalt Berlins. Wissenschaftliches Institut I. Ranges.  
Am 3. Februar er. beginnt in untern tageshell erteilten Vorträgen ein  
Neuer Abendkursus  
für Herren aller Berufsweige zur Ausbildung von Elektromonteur, Installateuren, Werkmeistern, Maschinen- und Zeichnern. Abends 8 Uhr 2 x 2 Stunden wöchentlich. Inneweise nach eigenem System angewandte Lehrmethode ermöglicht es selbst jedem Laien, dem Unterricht leicht und schnell zu folgen. Beweis: Bei der letzten Schulprüfung bestand von den Grammatikanten 50 pSt. Arbeiter diese Prüfung. Von diesen erhielten eine größere Anzahl auf unsere Empfehlung und Zeugnisse sofort  
Stellung  
bei den größten elektrotechnischen Etablissements.  
Die praktische Ausbildung erfolgt auf Wunsch im Anschluss an die theoretische in unseren Werkstätten auf dem Gesamtgebiete der elektrischen Installation und Montage. Jeder kann selbst mitarbeiten. Der Bedürfnis der Arbeit aus drei akademisch gebildeten Elektro-Ingenieuren, Absolventen der Hochschule, und einem Werkmeister.  
Anmeldungen zu jeder Tageszeit, auch Sonntag, im Bureau der „Elektra“, Prinzenstr. 55, I.  
Man vermeide Verwechslungen und verlange Prospekt (mit Stundenplan) gratis!!!  
Telephon Amt IVa 6006.

**Rohtabak! Emil Berstorff**  
Brunnenstr. 182 — Koppenstr. 9  
und Taltorferstr. 129. 559L\*

**Rohtabak**  
Grösste Auswahl! Billigste Preise!  
Unter Brand! Bestmögliche Qualität!  
Sämtliche  
Fabrikations-Unterarten.  
(Neue Formen, sehr gr. Ausw.) Man verlange Preis-Verzeichniss.  
538L\*  
Heinrich Franck,  
Nr. 185, Brunnenstr. Nr. 185.

**Rohtabak**  
en gros.  
Zeun & Ellrich 670L\*  
jocht Brunnenstrasse 151.

**Rohtabak**  
en détail.  
Zeun & Ellrich 670L\*  
jocht Brunnenstrasse 151.

**Rohtabak**  
en gros.  
Zeun & Ellrich 670L\*  
jocht Brunnenstrasse 151.

**Rohtabak**  
en détail.  
Zeun & Ellrich 670L\*  
jocht Brunnenstrasse 151.

**Rohtabak**  
en gros.  
Zeun & Ellrich 670L\*  
jocht Brunnenstrasse 151.

**Rohtabak**  
en détail.  
Zeun & Ellrich 670L\*  
jocht Brunnenstrasse 151.

**Rohtabak**  
en gros.  
Zeun & Ellrich 670L\*  
jocht Brunnenstrasse 151.

**Rohtabak**  
en détail.  
Zeun & Ellrich 670L\*  
jocht Brunnenstrasse 151.

**Rohtabak**  
en gros.  
Zeun & Ellrich 670L\*  
jocht Brunnenstrasse 151.

**Rohtabak**  
en détail.  
Zeun & Ellrich 670L\*  
jocht Brunnenstrasse 151.

**Asthma.**  
Die Heilkräft des Vogt's Brombeerswein ist erprobt bei Lungenerkrankungen, Bronchialkatarrh, Schilddrüsen, Verdrickung, Influenza, Gr. faltung u. Salsafolien. Preis per Hl. 1 M. Fabrikant Dr. Vogt, Brunnenstr. 157. 523L\*  
Künstl. Zähne 2 M. an vorzügl. 1910er Garantie. Stomden 1,50 an. Zahnarzt Johann Jochen. Coldstr. Craniestr. 123

**Asthma.**  
Die Heilkräft des Vogt's Brombeerswein ist erprobt bei Lungenerkrankungen, Bronchialkatarrh, Schilddrüsen, Verdrickung, Influenza, Gr. faltung u. Salsafolien. Preis per Hl. 1 M. Fabrikant Dr. Vogt, Brunnenstr. 157. 523L\*  
Künstl. Zähne 2 M. an vorzügl. 1910er Garantie. Stomden 1,50 an. Zahnarzt Johann Jochen. Coldstr. Craniestr. 123

**Asthma.**  
Die Heilkräft des Vogt's Brombeerswein ist erprobt bei Lungenerkrankungen, Bronchialkatarrh, Schilddrüsen, Verdrickung, Influenza, Gr. faltung u. Salsafolien. Preis per Hl. 1 M. Fabrikant Dr. Vogt, Brunnenstr. 157. 523L\*  
Künstl. Zähne 2 M. an vorzügl. 1910er Garantie. Stomden 1,50 an. Zahnarzt Johann Jochen. Coldstr. Craniestr. 123

**Asthma.**  
Die Heilkräft des Vogt's Brombeerswein ist erprobt bei Lungenerkrankungen, Bronchialkatarrh, Schilddrüsen, Verdrickung, Influenza, Gr. faltung u. Salsafolien. Preis per Hl. 1 M. Fabrikant Dr. Vogt, Brunnenstr. 157. 523L\*  
Künstl. Zähne 2 M. an vorzügl. 1910er Garantie. Stomden 1,50 an. Zahnarzt Johann Jochen. Coldstr. Craniestr. 123

**Asthma.**  
Die Heilkräft des Vogt's Brombeerswein ist erprobt bei Lungenerkrankungen, Bronchialkatarrh, Schilddrüsen, Verdrickung, Influenza, Gr. faltung u. Salsafolien. Preis per Hl. 1 M. Fabrikant Dr. Vogt, Brunnenstr. 157. 523L\*  
Künstl. Zähne 2 M. an vorzügl. 1910er Garantie. Stomden 1,50 an. Zahnarzt Johann Jochen. Coldstr. Craniestr. 123

**Asthma.**  
Die Heilkräft des Vogt's Brombeerswein ist erprobt bei Lungenerkrankungen, Bronchialkatarrh, Schilddrüsen, Verdrickung, Influenza, Gr. faltung u. Salsafolien. Preis per Hl. 1 M. Fabrikant Dr. Vogt, Brunnenstr. 157. 523L\*  
Künstl. Zähne 2 M. an vorzügl. 1910er Garantie. Stomden 1,50 an. Zahnarzt Johann Jochen. Coldstr. Craniestr. 123

**Asthma.**  
Die Heilkräft des Vogt's Brombeerswein ist erprobt bei Lungenerkrankungen, Bronchialkatarrh, Schilddrüsen, Verdrickung, Influenza, Gr. faltung u. Salsafolien. Preis per Hl. 1 M. Fabrikant Dr. Vogt, Brunnenstr. 157. 523L\*  
Künstl. Zähne 2 M. an vorzügl. 1910er Garantie. Stomden 1,50 an. Zahnarzt Johann Jochen. Coldstr. Craniestr. 123

**Asthma.**  
Die Heilkräft des Vogt's Brombeerswein ist erprobt bei Lungenerkrankungen, Bronchialkatarrh, Schilddrüsen, Verdrickung, Influenza, Gr. faltung u. Salsafolien. Preis per Hl. 1 M. Fabrikant Dr. Vogt, Brunnenstr. 157. 523L\*  
Künstl. Zähne 2 M. an vorzügl. 1910er Garantie. Stomden 1,50 an. Zahnarzt Johann Jochen. Coldstr. Craniestr. 123

**Asthma.**  
Die Heilkräft des Vogt's Brombeerswein ist erprobt bei Lungenerkrankungen, Bronchialkatarrh, Schilddrüsen, Verdrickung, Influenza, Gr. faltung u. Salsafolien. Preis per Hl. 1 M. Fabrikant Dr. Vogt, Brunnenstr. 157. 523L\*  
Künstl. Zähne 2 M. an vorzügl. 1910er Garantie. Stomden 1,50 an. Zahnarzt Johann Jochen. Coldstr. Craniestr. 123

**Asthma.**  
Die Heilkräft des Vogt's Brombeerswein ist erprobt bei Lungenerkrankungen, Bronchialkatarrh, Schilddrüsen, Verdrickung, Influenza, Gr. faltung u. Salsafolien. Preis per Hl. 1 M. Fabrikant Dr. Vogt, Brunnenstr. 157. 523L\*  
Künstl. Zähne 2 M. an vorzügl. 1910er Garantie. Stomden 1,50 an. Zahnarzt Johann Jochen. Coldstr. Craniestr. 123

# An alle Schichten der Bevölkerung Berlins!

Sonntag, den 22. Januar,

Vormittags präz. 12 Uhr:

## Öffentliche Volksversammlung

in Keller's Festsälen, Koppenstr. 29.

L.-D.: Der Ausfall der Buchdrucker im „Berliner Lokal-Anzeiger“ und der Terrorismus des Herrn August Scherl.

Zu dieser Versammlung ladet namentlich die Leser des „Berliner Lokal-Anzeiger“ sowie die noch in der Buchdruckerei des Herrn August Scherl thätigen Setzer, Maschinenmeister, Stereotypenre, Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen ein

Der Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission.

R. Hillarg, Sekretär.

### Orts-Krankenkasse

für das

### Buchdruckergewerbe zu Berlin.

Auf Grund des § 62 des Kassengesetzes teilen wir mit, daß der Vorstand in seiner Sitzung vom 3. d. M. sich folgendermaßen konstituiert hat: Vorsitzender: Herr Gustav Günther, Weißbühlstr. 8. Stellvertreter: Herr Buchdrucker-Besitzer W. Röwer, Elbasserstr. 5. Schriftführer: Herr Robert Thiele, Kolbergerstr. 23. Kassenträger: Herr Albert Rietdorf, Quittenstr. 41. Kassenträgerinnen: Herr Ernst Tübbocks, Oberbergerstr. 27, und Herr Rich. Schürlein, Reichenbergerstr. 20. Schriftführer: Herr Buchdrucker-Besitzer Carl Langenscheidt, Gassestr. 17. Herr Buchdrucker-Besitzer Arthur Scholem, Köpferstr. 3, und Fräulein Clara Bion, Montanestr. 100.

Der Vorstand.

Gustav Günther, Vorsitzender. Robert Thiele, Schriftführer.

### Deutscher Holzarbeiter-Verband

Achtung! Drechsler. Achtung!

Dienstag, den 24. Januar, Abends 8 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstraße 27 c.

Vertrauensmänner-Versammlung für sämtliche Bezirke.

Tages-Ordnung:

1. Die Einführung der Zwangs-Annung. 2. Diskussion. 3. Branchen-Angelegenheiten. 4. Verschiedenes. Jede Werkstatt muß vertreten sein.

### Branden-Versammlung der Korbmacher

am Montag, den 23. Januar, Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Wilke, Andreasstraße 26.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kollegen Mohs über: „Die Zwangs-Annung in unserem Gewerbe.“ 2. Diskussion. 3. Branchen-Angelegenheiten. 4. Verschiedenes. 5. Fragekasten. — Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen der Kollegen wird gebeten.

### Parkettbodenleger!

### Große öffentl. Versammlung

Dienstag, den 24. Januar 1899, Abends 8 Uhr, bei Jubel, Lindenstr. 106.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Kollegen, erscheint alle Mann! Der Einberufer.

### Achtung! Maurer. Achtung!

Dienstag, 24. Januar, Abends 8 Uhr, im Lokal Stechert (früher Jock), Andreasstr. 21:

### Große öffentliche Versammlung

der Maurer Berlins und Umgegend (Vertrauensmänner-Zentralisation).

Tages-Ordnung:

1. Sozialpolitische Fragen unserer Zeit. Referent: Reichstags-Abgeordneter Seiffert (Amdam). 2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches.

### Achtung! Putzer. Achtung!

Mittwoch, den 25. Januar, abends 6 Uhr, in Cohn's Festsälen (großer Saal), Deutschstraße 20-21:

### Öffentl. Versammlung

der Putzer Berlins und Umgegend.

Tages-Ordnung: 1. Wie soll sich in diesem Jahre unsere Bewegung gestalten und wie führen wir unsere Organisation? Referent: Kollege August Dähne. 2. Wahl eines Delegierten zum Bundeskongress. 3. Verschiedenes. Der wichtigen Tagesordnung wegen ersuchen wir sämtliche Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Die Lohnkommission.

### Quartals-Versammlungen

### des Verbandes der Tapezierer

und Berufsgenossen (Filiale Berlin)

am Dienstag, den 24. Januar, Abends 8 1/2 Uhr:

Filiale Süd bei Jubel, Lindenstraße 106.

Tages-Ordnung: 1. Bericht der Ortsverwaltung. 2. Diskussion. 3. Neuwahl der Ortsverwaltung. 4. Vereinsangelegenheiten.

Filiale Nord bei Gröndel, Brannenstraße 187.

Tages-Ordnung: 1. Bericht der Ortsverwaltung. 2. Diskussion. 3. Neuwahl der Ortsverwaltung. 4. Vereinsangelegenheiten.

Der Vorstand.

Wegen der außerordentlichen Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen aller Mitglieder unbedingt notwendig.

### Lichtenberg-Friedrichsberg.

Dienstag, den 24. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, im Saale des Herrn E. Höllich (Schwarzer Adler), Frankfurter Chaussee 120:

### Volksversammlung.

Tages-Ordnung: 1. Die politische Lage. Referent: Genosse Richard Fischer. 2. Diskussion.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vertrauensmann.

Der große Saal mit Bühne ist am Palm-Sonntag noch an Vereine zu vergeben.

Schnegelsberg's Festsäle, Hajenhaide 21.

### Allgemeine Ortskrankenkasse

gewerblicher

Arbeiter und Arbeiterinnen.

Die für die Wahlperiode 1898 und 1899 gewählten Delegierten der Arbeiter werden hierdurch zu einer

### Ausserordentlichen

### General-Versammlung

am Montag, den 30. Januar 1899, Abends 8 Uhr, im Lokale von Schneider, Drankstr. 36, ergebenst eingeladen.

Tages-Ordnung: Wahl von zwei Vorstandsmitgliedern auf zwei Jahre (für 1899-1900) aus der Zahl der Arbeitgeber.

(Es werden aus den Herren Göge und Klüfentreu.)

Die Wahl ist von der Aufsichtsbehörde angeordnet worden.

Berlin, den 20. Januar 1899. Der Vorstand.

H. Köbe, Vorsitzender.

### Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler zc.

(Central-Verwaltung Berlin A.)

Montag, den 23. Januar, Abends 8 Uhr:

### Mitglieder-Versammlung

im Lokale des Hrn. Koll, Adalbertstr. 21.

Tages-Ordnung: 1. Kassensbericht vom 4. Quartal 1898. 2. Verschiedene wichtige Rollen-Angelegenheiten.

Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht

181/2 Die Ortsverwaltung.

### Orts-Krankenkasse

der Pojamentiere, Seiler, Seidenknops- u. Bandmacher.

Die großjährigen Mitglieder und die Arbeitgeber, welche Beiträge aus eigenen Mitteln zur Kasse zahlen, werden hiermit zu einer Versammlung eingeladen.

Diese Versammlung findet am Dienstag, den 31. Januar cr., Abends 8 Uhr, Annesstr. 16, im Restaurant statt.

L.-D.: Wahl der Vertreter zur General-Versammlung.

Rur besondere Beachtung: Die Versammlung beginnt mit einem Vortrage des Herrn Dr. Feld über: „Die Vorgänge der Ernährung im menschlichen Organismus.“

Der Vorstand.

J. H.: Leonard Winden, Vorsitzender, Alexandrinenstraße 32, III.

### Zentral-Kranken- u. Sterbekasse d. deutschen Bogenbauer.

Filiale III.

Sonntag, den 22. d. M., Vormittags 9 Uhr:

### Mitgliederversammlung

bei Bergemann, Basewalderstr. 3. Die Ortsverwaltung.

### Die Festsäle

und der Garten

werden vom 1. April 1899 wieder an Gewerkschaften, Gesang-, Theater- und Bergbauvereine unter

konstanten Bedingungen zu pfeilfertigen vergewen. Neuzugänge werden erwünscht.

Julius Wernau, 6324\* Gehlrich, Schwebelstr. 23/24.

### Achtung!

Meinen werthen Freunden und Bekannten theile hierdurch mit, daß ich

Harkensstrasse 47 ein

Beiz- u. Bairisch-Bier-Lokal

eröffnet habe, und bitte um geneigten Zuspruch. — Ein freundl. Vereinszimmer steht noch einige Tage in der Woche zur Verfügung.

Albert Kaufeld.

### Achtung! Vereine.

Zwei Zimmer, 20 u. 40 Personen fassend, empfiehlt Ernst Lieber, Alte Jakobstraße 119.

### Achtung!

Meinen werthen Freunden und Genossen theile hierdurch mit, daß ich

Beiz- u. Bairisch-Bier-Lokal

von R. Streit, Raunowstr. 88, künftighin übernehmen habe und bitte um geneigten Zuspruch.

Oskar Martin.

### Bereinszimmer

mit Piano, für jeden Verein passend, Magazinstr. 17. Aug. Dohmeier.

Unfallwagen, Klagen, Eingaben H. Patzger, Steglitzerstr. 65.

### Achtung! Genossinnen und Genossen!

Sonntag, 22. Januar, Abends 6 Uhr, bei Gwald, Schulzeinstr. 6:

### Öffentl. Versammlung.

Tages-Ordnung: Vortrag der Genossin Ottilie Baader über „Sozialerwerb“. Nach der Versammlung: Gemüthliches Beisammensein.

Die Vertrauensperson.

### Sozialdemokratischer Wahlverein

für den 2. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Dienstag, den 21. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, bei Habel's, Bergmannstr. 5-7:

### Große öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Albrecht. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — Gäste sehr willkommen.

Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen, damit die Versammlung pünktlich eröffnet werden kann. Der Vorstand.

### 4. Wahlkreis Süd-Ost.

Dienstag, den 24. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, in der Urania, Wrangelstrasse 9/10:

### Volks-Versammlung.

Tages-Ordnung: Die Arbeiter und die Reaktion. Referent: Reichstags-Abgeordneter Genosse Karl Frohne. Diskussion.

Um zahlreiches Erscheinen der Genossen nebst Frauen ersucht

215/1 Die Vertrauensperson.

### Sozialdemokratischer Wahlverein

für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Dienstag, den 24. Januar, Abends 8 1/2 Uhr:

### Versammlungen

für Moabit bei Fischer, Besselstraße 9; für Gesundbrunnen bei Schirm, Badstr. 19.

Tages-Ordnung in beiden Versammlungen: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.

Referenten Reichstags-Abgeordnete Genossen Rosenow und Sachse.

Der Vorstand.

NB. Der nächste Diskussionsabend findet Mittwoch, den 25. d. M., im Weddingpark statt.

### Männer! Wilmersdorf, Halensee. Frauen!

Montag, den 23. Januar, Abends 8 Uhr, im Volksgarten, Berlinerstr. 40:

### Volks-Versammlung

für Männer und Frauen.

Tages-Ordnung: 1. Die Militärvorlage und die Parteien im deutschen Reichstage. Referent: Reichstags-Abgeordneter Seiffert. 2. Diskussion. 3. Sind die Parteigenossen gewillt, sich an den diesjährigen Gemeindevahlen zu beteiligen? 4. Verschiedenes.

Die wichtige Tagesordnung macht das Erscheinen aller Parteigenossen zur Pflicht.

Der Vertrauensmann.

### Verband deutscher Gold- und Silberarbeiter

und verw. Berufsgenossen. (Mitgliedschaft Berlin.)

Dienstag, den 24. Januar, Abends 8 1/2 Uhr:

### Mitglieder-Versammlung

im „Dresdener Garten“, Dresdenerstraße 15.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. Wollheim über: „Naturerkenntnis und Selbstbeherrschung.“ 2. Diskussion. 3. Kassensbericht vom 4. Quartal 1898. 4. Verschiedenes. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht

70/3 Die Ortsverwaltung.

Sonnabend, 11. Februar, in der Berliner Ressource, Kommandantenstr. 57:

### Großer Wiener Maskenball.

### Achtung! Achtung!

### Verband deutscher Schneider u. Schneiderinnen

Kollegen u. Kolleginnen von Moabit, Wedding u. Norden!

### Versammlung

am Sonntag, den 22. Januar 1899, Abends 6 Uhr, bei Bergemann, Basewalderstraße 3.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag: Arbeit ist des Bürgers Stolz, Segen ist der Mühe Preis. Referent: Kollege Beste. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Die Kollegen und Kolleginnen werden ersucht, zahlreich zu erscheinen.

Nach der Versammlung: Gemüthliches Beisammensein verbunden mit Tanz.

Die Ortsverwaltung.

### Zentral-Krankenkasse der Maurer zc.

„Grundstein zur Einigkeit“. (Verwaltungsstelle Berlin.)

Sonntag, 20. Januar, Vorm. 10 Uhr, in Cohn's Festsälen (gr. Saal), Deutschstraße 20:

### Ördenliche Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Kassens- und Revisionsbericht vom 4. Quartal 1898. 2. Wahl des ersten Bevollmächtigten, zweiten Kassiers, ersten Schriftführers und eines Revisors. 3. Einnahme Bestreben gegen die Verwaltung. 4. Verschiedenes.

Ohne Mitgliedsbuch keinen Zutritt.

Die Verwaltung. I. A.: Wilh. Garbe.

### Achtung! Ristenmacher. Achtung!

Montag, den 23. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, in den Arminkassen, Kommandantenstraße 20:

### General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1898. 2. Jahresbericht des Vorstandes. 3. Verschiedenes.

Der Vorstand.

NB. Die Kollegen der Firma Fehse sind hierdurch ganz besonders eingeladen.

### Achtung!

### Elektrotechnischer Unterricht.

„Elektron“, Spezial-Lehranstalt für Elektrotechnik. Zweigniederlassung der Weisfälsch. Elektrizitäts-Gesellschaft

G. Jackson, Berlin SW., Alte Jakobstr. 24 (nahe Dranienstraße).

In den mit elektrischem Licht angelegten geräumigen Sälen beginnt am 24. Januar 1899 ein neuer Abendkursus für Herren aller Branchen zur Ausb. Weiterbildung von Elektrotechnikern, Monteurn, Installateuren, Radioisten und Zeichnern. Vorlesungen sind erforderlich. Dauer des Kurses 5 Monate, nämlich 5 Wk. Prüfung und Abgangszeugniß. Anmeldungen bis Abends 9 Uhr, Sonntags bis 1 Uhr, im Bureau der

NB. Man verlange Prospekte. „Elektron“.

Soeben beginnt neuer Jahrgang:

### KREIEN STUNDEN



ILLUSTRIRTE ROMAN BIBLIOTHEK 3-JÄHRIG HEFT 10 PFENNIG DIE TOCHTER DES SUDENS

Zu beziehen durch alle Colporteurs und Speditoren.

### Achtung! Vereine!

18. und 25. März

Saal frei

Englischer Garten, Alexanderstraße 27 c.

### 3 Jahre Garantie.

Echt Schweizer Fabrikat.



Gold-Damen-Uhren von 16 M. an. Silberne Herren-Uhren von 9 M. an.

Gold-Ringe von 3 M. an. Gold-Brosche von 6 M. an. Trauringe 2 Duk. 21 M.

Wenn Sie gut Goldwaaren und billig kaufen wollen, so besichtigen Sie unsere permanente

Muster-Ausstellung

Originalpreisnotirung

(da jedes Stück deutlich sichtbar in Zahlen ausgezeichnet) vor dem Hause

Königstr. 22.

Goldwaaren-Industrie

Belmonte & Co.

Fabrikation goldener u. silberner Schmuckgegenstände mit elektrischem Kraftbetrieb, sowie Grosshandel, Export, Versand sämtlicher Artikel der Gold-, Silber- u. Uhren-Branchen. Einzelverkauf nur Hof part.

Bruchgold u. Silber werden zu Courspreisen gekauft und in Zahlung genommen.

Königstr. 22-24.

### Große zurückgekehrte

Teppiche!!

Portièren!!

Gardinen!!

Steyppdecken!!

erkannlich billig.

Teppich-Haus

Emil Lesèvre, Berlin S

Dranienstr. 158.

Prachtkatalog

mit bunten Teppich-Illustrationen, sowie circa 200 Gardinen- und Portièren-Abbildungen in künstlerischer Ausführung auf Wunsch gratis und franco! 6532\*

Größtes Teppichhaus Berlins.

Zähne 1,50 M. Reparaturen. 237, (Smerz). Jahrgang 1900. Blumen 1 M. u. E. Fahrman. Dentis, Schwedterstr. 215 a. Ore. Rajanten-Kilre. 6532\*



Versammlungen.

Der Wahlverein für den 1. Wahlkreis hielt am Donnerstag in „Cohn's Festsaal“ eine öffentliche Versammlung ab. Auf der Tagesordnung stand ein Vortrag des Reichstags-Abg. Rosenow über Bürgerthum und Arbeiterklasse am Anfang einer neuen Zeit. An den Beifällig aufgenommenen Vortrag schloß sich eine rege Diskussion, in der sich auch ein Gegner, Herr Kunz, zum Wort meldete, um gegenüber der Internationalität der Sozialdemokratie den nationalen Standpunkt hervorzulehren. Sowohl Lätzerow als der Referent traten der Anschauung, daß der Nationalität und nicht dem Internationalismus der Sozialdemokratie die Zukunft geböre, erfolgreich entgegen. Bohne brachte die Vorgänge in der Offizin des „Berliner Lokalanzeigers“ zur Sprache und Lätzerow knüpfte daran eine energische Kritik, die darin gipfelte, noch mehr als bisher für die Verbreitung des „Vorwärts“ einzutreten, damit die Klassikpresse erstet werde durch unser Zentralorgan. Damit fand die Diskussion und die Versammlung ihren Schluß.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den dritten Berliner Reichstags-Wahlkreis nahm am 19. Januar in den Zentral-Festsaal den Bericht des Vorstandes entgegen. Der Vorsitzende Krämer machte bekannt, daß im vergangenen Jahre 12 Versammlungen abgehalten worden sind, darunter vier Generalversammlungen und eine außerordentliche. Er wies auf das nächste Vereinsjahr hin, das wieder tüchtige Arbeit verlangen werde durch die Neuwahl von Stadtverordneten und die wahrscheinliche Nachwahl im zweiten Berliner Wahlkreis. Der Kassierer Harndt gab dann eine Statistik über die Mitglieder des Wahlkreises. Danach zählt der Wahlverein jetzt 815 Mitglieder, und zwar sind davon 64: 21-25 Jahre alt, 149: 26-30 Jahre, 230: 31 bis 35 Jahre, 130: 36-40 Jahre, 100: 41-45 Jahre, 78: 46 bis 50 Jahre, 42: 51-55 Jahre, 12: 56-60 Jahre, 8: 61-65 Jahre, 2: 65-70 Jahre. Dem Berufe nach sind die Mitglieder: Tischler 95, Arbeiter 68, Buchdrucker und Schriftsetzer 51, Schneider 51, Schankwirth 46, Buchbinder 45, Hausdiener 43, Schuhmacher 38, Schlosser 32, Klempner 30, Kaufmann 22, Gärtler 21, Drechsler 18, Maler 14, Korner 14, Gold- und Silberarbeiter 13, Bildhauer 13, Metallarbeiter 12, Mechaniker 10, Metallarbeiter 10, Sattler 9, Barbier, Handelsmann, Schleifer und Kleber je 6, Zigarrenhändler, Lederarbeiter, Metallbrüder, Kistenmacher, Möbelpolier, Graveur, Wäcker und Konditor sowie Tapezier je 5, Uhrmacher, Korbmacher, Jüfeler, Söfamentier und Holzarbeiter je 4, Tischler, Galvaniseur, Schmied, Kassenbeamter, Schmittarbeiter, Lithograph, Zigarrenarbeiter, Arzt und Wäcker je 3, Hutmacher, Schriftsetzer, Steindruckere, Porzellanmaler, Agent, Kürschner, Silberpolier, Fabrikbesitzer, Bergarbeiter, Goldarbeiter und Stelmacher je 2, Dekorateur, Kupferarbeiter, Rechtsanwält, Schirmmacher, Tanzlehrer, Radler, Musiker, Möbelhändler, Schmeller, Porzellanmacher, Tischler und Plättnermeister, Handschuhmacher, Tischmacher, Klavierstimmer, Stepper, Böttcher, Wandgärtner, Nähermacher, Studateur, Preßer, Majolinist, Glaser, Stereotypen, Schnitzer, Zimmermann je einer. Von vier Mitgliedern ist der Beruf unbekannt. Die Einnahmen stellten sich im vierten Quartal mit einem übernommenen Bestand von 448,27 M. auf 933,97 M. Ausgaben wurden 721,80 M., darunter 305 M. für Broschüren und Agitation. Wüthig bleibt ein Kassenbestand von 212,17 M. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt und dem Vorstand auf Antrag Klingner 150 M. zur Agitation überwiesen. Bei der folgenden Vorstandswahl wurde der bisherige Vorsitzende Krämer wiedergewählt, ebenso der Kassierer Harndt und der Schriftführer König; zum Beisitzenden wurde Wichmann gewählt. Bei der Vorstandswahl entspann sich eine Diskussion über die Sitte, an die zu Wählenden die Frage zu richten, ob sie einer Gewerkschaft angehören. Von der einen Seite machte König darauf aufmerksam, daß diese Frage statutenwidrig sei, da sie nicht vorgeschrieben wäre. Dagegen vertraten König und Andere den Standpunkt, daß die Frage trotzdem erlaubt sei und daß sie auch im Interesse der Entwicklung der Partei nützlich sei. Eine Bedingung sei damit keineswegs gestellt. Immerhin könnten sich die Wähler nach der erfolgten Antwort richten, wenigstens bei denen, für deren Berufe eine Gewerkschaft existire. Darauf wurde auf ein Anerbieten der Gesellschaft Treptow-Sternwarte beschloffen, für den 19. März 500 Willens zu nehmen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Eine sehr zahlreiche besuchte Vertrauensmänner-Versammlung tagte am Mittwoch bei Cohn, Weuthstraße. Glöde referirte über: „Unsere Thätigkeit im neuen Jahre.“ Die erste Vertrauensmänner-Versammlung im neuen Jahre müsse sich schlußig werden, welche Thätigkeit eingeschlagen werden solle. Das Ziel unserer Berufsorganisation sei immer darauf gerichtet gewesen, die Existenzbedingungen der Kollegen zu heben. Es gewinne ja hin und wieder den Anschein, als ob wir nach Erreichung von Vorteilen für die Kollegen nach kurzer Zeit wieder zurückgeworfen würden. Es sei dies jedoch nur zum Theil in einzelnen Werksstellen der Fall. Die stets schärfere Formen annehmende Konkurrenz der Unternehmer unter einander, im Grunde mit den indifferenten Arbeitern, bringe Rückschläge hervor. Eine alle Kollegen umfassende Organisation könnte sehr wohl diese Rückschläge pariren. Wir haben mit der steigenden Einsicht der Kollegen, daß ohne Organisation ihre Lage nicht gebessert werden kann, Fortschritte zu verzeichnen. Nach dem Wetz Streik hat der Verband durch die rastlose Thätigkeit der Zentralkommission überall da eingegriffen, wo damals die Kollegen noch nicht den Muth gefunden hatten, um Schulter an Schulter mit den organisierten Kollegen die Forderung auf 52stündige Arbeitszeit und Erhöhung der ganz unzureichenden Löhne zu stellen. In hunderten von Werksstellen sind in dieser Weise bessere Verhältnisse geschaffen. Die Mitgliederzahl nimmt Grund dessen auch stetig zu; über 8000 Kollegen gehörten am Schluß des Jahres der Berliner Zählstelle an. In demselben Maße wie der Verband zunimmt, muß auch das Unternehmertum mit ihm rechnen. Sie sehen vielfach ein, daß mit organisierten Arbeitern eine schnellere Verständigung herbeizuführen ist, als wie mit unorganisierten. Es sind deshalb auch stets Verhandlungen zwischen Vertretern des Vereins der Industriellen und dem Holzarbeiter-Verband bei jedem Werkstatteit, sofern die Inhaber dieser Werksstellen der Unternehmervereinigungen angehören, statt. In jüngster Zeit suchte die Unternehmervereingung mit uns die Errichtung eines gemeinsamen Arbeitsnachweises anzubahnen. Demgegenüber steht freilich die Thatsache noch immer auf einem engeren Standpunkt, der drastisch in einer Nummer ihres Organs, der „D. Tischl.-Zig.“ zum Ausdruck kommt. Hier wird die Zählstelle Berlin mit der ganzen Wuth eines bornierten Unternehmehersstandpunktes begeißelt. Der Redner geht hier des Näheren darauf ein und verweist auf die Nummer vom 4. Dezember der „Holzarbeiter-Zeitung“, in der dieser Sorte von Reklamen der Zeit gelesen wird. Trotz dieses Angriffes seitens der Meister geniert es einer Gruppe von Kollegen im Oden Berlins nicht, auch gegen den Verband zu agitiren. Ein Beschluß des Verbandes, unorganisierte Kollegen zu unterstützen, hat es ihnen angethan. Sie haben bisher abseits gestanden und die organisierten Kollegen allein den Kampf führen lassen um Besserstellung der Lebenslage der Holzarbeiter. Jetzt, wo der Verband verlangt: Organisiert Euch! da laugt der Verband nichts; nur eine Lokalorganisation könne den Kampf führen, resolviren sie. Zwar haben diese Herren in einer ihrer Vereinsversammlungen den Verbandsmitgliedern gegenüber erklärt, sie beabsichtigen nicht gegen den Verband zu agitiren, sie wollten nur denjenigen der Kollegen, die mit der Verbandsorganisation nicht zufrieden seien, Gelegenheit geben, sich zu organisiren, doch sucht ein von ihnen dieser Tage verbreitetes Flugblatt den Verband nach allen Seiten zu diskreditiren. Redner bespricht sodann die Taktik des Verbandes im vergangenen Jahre und empfiehlt sodann für das laufende Jahr, nachdem die Ortsverwaltung und die Kontrollkommission sich

bereits darüber geeinigt, ein ähnliches Vorgehen, wie im vergangenen Jahre, einzuschlagen. In eine allgemeine Bewegung könne man nicht eintreten, da keine Anzeichen für eine ausnahmsweise günstige Konjunktur vorhanden seien. Diejenigen Werksstellen, in denen die 52stündige Arbeitszeit noch immer nicht eingeführt sei, müssen in erster Linie und Ange gefaßt werden, ferner alle solche, in denen niedrige Löhne gezahlt würden und nicht genügendes Werkzeug sowie sonstige Mängel vorhanden seien. Mit dem größten Fleiß müsse weiter gearbeitet werden, sowohl an der Hebung der Lage unserer Kollegen, als an dem Ausbau der Organisation und der Aufsammlung eines Fonds, um in einer, in kurzer oder fernerer Zeit ausbrechenden Krise mit allem Nachdruck das bis dahin Erreichte festzuhalten. In der Diskussion sprachen sich eine Reihe von Rednern in Bezug auf Werkstatteit für ein gleiches Vorgehen wie im Vorjahr aus. Die Versammlung erklärte sich mit dem Vorschlag der Ortsverwaltung einverstanden. Der Vertrauensmann der Werkstatt Krause u. Corilla schildert die Vorgänge in seiner Werkstatt, die in dem Flugblatt des Vereins der Tischler zu einem Angriff auf den Verband benutzt sind. Er erklärt die Darstellung als un wahr. — Der Arbeitsvermittler berichtete sodann über eine ganze Reihe von Werkstattdifferenzen im neuen Jahre. Ein Arbeiter der Werkstatt Karl Müller, Schönhauser-Allee, gab im Namen der dazulbst arbeitenden Kollegen die Erklärung ab, daß diese mit dem im Annoncenheft des „Vorwärts“ veröffentlichten Nachruf beim Ableben des Inhabers der Firma nichts zu thun haben. Hierauf erfolgte der Schluß der Versammlung.

Verband der Bäcker und Berufsgenossen. Die Mitgliederversammlung Berlin nahm in der Generalversammlung vom 10. Januar zunächst den Bericht des Kassierers entgegen. Laut Jahresabrechnung betragen die Gesamteinnahmen 1133,70 M., die Ausgaben 904,10 M., mithin ergibt sich ein Ueberschuß im Geschäftsjahr 1898 von 229,60 M. Die Revisoren bestätigten die Richtigkeit der Abrechnung, worauf dem Kassierer Entlastung erteilt wurde. Der Vorsitzende Heischold gab alsdann eine Uebersicht über die Thätigkeit des Vorstandes und sprach den Wunsch aus, daß die Mitglieder auch im neuen Jahre treu zur Organisation halten mögen. Die Neuwahlen ergaben folgendes Resultat: Heischold erster, Reppmann, zweiter Vorsitzender; Gerschewsky erster, Reichsering zweiter Kassierer; Werle erster, Oberreicher zweiter Schriftführer; Weiß, Lehmann und Kahler Revisoren; Isma, Czapanik und Schmollinsky Beisitzer; Kette und Sulzer Bibliothekare. Die Gewählten versprachen, ihre Pflicht voll und ganz zu erfüllen, worauf die Versammlung der vorgeordneten Zeit wegen geschlossen wurde.

Die Freie Vereinigung der Militärmägen Arbeiter hielt am 14. d. Mts. ihre Generalversammlung ab. Der Kassenbericht ergab einen Bestand von 212,88 M. In den Vorstand wurden gewählt: 1. Vorsitzender: Lane; 2. Vorsitzender: Beng; 1. Schriftführer: Gexewitz; 2. Schriftführer: Haag; 1. Kassierer: Kramer; 2. Kassierer: Krader; als Beisitzer: Feid; zu Revisoren: Walter, Bende, Singer. Da in letzter Zeit die Mitglieder sich so lauwarm erwiesen hatten, war in der Versammlung im Dezember die Frage angeregt worden, zur Organisation der Kürschner überzutreten. Der Beschluß war dieser Versammlung vorbehalten. Von den Rednern war keiner für den Uebertritt; jeder wollte sein Möglichstes einlegen, damit die Organisation auch ferner als selbständig bestehen kann. Nachdem den Weibern in Krefeld 20 M. aus der Kasse bewilligt und auf die öffentliche Versammlung der Kürschner am 20. ds. hingewiesen war, wurde die Versammlung geschlossen.

Die Bauarbeiter (Zählstelle 5) bewilligten in ihrer Versammlung am 15. Januar 25 M. für den Bau des Gewerkschaftshauses, zu welcher Summe noch 16,50 M. durch freiwillige Sammlung hinzugefügt wurden. Zu Revisoren wählte hierauf die Versammlung die Mitglieder Boinwode, Redlich und Kostod und zum Spezialrevisor des Vereinsorgans Preisle.

Zentralverein der Bildhauer. In der gut besuchten Generalversammlung am 17. d. M. wurde im Geschäftlichen mitgeteilt, daß das Weihnachtsergebn einen Ueberschuß von 11,20 M. ergeben hat. Der Rechenschaftsbericht für das Jahr 1898 ergab ein Bestand 627,67 M., Einnahmen 21.506,25 M., Ausgaben 17.872,— M., an die Zentralkasse abgeführt 3425,— M., bleibt Bestand 886,92 M. Der Lokalassenbericht ergibt an Einnahmen einschließlich des Bestandes von 470,09 M. 5510,72 M. und eine Ausgabe von 4774,50 M., bleibt ein Bestand von 736,22 M. Mitgliederzahl am Beginn des Jahres 706, am Schluß des Jahres 832. In den Vorstand wurden gewählt: Gallasch erster, Diederichsen zweiter Vorsitzender, Trautvetter Kassierer, Lindner und Alvermann Schriftführer, Welter und Paasch Beisitzer. Zu Revisoren wurden Oskar Schmidt und Koberger ernannt, als Verbändler Otto Meyer bestätigt. Die Wahl der Kommission wurde der vorgeordneten Zeit wegen vertagt.

Eine Generalversammlung der Graveure und Ziseleure tagte am 17. d. M. im Dresdener Garten. Nach einigen geschäftlichen Mittheilungen folgte der Bericht des Vorstandes. Stattdes gefunden haben im letzten Vierteljahre vier Versammlungen, außerdem vier Vorstands- und drei Vertrauensmänner-Sitzungen. Die Einnahme der Filiale pro 1898 beträgt 1088,42 M., die Ausgabe 972,07 M., mithin verbleibt ein Bestand von 96,35 M. Die Bibliothek wurde 210 Mal benutzt; der Bestand der Bibliothekskasse beträgt 240 M. Bei der nun folgenden Vorstandswahl wurden fünf Leiter neu besetzt. Zum Vorsitzenden wurde Keiling, Ziseleur, Wödfersstraße 35, zum Kassierer Bergener, Ziseleur, Schönleinsstr. 33, gewählt.

Die Handels-Hilfsarbeiter hielten am 18. Januar eine gut besuchte Generalversammlung ab, um sich hauptsächlich mit der Einigungsfrage zu beschäftigen. Nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten wurde ein Antrag Doboika, welcher mit dem Beschluß der letzten Versammlung (in Sachen Grater) nicht zufrieden war, abgelehnt. Es erhielt hierauf Alboidi das Wort als Berichterstatter der Einigungs-Konferenz, welche zu Weihnachten vorigen Jahres zwischen Anhängern der Lokalen und zentralen Richtung und einigen Mitgliedern der Generalkommission stattgefunden hatte. Alboidi legte ausführlich dar, daß die Vereinbarungen auf der Konferenz wohl anzunehmen seien. Fehler wären hier wie dort vorgekommen und wir sollten nicht die letzten sein, welche einer gedeihlichen Entwicklung unserer guten Gewerkschaften hinderlich wären. Redner schloß sodann der Versammlung eine in diesem Sinne gehaltene Resolution vor. Uthed ist nicht so ganz damit einverstanden und meinte, an ein gedeihliches Zusammenwirken wäre nicht zu denken, die Kollegen würden es wohl nicht verzeihen, in welcher Weise die Zentralisten nach der Trennung gegen uns agitiren. Es sprachen sodann noch einige Redner für und gegen die Einigung und wurde schließlich ein Vertagungsantrag angenommen. Die Debatte wird am Dienstag Abend in den Arminalhallen fortgesetzt.

Die Gastwirthgehilfen hielten am Donnerstag, den 19. d. M., eine gut besuchte öffentliche Versammlung in den Arminalhallen ab, in der an stelle des verhinderten Reichstags-Abgeordneten v. Elm der Reichstags-Abgeordnete Rosenow referirte. Das Referat, in dem der Redner in sehr treffender Weise die Bedeutung der Klassenbewegten Arbeiterbewegung schilderte und auf die Nothwendigkeit des festen Zusammenhanges und der regen Theilnahme in der Organisation hinwies, wurde von den Versammelten mit stürmischen Beifall aufgenommen. Ohne Diskussion gelangte sodann eine Resolution zur Annahme, in der sich die Anwesenden mit den Ausführungen des Referenten einverstanden erklärten und sich verpflichteten, für die weitere Ausbreitung des Verbandes deutscher Gast-

wirthsgehilfen Sorge zu tragen, um auf diese Weise bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen und um die Beseitigung des standalösen Stellenwanders, unter dem die Gastwirthsgehilfen außerordentlich leiden, zu ermöglichen.

Der Verband der Fabrik-, Land- und Siltsearbeiter hielt am 19. Januar seine Mitgliederversammlung ab. Da die Versammlung so schwach besucht war, wurde vom Vortrag Abstand genommen und gleich zum dritten Punkt der Tagesordnung übergegangen: Kassenbericht vom 4. Quartal. Es war eine Einnahme von 584,89 M. und eine Ausgabe von 503,33 M. zu verzeichnen. Sodann forderte der Vorsitzende zur regen Agitation für den Verband auf, damit die verlorenen Mitglieder bald wieder gewonnen werden. Es wurden hierauf Mühle zum Schriftführer und Sierl zum Revisor gewählt.

Der Verein sozialdemokratischer Gast- und Schankwirthse hielt am 20. Januar in den Apollosaal in Niddorf seine regelmäßige General-Versammlung ab, in der Fritz Jubeil über das Thema: Welche Pflichten legt der Verein seinen Mitgliedern auf? referirte. Redner resumirt seine mit Beifall aufgenommenen Ausführungen dahin, daß jedes Mitglied verpflichtet ist, alle Anzeigengeldern in Staat und Kommune zu beachten und sich an allen Wahlen zu betheiligen. Die Kassenabrechnung ergab im letzten Quartal eine Einnahme von 909 M. und eine Ausgabe von 624,74 M., jedoch ein Bestand von 4792,95 M. am 1. Quartal 1899 verblieb. Betreffs des rigorosen Vorgehens des Herrn Siedel gegen seine Arbeiter beschloß der Verein einstimmig, daß die Kollegen, welche noch auf den „Lokal-Anzeiger“ abomirt sind, zum nächsten Monat das Blatt abzubestellen haben und auch in anderen Kreisen dahin wirken sollen, daß das Blatt nicht mehr gelesen wird. Der Gewerkschaftskommission wurden 200 M. zur Ueberweisung an die Krefelder Weber bewilligt. Aufgenommen wurden 11 neue Mitglieder.

Friedrichshagen. Am 14. Januar hielt im hiesigen Arbeiter-Bildungsverein Wagnier einen Vortrag über das Thema: „Schule und Erziehung“. Die interessanten Ausführungen des Referenten wurden mit Beifall aufgenommen. Die Diskussion war eine sehr lebhafte.

Arbeiter-Bildungsschule, Annenstr. 16, Hof 1 Tr. Unterrichtskurse finden statt Montags, Donnerstags und Freitags. Die Bibliothek ist an diesen Tagen von 8-9 Uhr und während der Pausen geöffnet. Montag: Nationalökonomie: Haushalt und Konsum; Vorkommnisse und Vorkommnisse; Zahlungsmittel, Geld und Ausleihverhältnisse; Produktionskosten im Großbetrieb und gewerkschaftliche Aufgaben. Schriftlicher Rath. Calver.

Mitgliedsbeitrag monatlich 25 Pf., Kurus (10 Abende) 1 M. pro Koch. Teilnehmer werden aufgenommen in der Schule und in folgenden Stellen: Wöhr, Schulz, Admistr. 40a; Reul, Hammlstr. 42; Schiller, Rolenthalerstraße 57; Weimert, Röllstr. 7a, und in den Sonntags-Versammlungen. Vorsitzender: Hermann, Tempelhof-Str. Berlinstr. 36.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (Filiale Berlin 8). Mitgliederversammlung heute Sonntag 10 Uhr im Martenbad, Badstr. 35-36.

Zamarrat-Kurus für Arbeiter und Arbeiterinnen. Am Montag, 22. Januar, in der Filiale Brunnenstr. 150: Vortrag des Herrn Dr. Christeller: „Ernährung, Erziehung und Hygiene mit praktischen Uebungen“. Die Mitglieder der Zentrale sind hiermit eingeladen. Der Vorstand.

Allgemeine Familien-Tierbe-Kasse. Heute Sonntag: Aderstraße 123 bei Dieck und Dranienstr. 155 bei Rufum.

Cercle de Conversation „Heldre“. Lundi, Séance à 6 h dans son local: Leipzigerstr. 41. Les hôtes sont les bienvenus.

Berliner Arbeitervereiner-Verein tagt jeden Dienstag nach dem ersten im Monat bei Bude, Grenadierstr. 33, Abends 8 1/2 Uhr. Uebersichtlicher Rath wird erteilt.

Im Norden Berlin 8: Für Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung Abends von 7-9 Uhr: A. Daehne, Deumlinstr. 36, a 3 Tr. R. Gutzeit, Kleinf. 29a, von 8-9 Uhr Abends. F. Fischer, Gattenstr. 55, a 2 Tr. E. Simonowski, Gattenstr. 78, Portal 2. Tr. R. Eubmann, Oberbergerstr. 37, 4 Tr., von 8-9 Uhr Abends. H. Boigt, Wiesenstr. 41/2. G. Barck, Kolbergerstr. 7, von 8-7 Uhr Abends. B. Reimann, Beiermannstr. 83. F. Krause, Gattenstraße 12. 2. Abt. — Nur für Invaliditäts- und Altersversicherung: F. B. a. m. e., Streckerstraße 58. F. Trapp, Schulstraße 59, von 7 bis 8 Uhr Abends. H. Rohs, Zwillingenstraße 64, vorn unter Aufgang.

Im Osten: Nur für Invaliditäts- und Altersversicherung: G. Bader, Gr. Frankfurterstr. 44, a 4 Tr. — Für Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung: A. Schick, Holzmarktstr. 60 I.

Im Süd-Osten: Für Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung: Schottkopf, Rigostr. 18. — Nur für Invaliditäts- und Altersversicherung: W. Kühne, Puelstr. 1.

Im Süden: Für Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung: F. Stägelmeier, Weimannstr. 39.

Im Süd-Westen: Nur für Unfallversicherung: G. Hänel, Solmsstr. 44.

Im Nord-Westen: Für Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung: M. Stephan, Gurbelenerstr. 2. — Nur für Invaliditäts- und Altersversicherung: R. Meyden, Röhdenstr. 43. G. Guse, Röhdenstr. 43.

Im Nord-Osten: Nur für Unfallversicherung: G. Köffler, Wadzstr. 15, vorn part. (Abends 8 Uhr). G. Günther, Grefenwalderstraße 8, II Unt.

Im Zentrum: Für Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung: A. Sattler, Al. Hamburgerstr. 2.

Bei sämmtlichen vorgenannten Personen, bei denen hier keine Sprechzeit angegeben, ist dieselbe Wochentags von 7-9 Uhr.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten, bei jeder Anfrage eine Adresse (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort erteilt werden soll und die letzte Abkommenszeitung beizulegen. Fragen ohne solche werden nicht beantwortet und schriftliche Antwort nicht erteilt.

Die juristische Sprechstunde wird Dienstags, Donnerstags und Freitags abends von 7 1/2 bis 8 1/2 Uhr abgehalten.

Reichstagswahl. Anonyme Anfragen können wir nicht beantworten. G. M. 1. Das am 16. Juni 1898 von den meisten Staaten Europas abgeschlossene Zusatzabkommen zu dem Uebereinkommen des den Eisenbahn-Verkehr vom 14. Oktober 1890 betrifft eine Reihe von Bestimmungen im internationalen Eisenbahnverkehr, wie Erweiterung des Rechts des Eisenbahnbau, nachträgliche Befreiung über das abgehandelte Gut zu treffen, Verlängerung der Frist für das Einbringen von Besatzungsreklamationen und Revision der Besatzungen über die Befreiung der Ansprüche aus dem Frachtvertrag. 2. Die Genehmigung des Eintritts des Reichsfinanz- und Reichsfinanz, erfolgt, eine besondere Verhandlung nicht erfolgt war, ohne Abstimmung.

R. 2. Nachdem Sie einmal Ihre Einwilligung erteilt haben, bedarf es Ihrer Zustimmung auch nicht. — Otto G. 1. Vom Tage der Urtheils-Zahlung 4 Wochen. 2. Ja. 3. Reichs-Verkehrsamt. 4. Ja. 5. Ja. — G. S. a. Rein. — R. W. 26. Die Fragen sind völlig unverständlich. Kommen Sie in die Sprechstunde. — C. R. 36. Klärung ist nicht zu lassen. — R. J. 11. Rein. — Wohnung. Dagegen läßt sich nichts thun. — 1899 R. Am besten thun Sie, wenn Ihnen sofort der Betrag, den Sie zu fordern haben, überreicht wird, eventuell lassen Sie sich eine Urkunde über die Schuld und Anerkennung derselben anfertigen.

R. 45. Sie können höchstens gegen Zurverfügungstellung des Zophos auf die Rückzahlung der 30 M. klagen. — G. R. 1. Ist nicht zulässig. 2. Wegen aller Steuern. — R. M. Pegg 1. 1. Ja. 2. Rein. Frage 3: Ist unverständlich. Sie haben bei Berechnung von Zustandsstrafe alles Ihnen gehörige angegeben. 4. Ja. — R. W. Rein. — R. 100. 1. Ja. 2. Nicht so alles nicht vorher sagen, sondern kommt ganz auf die Umstände des Einzelfalles an. Anfertigen und Bahnhafen begeben die Scheidung nur, wenn Sie über ein Jahr ohne wahrnehmbare Hoffnung zur Besserung fortdauern. — W. R. Germaniastraße. Es sind jetzt 600 M. zu zahlen. — R. S. G. Rein. Wiederholen Sie die Frage unter Angabe, ob Sie beim Weichen der ersten Wohnung einen schriftlichen Vertrag gemacht haben. Eventuell schicken Sie denselben bei. — R. M. 20. 1. Ja. 2. Rein. — Altkante. 1. 60 und 14 M. 2. Rein. — R. 1877. Rein. — Schwabe 43. Nach dem steht dem Vermittler das Retentionsrecht zu. Klage ist unzulässig. — Hermann 7. 1. Rein. 2. Ist unzulässig. — B. 5. Es ist nur der Weg der Klage möglich. — G. R. 100. 1. Ja. 2. Antrag an die Armenkommission.

# Warenhaus Wilhelm Stein

Chaussee-Str. 66. BERLIN, N. Chaussee-Str. 66.

## Tages-Angebot.

Montag, d. 23., Dienstag, d. 24., Mittwoch, d. 25. Januar.

Kurzwaren.	Kurzwaren.	Kurzwaren.	Kurzwaren.
1000/2 fach Untergarn Rolle 13 Pf. schwarz, weiss u. farbig.	Bettlitzten Piquetmuster Stck. 10 Meter 26 Pf.	Schmuckhaarnadeln 1 Dutzend im Carton 8 Pf.	Leinen Rolleauxschnur Stück 40 Meter 70 Pf.
1000/4 fach Obergarn (Kronen) Rolle 23 Pf.	Bettlitzten, Schnurmuster Stck. 10 Meter 44 Pf.	Lockenhaarnadeln, gewellt, 20 Bd. 10 Pf.	Sicherheitsnad., schwarz u. weiss, Cart. 3 Dtzd. 5 Pf.
1000/4 fach Obergarn (Chadw.) Rolle 25 Pf.	Prim. Knopflochseide, alle Farben, 7 Rollen 10 Pf.	1a gekaps. Hohlbandstäbe m. Seide gesteppt breit.	Armblätter, Gr. 2, Paar 8 Pf.
1000/4 fach Obergarn, schwarz weiss und farbig, Rolle 5 Pf.	Centimetermaasse Stck. 3 Pf.	Fischbeinband Dtzd. 12 Pf.	Nähnadeln, Brief 25 Stck. 1 Pf.
Weissbaumwoll Stopfgarn (Twist) grosser Knäuel 5 Pf.	Mess. Fingerhüte 2 .. 1 Pf.	Echt Fischbein, 65 cm lg. Stang. 19 Pf.	Strumpfhalter m. Satin- gürtel für Damen . . . 50 Pf.
Coul. Strutt (Sewing), alle Farben, Lage 7 Pf.	Stahl- und Alluminium- Fingerhüte Stck. 2 Pf.	Wäscheknöpfe 3 Dutzend 5 Pf.	Stricknadeln, . . . Spiel 3 Pf.
Woll. Soutaches, alle Farb. à Meter 1 Pf.	Fischbein Länge 18 20 22 24 26 28 30 cm Dtzd. II 13 15 17 22 24 26 Pf.	Stecknadeln in Briefen 6 Briefe 10 Pf.	Woll. Bettsenkel mit Ponpon, Garnitur 7 Pf.
1a deutsch. National-Zwirn Knäuel 100 Meter 4 Pf.	1a Besenborte alle Farb. in ein. Stck. gewebt Mtr. 5 Pf.	1a Satin-Band, blau, roth, weiss, rosa, St. 10 Mtr. 13 Pf.	1a schw. Nähseide, leicht gefärbt, für Herren- schneider Docke 10 gr. 23 Pf.
1a Nähzwirn 40 Mtr.-Knäule 6 Knäule 10 Pf.	Strumpf-Gummiband alle Farben . . . Meter 5 Pf.	1a Coul. Lamalitze a. Farb., 3 Pf.	Schürzenband i. a. Farben- stellungen . . . 4 Stück 9 Pf.
1a Nähzwirn a Holzrollen 4 Rollen 10 Pf.	Weiss Schwanenbesatz, 25 Pf.	Corsettschliessen . Paar 5 Pf.	Westen- u. Hosenschnall. schw. u. weiss, 12 Dtzd. 24 Pf.
1a seidene Krausschnur in allen Farben, Meter 7 Pf.	Rein Leinenband, weiss, (Goldretord) Stck. 10 Mtr. 5 Pf.	Schw. Kleiderschnur, Stck. 8 Meter 6 Pf.	Seidene Taillengarnituren Stück 40 Pf.
Gestickte Wäsche-Doppel- buchstaben 2 Dutzend 5 Pf.	1a Gurtband mit Goldfäd. Stck. II Pf.	Stirnhaarnetze, . . Stück 5 Pf.	Husarenverschnürung, . . 45 Pf.
	Haken und Augen Pck. 3 Pf.	Perlmutter-Knöpfe weiss Dutzend 5 Pf.	Parlgarnitur, neuest. Dess. St. 40 Pf.
		1a Taillenverschluss mit versetzten Haken und Augen . . . Stück 10 Pf.	Damen-Gürtel i. all. Farb. zum aussuchen Stck 25 Pf.

Schirme.	Corsets.	Schürzen.
Damenschirme à 150, 115 und 95 Pf.	Corset mit 18 Stahlstäben und Schnürbrust . . . . . 98 Pf.	Tändelschürzen . . . . . Stück 18 Pf.
Damenschirme Gloria m. Futteral 265 Pf.	Corset mit Schnürbrust und Gürtel . . . . . 108 Pf.	Tändelschürzen, blau, rot, mode mit hellem Besatz Stück 50 Pf.
Damenschirme, Halbseide, ein- gewebt „Garantie“ . . . 340 Pf.	Corset, Körper mit Gürtel und Spitzengarnitur, guter Sitz 135 Pf.	Tändelschürzen, weiss Rips m. Kreuzstichbordüre Stück 50 Pf.
Damenschirme, Halbseide mit Futteral u. Paragongestell 410 Pf.	Corset, 1a grau Drell m. 20 Stäben, hochschnürend . . . . . 145 Pf.	Tändelschürzen . . . . . Stück 23 Pf.
Herrenschirme . . . . . 160 Pf.	Corset, 1a grau Drell m. 24 Stäben, halbhoch, neuste Façon 175 Pf.	Tändelschürzen, blau, rot, mode, mit Kurbelstickerei Stück 60 Pf.
Herrenschirme, Gloria mit Futteral . . . . . 265 Pf.	Corset, tief schnürend, in allen Farben, m. doppelt. Garnir. 175 Pf.	Wirtschaftsschürzen m. Achs 55 Pf.
Herrenschirme, Halbseide ein- gewebt „Garantie“ . . . 340 Pf.	Corset, 1a Drell mit echt. Fischb. 300 Pf.	Wirtschaftsschürzen, gestreift Leinen m. Besatz u. Achsel 125 Pf.
Herrenschirme, Halbseide m. Futteral u. Paragongestell 410 Pf.		Wirtschaftsschürzen, gestreift Leinen m. Besatz u. Achsel 175 Pf.

Holz- und Korbwaren.	Photogr. Abtheilung.	Futterstoffe.
Marktkörbe à St. 225 175 150 115 85 Pf.	Anfertigung von Visit . . . à Dutzend Mk. 1,80 Cabinet . . . à „ „ 4,80	Moiré Gauffré, Ersatz für seiden Futter, schwarz Mtr 55, couleur Mtr 60 Pf.
Bambusständer mit bunter Majolikaplatte . . . . . 40 Pf.	Aufnahmen täglich von Vormittags 9 bis Nachmittags 3 Uhr Sonntags von 10 bis 3 Uhr geöffnet.	1a Rauschfütter . . . . . Mtr. 29 Pf.
Bauerntische . . . . . 240 Pf.		1a Patent-Stoss, abgepasst in allen Farben . . . . . Mtr. 16 Pf.
Schirmständer . . . . . 260 Pf.		1a Sammet-Vorstoss, a. Farb. Mt 24 Pf.
Handtuchhalter 140, 125, 70, 40 Pf.		Reversible, glatt u. bedruckt Mt 26 Pf.
Blamentische . . . . . 265 Pf.		Kleider-Satins in allen Farb Mt 45 Pf.
		1a Moiré-Futter in all. Farb. Mt. 26 Pf.